

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. (030) 313 50 65

## SONDERNUMMERN UND DOKUMENTATIONEN

KIRCHE IN LATEINAMERIKA (207 S.)	DM 8,00
DAS DEUTSCH-BRASILIANISCHE BOMBENGESCHÄFT (160 S.)	DM 7,00
EL SALVADOR – EIN LAND IM KAMPF UM SEINE SEINE BEFREIUNG (192 S.)	DM 6,00
COLONIA DIGNIDAD – DER DOPPELTE SKANDAL (64 S.)	DM 3,00
PERU (141 S.)	DM 6,00
CHILE – DER MUT ZU ÜBERLEBEN (40 S.) (mit vielen Abbildungen von chilenischen Stoffbildern)	DM 3,00

# FDCL

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM  
CHILE – LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.  
SAVIGNYPLATZ 5 · 1000 Berlin 12 · Tel.: (030) 313 50 65

FUSSBALL UND FOLTER – ARGENTINIEN WM '78 (in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch Westberlin)	DM 3,00
KINDER DES ELENDS (in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch Westberlin)	DM 8,00
Kinderbücher (deutsch-spanisch) für 5-8-jährige:	
VUELA, COMETITA – Fliege, kleiner Drachen	DM 2,00
LOS RATONCITOS VALIENTES – Die mutigen Mäuse	DM 2,00
FDCL-KATALOG I: Zeitschriften zu Chile des FDCL-Archivs	
FDCL-KATALOG II: Zeitschriften zu Lateinamerika des FDCL-Archivs	
Schutzgebühr jeweils DM 10,00 (öffentliche Institutionen DM 20,00)	

Sonderkonto des Chile-Komitees – „Hilfe für Chile“  
PSA Berlin-West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 90

## 8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Februar 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**BRD:** Prozeß gegen Besetzer der Konrad-Adenauer-Stiftung-Waffenexporte — **EL SALVADOR:** Das Massaker von 1932 — **BOLIVIEN:** Neue Wirtschaftsmaßnahmen — **GUAYANA:** Die verheimlichte Geschichte von Jonestown — **CHILE:** Gewerkschaftsunterdrückung — Protestaktionen — Vermarktung der Wissenschaft — **GEWERKSCHAFTEN:** Prozeß gegen Walesa-Freund — **NICARAGUA:** Pressekrieg — Das gesunde Geschäft mit der Krankheit

## INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT .....	3
<b>I. BERICHTE</b> .....	4
— BRD: Prozeß gegen Besetzer der Konrad-Adenauer-Stiftung .....	4
— EL SALVADOR: Unisenat verhaftet .....	6
Geißler in El Salvador .....	7
— CHILE: Das Verbrechen, Interessen zu vertreten .....	8
Dokument der CNS .....	9
Gotteshausbesetzungen und andere Proteste .....	10
Vermarktung der Wissenschaft .....	11
— BRD: Ist das etwa keine Schweinerei? .....	14
— BRASILIEN: Betriebsratswahlen bei VW do Brasil .....	16
Walesa-Freund unter Anklage .....	17
Unter Geiern .....	19
— BOLIVIEN: Neue Wirtschaftsmaßnahmen und Repression .....	28
— PERU: Erfolgreicher nationaler Streik .....	31
<b>II HINTERGRUND</b> .....	35
— GUAYANA: Die verheimlichte Geschichte von Jonestown .....	35
— PHARMA-MULTIS: Das gesunde Geschäft mit der Krankheit .....	41
— NICARAGUA: Der zweite Krieg .....	47
— EL SALVADOR: Das Massaker von 1932 und heute .....	57
<b>III. SOLIDARITÄT:</b> .....	66
— Diskussionsbeitrag zur El Salvador-Demo .....	66
— Friedenspreis der ESG .....	67
— Nachruf auf Daniel Waksman .....	69
— Zeitschriftenschau .....	70

### Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 8 der  
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich  
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12.2.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung  
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«  
PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108  
Bankleitzahl 10010010

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-  
theken und Institutionen im Bundesge-  
biet über:

con Medien- und Vertriebsgesellschaft,  
Postfach 106545,  
Osterstr. 36, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-  
legexemplare erbeten.

## ZU DIESEM HEFT

Wie dereinst Chile und Argentinien werden nun weitere Länder Lateinamerikas von der Welle neoliberalis tischer Wirtschaftsreformen erreicht. Betroffen sind repressive Diktaturen, beispielsweise Bolivien, ebenso wie formal demokratische Länder wie Peru, wo 60%ige Preiserhöhungen einen Generalstreik auslösten. Blieben in Lima die Panzer im Hintergrund, so schlugen die Militärs in La Paz zu. In Brasilien, wo der Prozeß der Liberalisierung unter den neuen wirtschafts-politischen Voraussetzungen fragwürdig wird, steht ab dem 16.2. der Gewerk-schaftsführer Lula vor Gericht und muß sich wegen Verstoßes gegen die "nationale Sicherheit" verantworten. Grund: er hatte den Streik der Metallarbeiter im April und Mai 1980 angeführt. Die politischen Spielräume werden enger .

Und dabei versuchte doch unser Verteidigungsminister Apel der salvadoreanischen Mörderbande, die die CDU-eigene Konrad-Adenauer-Stiftung im letzten Jahr mit einem Besuch zur Erlernung von Anti-Terrorismusexperimenten beehrte, "unsere rechtsstaatlichen Methoden" nahezubringen. Zwar ist El Salvador nicht Brasilien, aber was sind denn eigentlich unsere rechtsstaat-lichen Methoden, die unser Kriegsminister anderen Völkern und Regierungen nahebringen will? Sind es die Waffen, die wir zur Erhaltung des Friedens in alle Welt aussenden oder die (Psycho-)PHarmaka, mit denen die Menschen hier und dort vergiftet werden? Oder ist es gar unsere Rechtsprechung, die Polizisten, die 'mutmaß-liche Einbrecher' erschießen, zu kurzen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt, dafür aber Menschen, die Polizisten am Gebrauch der Schußwaffe hindern, für eineinhalb Jahre hinter Gitter setzen.

Aus Nicaragua erreichte uns ein Artikel, der zu beschreiben versucht, wie sich die aufbrechenden politischen Gegensätze in der Presse des Landes widerspie-geln.

Vor nicht allzu langer Zeit staunte die Weltöffentlichkeit über allzu furchtbare Dinge, die sich in Guayana zugetragen hatten. Dort beging eine Sekte angeblich kollektiven Selbstmord. Nähere Nachforschungen belegen abseits von derart ex-zentrischen Begebenheiten die Verwicklung des US-Geheimdienstes CIA in den Aufbau derartiger Sekten, die ihre politische Funktion in den jeweiligen Ländern erfüllen sollen.

## Deutschland: freiheitlich-grundordentlich

Aber erzählt uns ja nichts von Recht, Verfassung, Freiheit. Erzählt sonst alles was ihr lustig seid. Aber dieses eine jemals wieder zu sagen, das habt ihr verscherzt. (Tucholsky)

Die preußisch-germanische Justiz hat wieder einmal zugeschlagen. Diesmal gegen 8 Besetzer der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die aus Protest gegen den Besuch einer Militärdelegation aus El Salvador im vergangenen Juni die Räume der Stiftung kurzzeitig besetzt hatten. Das Verfahren wurde nach 4 Verhandlungstagen unter der Voraussetzung von Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 500,- DM pro Person andie Staatskasse eingestellt. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Prozeß ein Schandprozeß ist: Wäre in diesem Land Demokratie nicht nur ein Wort, würde die Konrad-Adenauer-Stiftung der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt, die Besetzer erhielten das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse am Band.

Wer erinnert sich noch an die innenpolitische Situation in El Salvador vor knapp einem Jahr? Am 24. März wurde der weltbekannte salvadoreanische Erzbischof Oscar A. Romero während einer Messe ermordet. Diese Tat war ein Anschlag auf das ganze Volk, denn Romero sprach das aus, was ein großer Teil der Bevölkerung nicht sagen konnte oder durfte. Die Beerdigung des Bischofs wurde zu einer großen Demonstration. Staatlich bezahlte Mörderbanden, Angehörige des Militärs und der paramilitärischen Organisation ORDEN, schossen aus dem Hinterhalt auf die Menge und richteten ein Blutbad an.

In dieser Situation also läßt die gemeinnützige, christlich-demokratische Konrad-Adenauer-Stiftung die Chefs dieser Mörderbande zu einem Berlin-Besuch ein. Genauer: den Innenminister Hernandez Delgado, den Chef des Generalstabs der Streitkräfte Francisco Adolf(o) Castillo und den Vizegeneraldirektor der Nationalgarde Aristides Montes. Diese Verbrecher essen mit dem Stiftungsvorsitzenden Bruno Heck ("bei sonnigem Wetter ist das Leben im Stadion recht angenehm") zu Abend, hören in der Deutschen Oper "Die Lustige Witwe" (als der Student Benno Ohnesorg 1967 erschossen wurde, lauschte der Schah von Persien gerade der "Zauberflöte"), unterhalten sich mit dem Generalsekretär Geißler und dem CDU-Fraktionsführer Diepgen, besuchen einen Vortrag im Bundeskriminalamt über Terrorismusbekämpfung und vieles andere mehr.

Die Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Parteien und Institutionen und faschistischen Militärregierungen in aller Welt ist weder neu noch einmalig. Ein unglaublicher Skandal ist es trotzdem jedesmal. Erinnern wir uns: Die Ausbildung des chilenischen Folterers Christian Ackerknecht an einer Hamburger Militärakademie wurde sein-

erzeit damit gerechtfertigt, den chilenischen Militärs Demokratie beibringen zu wollen. Nach seiner Rückkehr nach Chile wurde Hauptmann Ackerknecht zum Kommandanten eines KZ befördert. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel versprach sich von dem Besuch der salvadoreanischen Verbrecherbande, der Junta El Salvadors "unsere rechtsstaatlichen Methoden" nahezubringen.

Wie demokratisch ist zum Beispiel die SPD? Der Abgeordnete Hansen, der den Nachrüstungsbeschluß der Bundesregierung und den Bundeskanzler selbst kritisiert, soll aus der SPD ausgeschlossen werden, der Berliner Ex-Finanzsenator Riebschläger, der für den Verlust einer 100 Mio.-Bürgschaft verantwortlich ist, wird nach seinem Rücktritt noch zum Fraktionsvorsitzenden gewählt (Riebschläger: "die Börsenkurse sind mir inzwischen geläufiger, als die Abstimmungsergebnisse im Abgeordnetenhaus"). So demokratisch ist die SPD! Und dann wundern sich die Herrschenden über die Staats- und Parteienverdrossenheit der Bevölkerung.

Dieser Filz aus Ignoranz und Unfähigkeit setzte sich in dem Prozeß gegen die Besetzer der Konrad-Adenauer-Stiftung geradlinig fort. Gleich zu Beginn wurde seitens des Gerichts klargemacht, was von den Besetzern zu halten sei. Die Verhandlung wurde in den Sicherheitstrakt des Gebäudes verlegt, also dorthin, wo üblicherweise Terroristen abgeurteilt werden. Presse und Publikum hatte sich unwürdige Durchsuchungen gefallen zu lassen, Personalausweise der Zuschauer wurden fotokopiert. Alle Anträge der Verteidigung, die zu einer vorurteilsfreien Beurteilung der Vorgänge hätten beitragen können, wurden von der vorsitzenden Richterin Weißbach abgelehnt. Gegenstand dieser Anträge war u.a.

-Befragung des KAS-Leiters Giesel über seine Meinung zum Gewaltregime in El Salvador

-Verlesung von Dokumenten von Amnesty International und der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

-Anhörung der Bremer Professoren Stuby und Yanez, die mit einer Juristenkommission im September 1980 El Salvador besuchten und u.a. einen Militärgerichtsprozeß gegen 17 Gewerkschafter beobachteten. Der Ankläger in diesem Prozeß war nämlich der oben erwähnte Vizechef der Nationalgarde und Berlinbesucher Montes.

Dieser Prozeß, der gegen 5 weitere Beteiligte, die zur Zeit verreist sind, nochmals aufgerollt werden wird, zeichnete sich durch grenzenlose Sturheit des Gerichts aus, die die Regel und nicht die Ausnahme in deutschen Gerichtssälen darstellt. Es handelt sich um dieselbe Borniertheit, durch die vor kurzem ein 22-jähriger Student anlässlich einer Hausbesetzerdemonstration zu 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde; es handelt sich um dieselbe Borniertheit, durch die vor kurzem ein junger Mann zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde, weil er einen Polizisten durch einen Schlag am Gebrauch der Schusswaffe hindern wollte, es handelt sich um dieselbe Borniertheit...

Eines braucht die bundesrepublikanische Gerichtsbarkeit nicht zu scheuen: den Vergleich mit der Justiz der Weimarer Republik. Wie sagte noch Kurt Tucholsky? "Das ist keine schlechte Justiz. Das ist keine mangelhafte Justiz. Das ist überhaupt keine Justiz".

# EL SALVADOR

## Universitätssenat verhaftet

Am Dienstag, dem 10. Februar wurde das oberste Leitungsgremium der Universität, der Consejo Superior (Senat), von schwerbewaffneter Polizei überfallen und verhaftet. Zu dem Gremium zählen ca. 20 Personen, darunter der derzeitige Rektor José Napoleón Rodríguez Ruiz und der Verwaltungschef Ricardo Calderón. Der Senat hatte im Colegio Cristóbal Colón getagt, da das Universitätsgelände seit Juni vergangenen Jahres vom Militär besetzt ist. Zunächst hatte es nach einer bewaffneten Entführung durch eine Todeschwadron ausgesehen, was den sicheren Tod aller Senatsmitglieder bedeutet hätte. Doch anschließend gab Staatschef Napoleón Duarte die Verhaftung öffentlich zu und versuchte, sie mit der Begründung zu rechtfertigen, daß sich die Aktion gegen Mitglieder der Oppositionsfront FDR gerichtet habe, die "Umsturzpläne" schmieden wollten.

Die Unterdrückung der Universität von El Salvador macht damit nicht zum ersten Mal Schlagzeilen. Erst am 28. Oktober war der Rektor Félix A. Ulloa auf offener Straße erschossen worden, als er sich gerade anschickte, auf eine Rundreise in die Bundesrepublik zu kommen. Die Nachricht von der Verhaftung der ganzen Universitätsspitze am vergangenen Dienstag muß erneut das blanke Entsetzen über das Vorgehen der Regierungsjunta auslösen, denn alle Verhafteten befinden sich in akuter Lebensgefahr. Diese Nachricht kommt wenige Tage nach den persönlichen Erklärungen des CDU-Generalsekretärs Heiner Geissler, der es gewagt hat, den Bürgerkrieg in El Salvador überhaupt zu leugnen und die Regierung Duarte als Bewahrer des Friedens darzustellen. Bereits die Begründung seines Parteifreundes Duarte für die Verhaftungen ist bezeichnend: allein die Zugehörigkeit zur Opposition bedeutet unter der christdemokratischen Herrschaft, daß man seines Lebens nicht sicher ist.

An dieser Stelle wird vielleicht die Frage auftauchen, ob die Verhaftung des Senats nicht eine selbstverständliche Sache sei, da die Nationale Universität ja tatsächlich ein korporatives Mitglied der FDR ist und da sich das Land im Bürgerkrieg befindet. Darauf ist zu sagen, daß die Universitätsmitglieder nicht den Streitkräften der FMLN angehören. Die Behauptung, daß sie am bewaffneten Kampf teilnehmen, ist falsch und wird nur zur Rechtfertigung der Repression erhoben. Die Regierung Duarte hat immer wieder betont, daß die militärische Besetzung des Universitätsgeländes nicht die Schließung der Universität bedeute. Der Senat der Universität befindet sich damit keineswegs im Untergrund, sondern er versucht im Gegenteil, den offiziellen und legalen Betrieb aufrechtzuerhalten, z.T. sogar in den Räumen des Ministeriums. Wenn sich die Senatsmitglieder außerdem zur Opposition zählen, nehmen sie nur ihr verfassungsmäßiges Recht auf freie politische Betätigung wahr.

Solange nicht alle 20 Senatsmitglieder, Rektor und Verwaltungschef freigelassen sind, ist ihr Leben in höchster Gefahr.

Wir schlagen darum vor, ihre Freilassung in Briefen und Unterschriftenlisten zu verlangen. Dabei sollten auch Garantien für die Sicherheit der Universitätsmitglieder und die Wiederherstellung der Universitätsautonomie gefordert werden.

Adressen: Der Botschafter der Republik El Salvador, Gangolfstr. 6, 5300 Bonn, oder: Lic. Napoleón Duarte, Presidente de la República, Palacio de Gobierno, San Salvador, El Salvador.

## Geißler in El Salvador

"Geißler sagte... vor Journalisten in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua kurz vor der Abreise zu einem Treffen mit seinem Parteifreund, Duarte brauche Solidarität, weil er den 'sozialen Frieden sichern' wolle. Der Junta-Chef sei zur Zusammenarbeit 'mit allen demokratischen Gruppen' des mittelamerikanischen Landes bereit. Das erscheine ihm (Geißler) als 'der richtige Weg'. Laut einem Bericht der französischen Agentur AFP bezeichnete Geißler das Regime von Duarte als 'menschlich, christlich und Freund der Armen'. Der CDU-Generalsekretär hatte zuvor in San José de Costa Rica erklärt, der Fall El Salvador sei 'Teil der langen Kette von Mischungen und Invasionen der Sowjetunion.' 'Wir befürchten, daß es so wird wie in Jemen, Angola, Äthiopien oder Afghanistan!' (aus der FR vom 2.2.81) Vor den Trümmern der Kaserne von Santa Ana erklärte Geißler über die Guerrilla: "Scheint mir auch, daß diese Jungen nichts zustandebringen." Der Gouverneurin des Departments Santa Ana überreichte er eine Konrad-Adenauer-Medaille mit den vielsagenden Worten: "Diese Auszeichnung gilt den Begründern des Friedens in Mittelamerika." (aus der taz vom 11.2.81)

Die Bochumer Solidaritätsveranstaltung "Frauen in Mittelamerika", zu der 2000 Teilnehmer erschienen waren, verabschiedete dazu folgende Protestresolution (am 4.2.81):

"Auf seiner kürzlichen Mittelamerikareise erklärte der CDU-Generalsekretär Heiner Geissler, daß sich seine Partei hinter die aktuelle Junta El Salvadors... stellt. Hiermit erkennt die CDU eine Partei als Bruderpartei an, die heute die reaktionärsten Kräfte El Salvadors in sich versammelt. Die PDC El Salvadors hat sich im Febr. 1980 gespalten, und die progressiven Kräfte dieser Partei - wie Rubén Zamora, wie die Leiterin der salvadoranischen Menschenrechtskommission, Marianela García u.a. - gründeten den Movimiento Social-cristiano, der sich im April 1980 der FDR anschloß. Entsprechend Geissler ist das Regime El Salvadors unter Führung von Duarte "menschlich, christlich und ein Freund der Armen." Für Herrn Geissler heißt somit eine Terrorbilanz von 14.000 Toten im letzten Jahr, menschlich. Für ihn heißt die Verfolgung und Ermordung von Christen, Priestern und Nonnen wie die Morde an Monseñor Romero und an den vier nordamerikanischen Nonnen... etc. christlich. Die Ergebnisse der Agrarreform: verbrannte Dörfer, bombardierte ländliche Gebiete, 130.000 Flüchtlinge, der Mord an wehrlosen Frauen, Männern und Kinder am Sumpul etc., heißt für Herrn Geissler "Freund der Armen." Einmal mehr stellt sich ein Vertreter der deutschen Christdemokratie hinter ein System, das nur die Sprache der Gewalt gegenüber dem Volk kennt."

# CHILE

Am 11. März 1981, genau 6 Monate nach dem Plebiszit vom vergangenen September, treten die Übergangsbestimmungen Nr. 13 und 14 der neuen chilenischen Verfassung in Kraft, wonach der gegenwärtige Präsident der Republik (der im Verfassungstext sogar namentlich genannt wird) für die Dauer von 8 Jahren mit allen Sondervollmachten ausgestattet ist, die die Verfassung für ihn vorsieht - besonders im Art. 32, der einen ganzen Katalog davon enthält. Gleichzeitig übernimmt die bisherige Militärjunta eine Art Gesetzgebungsfunktion, die jedoch die diktatorialen Sonderrechte des Präsidenten kaum berührt.

Unter dem Eindruck dieses Datums glaubt das Regime durch den CNI einen sogenannten "Plan Marzo" aufgedeckt zu haben. Dies gehe aus Papieren hervor, die bei der Verhaftung des Generalsekretärs des MAPU, Carlos Eduardo Montes, am 30.12.80 bei ihm gefunden worden sein sollen. Die Besetzung verschiedener Botschaften, Kirchen und Grundstücke sowie diverse Sabotageakte und Solidaritätsbekundungen - u.a. von Gewerkschaften und an den Hochschulen - der jüngsten Zeit werden vom CNI als Bestandteil des "Plan Marzo" interpretiert, dessen Höhepunkt nach dem Willen der Linken kurz vor dem 11.3.81 erreicht sein soll, um die reibungslose Machtübernahme zu stören. Nach einer vorsichtigen Einschätzung dieser Interpretation und nach Analyse der gegenwärtigen tatsächlichen Machtverhältnisse in Chile kann man dazu nur sagen: schön wär's!

## Das Verbrechen, Interessen zu vertreten

In Punta Tralca trafen sich vom 21.-23. November letzten Jahres 600 Delegierte der Nationalen Gewerkschaftsorganisation CNS zu einer nationalen Ausschusssitzung. Die Delegierten repräsentieren 267 Organisationen, beziehungsweise mehr als 1 Mio. Arbeiter. Die Diskussionen dieses Seminars wurden in einem Arbeitspapier zusammengefasst, das von Manuel Bustos und Alamiro Guzman O. in ihrer Eigenschaft als Präsident, bzw. Generalsekretär unterzeichnet worden war. Der chilenische Innenminister Sergio Fernandez will den Unterzeichnern jetzt den Prozeß machen.

Innenminister Fernandez forderte in einem Schreiben an den chilenischen Gerichtshof, in dem die Nationale Gewerkschaftsorganisation als illegale Organisation bezeichnet wurde, die Anklage der Führer Bustos und Guzman.

Sie hätten sich illegalerweise die Gewerkschaftsvertretung angemaßt. Als Beweis dafür dient oben erwähntes Dokument "An die Arbeiter und die Öffentliche Meinung im In- und Ausland", "Zusammenfassende Schlußfolgerungen des Nationalen Ausschusses der Coordinadora Nacional Sindical". (Auszüge daraus siehe unten) Nach Auffassung der Militärregierung ist Vertretung von Arbeiterinteressen unvereinbar gegenüber der öffentlichen Ordnung und der Staatssicherheit.

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung bittet Gewerkschafts-, Studenten- und Humanitäre Organisationen in der ganzen Welt, Telegramme an den Innenminister Sergio Fernandez mit der Forderung

nach der sofortigen Einstellung der Prozesse gegen Manuel Bustos und Alamiro Guzman zu schicken. Eine Kopie des Telex oder des Telegramms soll gesendet werden an:

Manuel Bustos  
Abdon Cifuentes 67  
Santiago/Chile

### Textbeispiel

Exigimos poner fin de inmediato al proceso en contra de Manuel Bustos y Alamiro Guzman, nueva arbitrariedad de la dictadura en contra de los trabajadores chilenos.

### Übersetzung

Wir fordern die unverzügliche Einstellung des Prozesses gegen Manuel Bustos und Alamiro Guzman, der ein erneuter Willkürakt gegen die chilenischen Arbeiter darstellt.

Telexnummer:

chile sgo 271 TRA 271, Sergio Fernandez; Ministro de Interior

### Auszüge aus dem Dokument der CNS

#### An die Arbeiter und an die Öffentliche Meinung im In- und Ausland

#### Zusammenfassende Schlußfolgerungen der nationalen

Ausschusssitzung der CNS in Punta Tralca; 21. bis 23. Nov.

Der Nationalausschuß

- 1.) erkennt die Coordinadora Nacional Sindical als ihr höchstes stellungnehmendes Organ an und überträgt ihr die Aufgabe der Leitung der chilenischen Gewerkschaftsbewegung.
- 2.) drängt auf den raschen Zusammenschluß der Arbeiter als Grundvoraussetzung, um das große Ziel der Mobilisierung für die Wiedereroberung der Demokratie und gegen die gegenwärtige Arbeitsgesetzgebung zu beginnen.
- 3.) kommt darin überein, für die Schaffung einer Koalition zu kämpfen, die erlaubt, das große nationale Einverständnis auszudrücken gegenüber der Fähigkeit des Regimes Front zu machen, die sozialen Forderungen auszuschließen und zu atomisieren.
- 4.) kommt darin überein, die Arbeitsgesetzgebung der Regierung zurückzuweisen, bis zu seiner Beseitigung dagegen anzukämpfen, neue Formen der kollektiven Lohnverhandlungen zu schaffen.
- 5.) kommt darin überein, die Arbeiterorganisationen innerhalb und außerhalb der gesetzlichen Spielräume zu stärken. (...)

## Gotteshaus-Besetzungen und andere Protestaktionen

Am 14. Januar machten in Santiago zahlreiche Angehörige der Bewegung wohnungsloser Familien - familias sin casa - durch zwei fast gleichzeitig ablaufende spektakuläre Aktionen auf ihre dramatische Situation aufmerksam. Etwa 500 von ihnen besetzten ein zum städtischen Freizeit- und Erholungspark gehörendes Fußballfeld im Stadtteil Pudahuel und schlugen dort Zelte und andere Notbehausungen auf, während 40 andere ohne Gewaltanwendung in die schwedische Botschaft eindringen, um auf diese Weise ihrem Protest Öffentlichkeit zu verschaffen.

Die Besetzung des Fußballplatzes in Pudahuel wurde schon nach kurzer Zeit durch einen Trupp Karabineros beendet, der mit äußerster Brutalität vorging. Der Einsatz wurde mit einer Salve von 'Warnschüssen' aus einer Maschinenpistole eingeleitet, um bei den Besetzern Panik zu erzeugen. Dann zerstörten die Karabineros die Zelte und Behelfsbauten und schlugen auf die fliehenden Menschen ein. Sieben von ihnen wurden vorübergehend festgenommen. Etwa 40 anderen, darunter einigen hoch schwangeren Frauen, gelang es, eine 2 Meter hohe Mauer zur benachbarten Kirchengemeinde San Luis Beltrán zu überklettern. Dort schlugen sie auf dem Spielplatz des gemeindeeigenen Kindergartens die Reste ihrer geretteten Zelte und Nothütten auf. Der Pfarrer der Gemeinde HOY erklärte: "Wir können die Leute, die eine Wohnung brauchen, nicht verjagen. Das verbietet uns schon der Auftrag des Evangeliums. Man kann nicht die Liebe predigen und in schwierigen Situationen einfach schweigen. Die katholische Kirche wird diesen Leuten in dem gleichen Geist helfen, den sie gegenüber den Schutzlosen immer bewahrt hat..."

Acht Tage später wurde die Kirche San Francisco von weiteren 40 Angehörigen der sin-casa-Bewegung besetzt. Ihre Besetzung war jedoch von vornherein auf 48 Stunden befristet worden und galt der Solidarität mit den Besetzern der schwedischen Botschaft, die inzwischen in einen Hungerstreik getreten waren, und den Besetzern von San Luis Beltrán. Bei beiden Kirchenbesetzungen war von den Behörden Hilfe für eine gewaltsame Räumung angeboten worden, die jedoch von den Pfarrern zurückgewiesen wurde.

Aus dieser Zurückweisung des Hilfsangebotes und aus der klaren Stellungnahme der Priester zugunsten der Rechtlosen machte das Regime der katholischen Kirche den Vorwurf, die Besetzungen zu fördern und zu stimulieren und durch diese Haltung "Anschläge auf das geltende Recht" zu schützen.

Angesichts dieser massiven Vorwürfe, die durch den Staatssekretär im Ministerrang Jovino Novoa formuliert wurden, sah sich die Kirchenhierarchie ihrerseits zu öffentlichen Stellungnahmen gezwungen. Um den neuen Kurs einer vorsichtigen Annäherung an das Regime nicht zu gefährden und gleichzeitig den Priestern an der Basis nicht total in den Rücken zu fallen, bedurfte es dabei höchster diplomatischer Geschicklichkeit. Besonders interessant erscheint dabei die Abstufung der verschiedenen Stellungnahmen! Während die Presseerklärung der beiden zuständigen Bischofsvikare - Enrique Alvear und Camilo Vial - noch relativ scharf ausfiel und lediglich das Zugeständnis enthielt, daß man die Bemühungen der Regierung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus zwar anerkennen müßte, daß diese Bemühungen aber nicht jene erreichten, die ein geringes Einkommen haben wie die Beschäftigten im empleo minimo, die Arbeitslosen und die völlig Marginalisierten, beruft sich die Erklärung des

Vorsitzenden der chilenischen Bischofskonferenz, José Manuel Santos (Bischof von Valdivia) ausschließlich auf das Evangelium und geht mit entsprechenden Argumenten nur auf die Zurückweisung des behördlichen Hilfsangebotes zur Räumung des Kirchengeländes ein.

Die Stellungnahme des erzbischöflichen Ordinariats von Santiago, letztlich also die Meinung des Kardinals, wirkt schon fast anbedauernd. Zwar wird darin betont, daß die Kirche die Rechte aller Menschen wahrzunehmen habe und daß die anstehenden Probleme ihre Ursache in der mangelnden Mitsprache des Volkes an den politischen Entscheidungen haben, gleichzeitig wird jedoch versichert, daß die Kirche bestrebt sei, jedes Mittel der Verständigung mit den Behörden zu suchen und daß man, wenn es sich als erforderlich erweisen sollte, auch die Behörden zur Lösung eines Konfliktes zu Hilfe rufen würde...

Überhaupt keine Windungen benötigte dagegen der Rechtsaußen der chilenischen Bischofskonferenz, der Erzbischof von Valparaiso, Emilio Tagle. Er erklärte gegenüber dem MERCURIO, daß Kirchenbesetzungen in seinen Augen ein unzulässiges Vorgehen seien, da sie immer einen politischen Kontext hätten, der Tempel Gottes aber ein Ort des Gebetes und des Kultes sei. Ein solcher Mißbrauch der Gotteshäuser müsse von der Kirchenleitung daher verhindert werden! Auf die Probleme der Menschen, die sich zu Kirchenbesetzungen veranlaßt sehen, ging Erzbischof Tagle in seinem Votum mit keinem Wort ein.

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns noch die Meldung, daß Angehörige von 9 politischen Häftlingen die österreichische Botschaft in Santiago besetzt haben, um gegen die Verlegung ihrer Verwandten in weit entfernt gelegene Gefängnisse zu protestieren.



**SPENDET FÜR DEN  
WIDERSTAND IN CHILE**

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108  
Kennwort: Hilfe für Chile

## Vermarktung der Wissenschaft

Die Auswirkungen der Uni-Reform, die wir in der letzten Nummer dargestellt haben, sind noch in einigen Punkten zu ergänzen. Der wichtigste dabei ist die Umstrukturierung der Finanzierung für die Universitäten. Wenn auch die vor Jahren propagierte Selbstfinanzierung der Unis (aus Studiengebühren und Forschungsaufträgen) als unrealisierbar fallengelassen wurde, so werden doch Marktmechanis-

men in Zukunft das Studienangebot entscheidend bestimmen. Der bisherige direkte staatliche Beitrag wird in den kommenden Jahren schrittweise auf die Hälfte reduziert und durch eine indirekte Finanzierung ergänzt, die daran gebunden ist, an welcher Uni wieviele der jeweils besten 20 000 Studenten (aufgrund der Uni-Aufnahmeprüfung) sich wo einschreiben. Darüber hinaus soll das System, finanziell schwachgestellten Studenten Darlehen zu geben, erheblich ausgebaut werden (von Stipendien ist keine Rede mehr). Gleichzeitig werden die Studiengebühren für die Studienfächer variieren, und zwar sollen sie aufgrund dreier Faktoren kalkuliert werden: den tatsächlichen Kosten, den späteren Verdienstmöglichkeiten und - es verwundert, einen solchen Satz in diesem Reformprojekt überhaupt noch zu finden - dem gesellschaftlichen Nutzen des Faches.

Erklärtes Ziel dieser Maßnahmen ist die Schrumpfung der Universitäten, denn in all den Jahren Diktatur ist es nicht gelungen, sie in der gewünschten Weise ideologisch lückenlos zu kontrollieren. Das soll durch die Schrumpfung und eine von Pinochet angeordnete Neuorganisation treten, für die er den von ihm eingesetzten militärischen Rektoren Fristen bis Ende März, Anfang April gesetzt hat. Dabei ist aus den bisher bekannt gewordenen Maßnahmen bereits die Tendenz zu erkennen: die Entscheidungsgewalt bei den Rektoren und Dekanen zu konzentrieren, kurz alles, was von den Demokratisierungsbestrebungen seit der christdemokratischen Uni-Reform und ihrer Ausweitung unter der UP noch erhalten war, nicht nur in der Praxis zu eliminieren, sondern die gegenläufige autoritäre Struktur organisatorisch zu verankern.

Diese Maßnahmen sind auch zu sehen vor der quantitativen Entwicklung der Unis bzw. der Studentenzahlen. Unter den Christdemokraten hatten sich die Studentenzahlen fast verdoppelt: von 40 800 (1965) auf 76 900 (1970). Politik der UP-Regierung war gewesen, die Universitäten auch Arbeiter- und Bauernkindern zu öffnen; die Studentenzahlen stiegen abermals, bis 1973 auf 139 000, und die Ausweitung der weiterführenden Schule brachte ein weiteres Anwachsen durch das Nachdrängen der starken Schülerjahrgänge an die Unis bis 1975: 147 000. Seitdem dem Moment der "Schockpolitik"; als durch drastische Einschränkung der öffentlichen Ausgaben in allen Bereichen die Inflation bekämpft werden sollte - seitdem ist die Studentenzahl von Jahr zu Jahr gedrückt worden; für das Studienjahr werden den 127 000 Studienbewerbern noch 31 800 Studienplätze zur Verfügung stehen: einer unter vier hat eine Chance. Das Angebot an Studienplätzen fällt damit in absoluten Zahlen auf die des Jahres 1963 zurück. Die Zahl von 20 000 indirekt finanzierten Studienplätzen läßt vermuten, daß diese Größenordnung als "ideal" angestrebt wird.

Um ihr Studium bezahlen oder durch Darlehen finanzieren zu können, werden künftige Studenten als erstes die Höhe der Studiengebühren und die Verdienstaussichten berücksichtigen müssen. Die bisher übliche Differenzierung der Studiengebühren nach sozialen Kriterien entfällt. Im Jahre 1980 lagen sie an der Katholischen Universität bei 1 400 DM und bei über 2 300 DM an der Technischen Universität im Jahr.

Die Reform steuert eine elitäre Minderheit an, die daran interessiert sein muß, daß sich ihr kostspieliges Studium rentiert. Aber auch die Universitäten werden sich "marktgerecht" verhalten müssen: sie müssen um einen möglichst großen Anteil unter jenen indirekt finanzierten 20 000 Studenten konkurrieren, während der "Rest" eher eine finanzielle Belastung bedeutet. An den Berufsvorstellungen der "Elite" wird sich das Studienangebot orientieren müssen. Und wer keinen Platz an der Uni findet, ist auf den Markt privater Ausbildungs-Institute verwiesen.



Der neue Direktor der Universität von Chile, General Alejandro Medina Lois

### Proteste auch von Rechts

Die Verkündung dieser Reform im Januar hat unerwartet heftige Proteste aus Kreisen der Betroffenen ausgelöst. Selbstverständlich wurde die Reform ohne die geringste Beteiligung seitens Dozenten oder gar Studenten erarbeitet und - natürlich kein Zufall - in den chilenischen Sommermonaten und Semesterferien verkündet. Die Abwehr aus dem Bereich der Akademiker ist trotzdem einhellig und reicht bis weit in rechts-konservative Kreise hinein. Aufgrund der Semesterferien wird aus dem studentischen Bereich vorerst kaum mit massiven Reaktionen zu rechnen sein.

Der Protest reicht aber darüber hinaus bis in die akademischen Berufsverbände, die ebenfalls von der Reform betroffen sind (vg. LN 89), weil nämlich nur noch ein Teil dieser Berufe ein Universitätsstudium zur Voraussetzung haben wird. Sie sehen darin eine bedrohliche Minderung ihres Status bzw. (wie besonders die Journalisten, ebenfalls davon betroffen, vehement betonen) eine bedenkliche Minderung ihrer beruflichen Qualifikation. Angesichts der militant-reaktionären Rolle, die gerade diese Gremien gegenüber der Allende-Regierung gespielt haben, ist schwer abzugrenzen, wieweit hier berechnete Interessen im Sinne des Gemeinwohls, wieweit lediglich Privilegien verteidigt werden.

Ohnehin haben diese mittelständischen Organisationen, zunächst von den Putschisten gelobhudelt ob ihres Einsatzes für "Freiheit und Democracy", bald immer weniger ernst genommen, ihre traditionelle Rolle ausgespielt: Pinochets neue Verfassung nimmt ihnen das Privileg, das ihre frühere Stärke ausmachte: Jeder Arzt, Anwalt, Journalist, Lehrer etc. mußte Mitglied der entsprechenden Kammer sein, um seinen Beruf ausüben zu können.

Mit diesem Schlag auf den Nerv des Eigeninteresses habenes die ultraliberalen Wirtschaftspolitiker in der Regierung fertig gebracht, einen beachtlichen Teil bisheriger Sympathisanten des Regimes gegen sich aufzubringen.

## BRD

## Ist das etwa keine Schweinerei?

Der Streit um die Lieferung von U-Booten an die chilenische Militärdiktatur droht, hinter einer Auseinandersetzung über die Persönlichkeitsstruktur des Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen zu verschwinden.

Karl-Heinz Hansen hat in "konkret" mit sichtbarem und vorsichtigem Fragezeichen angefragt, ob die letzten Kanzlerankündigungen nicht schon übergegangen seien in "schlichte politische Schweinereien". Seitdem tobt in der SPD ein heftiger Kampf, aber nicht um die Politik des Kanzlers, nicht um die Politik der Partei, nicht um die Lieferung der U-Boote an Chile, sondern um den Umgangston, den politischen Stil in der Partei, um die Persönlichkeit von Hansen. Fast nirgends wird diskutiert, was er wirklich geschrieben hat. Dabei weicht er in der Sache um keinen Millimeter von bisherigen Beschlüssen des Parteivorstands und der SPD-Parteitage ab.

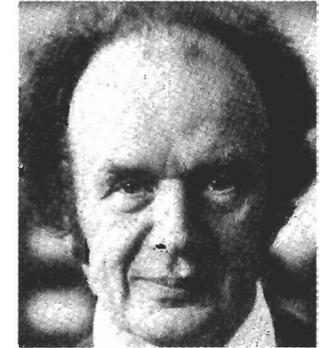
Wir zitieren hier noch einmal die wichtigsten Passagen aus dem Artikel von Hansen, soweit sie sich auf die U-Boot-Lieferung nach Chile beziehen:

"Hinter dem Rücken von Fraktion und Partei hat der Bundessicherheitsrat unter Führung von Helmut Schmidt einem U-Boot-Geschäft mit Chiles 'Mörderbande' zugestimmt. Diese Entscheidung läßt nicht nur jedes Maß an Sensibilität, ein Minimum an politischer Moral, deren sich die Sozialdemokraten gegenüber Christdemokraten in der Vergangenheit so gerne rühmten, vermissen: Das Argument, ein solches Geschäft sei notwendig zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in bundeseigenen Werften, ist mehr als pragmatischer Zynismus. Ist blanker Hohn gegenüber dem jahrelang wiederholt bekundeten Verlangen von SPD-Basis und -Vorstand nach gezielten strukturpolitischen Maßnahmen zur Sicherung von Beschäftigung, vor allem auch in der Rüstungsindustrie, und nach verschärften Restriktionen in der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Seit langem ist unbestritten, daß Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie unsicher sind, weil sie den Schwankungen militärischen Bedarfs unterliegen. Daß sie langfristig zivile Arbeitsplätze in größerer Zahl zerstören, weil jede Mark, die in der Welt - zunehmend von Entwicklungsländern - für Waffen ausgegeben wird, zum Einkauf hochwertiger Investitionsgüter bei uns fehlt, auf deren Export die Bundesrepublik aber so dringend angewiesen ist. Daß sie ruinös sind, weil sie wertvolle Rohstoffe in überflüssigen Schrott umwandeln, statt gesamtwirtschaftlich produktive Güter und Werte zu schaffen. Das sie - neben der Vergrößerung des Nord-Süd-Gefälles - mit wachsender Zahl Exportabhängigkeit erzeugen und durch den Exportzwang von Waffen außenpolitischen Handlungsspielraum einengen.

Trotz dieser Tatsachen hat die Regierung in den vergangenen Jahren keine Spur von Bereitwilligkeit gezeigt, die vielen Parteitagebeschlüsse zur strukturellen Diversifikation in Regionen und Unternehmen, zur 'Umsetzung von Rüstungskapazitäten in zivile Fertigungs- und Forschungskapazitäten' ( Parteivorstand ) auf ihre Verwirklichungsmöglichkeit auch nur zu prüfen. Bei soviel Versäumnissen und eigenem Versagen kann niemand guten politischen Gewissens Waffen-

exporte mit Arbeitsplatzargumenten rechtfertigen oder mit angeblichen außenpolitischen Zwängen von offenbarem Unwillen und offensichtlicher Unfähigkeit zu einer Politik der Moral und, zugleich, der Vernunft ablenken."

Soweit noch einmal Auszüge aus dem Artikel von Hansen, den man Wort für Wort nur unterschreiben kann und der unsere Argumentation in der vorigen Nummer der LN ( Nr.89, S. 15ff.) ergänzt und unterstützt. Man muß nicht nur fragen, ob das, was da passiert, eine Schweinerei ist. Man kann feststellen: Es ist eine Schweinerei!



SPD-MdB Karl-Heinz Hansen, Mitglied des Verteidigungsausschusses

Was da passiert, ist aber nicht nur eine Schweinerei, es ist auch eine zu Ende gedachte Irrsinnlogik, die, hat sie erst einmal angefangen, nicht mehr zu bremsen ist. Mag die SPD-Basis noch hoffen, daß das U-Boot-Geschäft mit Chile noch gestopt werden könnte, der Bundessicherheitsrat hat sich nach einem glaubwürdigen Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 6. Februar längst auf die Lieferung der U-Boote nach Chile festgelegt:

"Als Gründe für das Festhalten an dem Beschluß vom vergangenen Juni ist in Bonn jetzt, abgesehen von der in der Kieler Howaldtwerft artikulierten Sorge um die Arbeitsplätze und möglichen Regreßforderungen ( es war von bis zu 150 Millionen Mark die Rede ), das Argument zu hören, das Vertrauen des Auslands in die Vertragstreue der Bundesrepublik und ihrer Industrie dürfe nicht untergraben werden. Dies zielt offenbar auf Berichte, Indien habe solche Zweifel geäußert und gehe deshalb auf Distanz zu einem U-Boot-Geschäft mit Bonn. Ferner war zu hören, man dürfe wegen der langen Lebensdauer von Kriegsschiffen nicht in kurzfristigen Kategorien denken, zumal da der Diktator Pinochet in Chile kaum noch jahrzehntlang regieren dürfte. Außerdem werde Argentinien mit U-Booten beliefert. Perner sei das legitime Interesse speziell solcher Staaten mit langen Küstenstreifen an der Überwachung der auf 200 Seemeilen ausgedehnten Wirtschaftszonen zu berücksichtigen." ( SZ, 6. 2. 81 ).

Man hält solche Argumentation kaum für möglich: Erst billigt man geheim einen Irrsinnvertrag mit Chile, und dann pocht man auf die gebotene Vertragstreue, damit er auch öffentlich gebilligt wird. Und das auch noch, um einen weiteren Irrsinnvertrag mit Indien zu ermöglichen. Der Irrsinn einer U-Boot-Lieferung nach Argentinien soll jetzt herhalten, um den Irrsinn einer Lieferung nach Chile zu begründen. Der irrsinnige Streit um die Wirtschaftszonen beider Länder im Bereich des Beagle-Kanal wird als Vertretung legitimer Interessen bezeichnet, um an der Aufrüstung beider Seiten teilnehmen zu können. Das dümmste Argument ist schließlich das bezüglich der Regierungsdauer von Pinochet. Er ist der einzige Staats- oder Regierungschef in der Welt, der bereits für die Zeit bis 1989 gewählt ist und der seine Amtszeit mühelos bis 1997 ausdehnen könnte.

Von der CSU/CDU allerdings wird der Wahnsinn der Waffenexportpolitik erst richtig auf die Spitze getrieben. Aus der Feststellung, daß die Zahl der Spannungsgebiete in der Welt immer mehr zunehme, schließt sie, daß man von nun an überallhin Waffen liefern müsse.

# BRASILIEN

## Betriebsratswahlen bei VW do Brasil

Im Dezember vergangenen Jahres waren die zu diesem Zeitpunkt noch ca. 42.400 Beschäftigten von VW do Brasil dazu aufgerufen, Betriebsräte von Vorstands Gnaden zu wählen.

Man erinnere sich: im September 1980 hatte Vw do Brasil-Boß Wolfgang Sauer den einsam im Management gefallenen Beschluß zur Einrichtung einer Betriebsvertretung in den drei Zweigwerken der brasilianischen Tochter des deutschen Automultis verkündet. Mit großem Propagandaaufwand läutete er die seiner Meinung nach "neue Ära in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit" ein. Allerdings entsprang dies weniger einem plötzlichen Verständnis für gewerkschaftliche Interessen als dem rationalen Unternehmerkalkül, daß "der Kapitalismus nur überleben kann, wenn wir eine Formel finden, die den freien Austausch von Ideen und Ansprüchen zwischen Managerklasse und Werktätigen ermöglicht." Doch allzu weit ist der VW-Konzern mit seinem Vertretungssystem nicht gegangen. Eine genaue Lektüre der Paragraphen ergibt weitaus mehr Pflichten als Rechte für die Vertreter. (Eine Analyse des Papiers befindet sich in LN 87)

Ihre Rechte beschränken sich weitgehend auf die Sammlung von Problemen in den Abteilungen und Vorschläge zu ihrer Lösung. Alle weitergehenden Aktivitäten, sei es auf Gesamtbetriebsebene, sei es außerhalb des Betriebes, sind ihnen untersagt und können zu ihrer Absetzung führen.

Die Stoßrichtung dieses Vertretersystems ist eindeutig: die Betriebe von VW do Brasil bildeten zusammen mit den anderen autoproduzierenden Firmen in den Metallarbeiterstreiks der letzten Jahre Zentren des Geschehens. Die Arbeiter der Automobilindustrie von Sao Paulo, Sao Bernardo und Santo André stellten die Basis der neuen authentischen Gewerkschaftsbewegung, zu deren Symbolfigur Luis Ignacio da Silva, oder kurz Lula, wurde. Neben den Forderungen nach Lohnerhöhungen war es diesen Gewerkschaftern immer auch um eine Veränderung des korporativistisch verfaßten Gewerkschaftssystems gegangen, sowie innerbetrieblich um die Durchsetzung einer Vertrauensleutekörperschaft. Dieser letztgenannten Forderung war der deutsche Automulti nun auf seine Art "entgegengekommen", und das zu einer Zeit, in der die Gewerkschaftsbewegung sich aufgrund des gescheiterten Streiks vom April und Mai 1980 in einer schwerwiegenden Krise befand.

Entsprechend einhellig war dann auch die Ablehnung des Systems seitens der authentischen Gewerkschaften. Es wurde als ein Versuch angesehen, einen parallelen Syndikalismus zu errichten, und wurde eindeutig verurteilt als das Bestreben, der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung den Garaus zu machen. Lula rief zunächst zum Boykott der bereits für November angesetzten Wahlen auf. "Die Kommission ist der Firma ausgeliefert, denn diese kann die Mandate widerrufen, wann immer sie will. Sie kann Kandidaturen verhindern oder gar die Kommission kurzerhand auflösen." Diese Haltung wurde dann jedoch aus der Befürchtung heraus, die Posten durch einen

bedingungslosen Boykott mit aller Sicherheit an gewerkschaftsfeindliche Elemente zu verlieren, dahingehend revidiert, daß man dazu aufreißt, das Maskottchen der Metallarbeiter, den imaginären "Joao Ferrador" (etwa: Hans Eisenmacher) zu wählen bzw. kämpferische Kräfte in die Positionen zu hieven. Der Ausgang der Wahlen kann mithin als relativer Erfolg für die Gewerkschaften angesehen werden. Bei Wahlpflicht gaben nur 47 % der Beschäftigten gültige Stimmen ab, der Rest vernichtete die Zettel oder gab leere ab. Absoluter Sieger wurde jener Joao Ferrador mit 7.000 Stimmen, gefolgt von einer Reihe von Arbeitern, wobei der nächste nur 900 erhielt. Trotzdem können sie nicht unbedingt als gemäßigte Kräfte gelten. In ersten Stellungnahmen gaben die gewählten Vertreter zu verstehen, daß sie nicht gewillt seien, sich zu willfährigen Marionetten der Betriebsleitung machen zu lassen. Außerdem wollten sie den Kontakt zu den Gewerkschaften erhalten, nach den Spielregeln des Systems bereits der erste eindeutige Verstoß. Doch noch reagierte die Konzernleitung gelassen, wohl aus Furcht vor der Gefahr eines gleich zu Beginn kläglichen Scheiterns des mit so viel Propagandaaufwand nach außen getragenen Modells. Sauer: "Die Opposition hat das Partizipationssystem nur noch aufgewertet und die demokratischen Grundlagen sichtbar gemacht". Trotz dieses für das Management ernüchternden Wahlausgangs wollen dennoch weitere deutsche Konzerne, so Siemens und Mercedes Benz, dem Beispiel von VW folgen und ähnliche Vertretungssysteme einrichten.

Quellen: Latin America Regional Report Brazil, Frankfurter Rundschau

# GEWERKSCHAFTEN

## Ein Freund Walesas vor Gericht gestellt

*War zusammen mit ihm in Rom*

*Anklagepunkte:*

*Bedrohung der nationalen Sicherheit*

*Verbreitung revolutionärer Ideen*

*Aufstachelung zu zivilem Ungehorsam*

"Die Forderungen, für die wir seit dem Streik im letzten April kämpfen, sind praktisch dieselben wie die, für die sich heute die polnischen Arbeiter schlagen." (Le Monde, 31. Januar 1981, S. 4).

Der Mann, der dieses sagt, steht seit dem 16. Februar mit zwölf weiteren Gewerkschaftsführern vor Gericht. Man wirft ihm vor, durch die Verbreitung "revolutionärer Ideen" und Aufstachelung zu zivilem Ungehorsam die nationale Sicherheit zu untergraben. Die Anklageschrift verwendet Vokabeln, die direkt Artikeln der 'Prawda' über Lech Walesa entnommen sein könnten.

Der Mann, um den es geht, stammt aus einfachsten Verhältnissen und hat sich durch sein authentisches Auftreten an die Spitze der Arbeiter seines Landes im Kampf gegen eine korrupte und regierungsabhängige Gewerkschaftsbürokratie setzen können. Wegen seines wachsenden politischen Einflusses halten ihn die regierende Partei und die einflußreichen Militärs für eine echte Bedrohung ihrer Herrschaft und des von ihnen verteidigten wirtschaftlichen und politischen Modells.

Deshalb wird er vor Gericht gestellt.

Trotzdem liest man kaum etwas über ihn in der bundesdeutschen Presse. Und das, obwohl sein Land ein großes Land ist, obwohl dieses Land wirtschaftlich wichtiger für die Bundesrepublik ist als Polen, obwohl dieses Land mehr Schulden bei deutschen Banken hat als Polen.

Der Prozeß findet in Sao Paulo statt, ca. 12.000 km von Polen entfernt. Auf der Anklagebank sitzt Luis Ignacio da Silva, genannt Lula, ehemaliger Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft Sao Bernardos und Diademas, wo die großen multinationalen Konzerne wie VW do Brasil und Mercedes Benz sitzen. Er wurde während des Metallarbeiterstreiks 1980 mit einer Reihe von Kollegen von dem brasilianischen Regime "herausintervenierte" und steht nun aufgrund des von ihm und seinen Kollegen geführten 41tägigen Streiks vor Gericht. Die Regierung hatte damals die bestreikten Betriebe zum Gebiet der nationalen Sicherheit erklärt und damit formal die Grundlage für die Anklage geschaffen. Lula droht in dem anstehenden Prozeß eine Haftstrafe zwischen zwei und zwölf Jahren. Noch befindet er sich jedoch auf freiem Fuß und ist im Januar und Februar dieses Jahres durch Europa gereist, um über die Situation brasilianischer Gewerkschaften aufzuklären. Auf dieser Reise traf er vor drei Wochen Lech Walesa bei dessen Besuch in Rom. Dennoch ist kein Presseecho in der Bundesrepublik zu verzeichnen.

Daß Lula hierzulande kaum unterstützt wird, daß der Prozeß gegen ihn und seine Kollegen keinerlei Empörung hervorruft, liegt an der Tatsache, daß Lula in einem kapitalistischen Land lebt. Wie ernst es jemand meint, wenn er behauptet, den Kampf der polnischen Arbeiter für freie und autonome Gewerkschaften zu unterstützen, kann man in Zukunft daran ablesen, ob er auch den Kampf der brasilianischen Arbeiter unterstützt.

## Unter Geiern

Es fing alles an, wie im Kino:

"Nicht so müde, Deutscher, du bist hier nicht im Sanatorium", brüllt es hinter mir. Ich kriege einen Stoß in den Rücken, stolpere und stürze auf den kalten Zementboden. Hinter mir fällt dröhnend die schwere Gittertür zu. Eine Kette rasselt, ein Schlüssel dreht sich im Schloß, Schritte, die sich entfernen, eine Tür fällt zu, Ruhe.

Es ist dunkel. Nur durch das Gitter fällt ein wenig Licht. Das reicht, um zu erkennen, daß die Mauern mindestens einen Meter dick sind. Ein Luftloch in ca. 4 Metern Höhe, alles andere Mauerwerk und Beton.

Ich sitze im Knast. Das wenigstens ist jetzt erst mal sicher.

Zwei Monate vorher war ich in einem brasilianischen Hafen vom Schiff gestiegen, um mir als Auftakt meiner Südamerikareise das Land des Samba, Karneval und Kaffee anzusehen.

Auf der Fahrt hatte ich dann Carlos und Eduardo getroffen, die mit ihrem Auto auf dem Weg nach Sao Paulo waren und mich einladen mitzufahren. In der Nähe von Rio de Janeiro wurden wir jedoch von einem Trupp Polizisten gestoppt, die darangingen, unser Auto angeblich nach Waffen zu durchsuchen. Interessiert und abwartend, ohne viel von den genaueren Umständen zu verstehen, sah ich zu.

Etwa zehn Soldaten der Militärpolizei hatten uns förmlich umzingelt. Ein kleiner weißhaariger Zivilist, offensichtlich der Leiter der ganzen Aktion, begann plötzlich irgendetwas zu schreien, das ich nicht verstand. Dann traf mich ein Schlag mitten ins Gesicht. Ich schloß unwillkürlich die Augen und krümmte mich instinktiv zusammen. Als ich wieder aufblickte, sah ich in die Mündung des Revolvers eines dicken Schwarzen, der neben mir gestanden hatte. Im selben Augenblick packte mich jemand im Haar und stieß mich unter Tritten vorwärts, bis ich bäuchlings auf den Rücksitz eines Militärjeeps flog.

Neben mir landete Eduardo auf die gleiche Art und Weise. Fünf Militärpolizisten sprangen auf, stießen uns in eine Ecke und die Fahrt ging los.

Wohin? Warum? Und Wozu? Mir war nur klar, daß die Lage nicht angenehm für uns war. Unsicher versuchte ich es einmal mit einem ach-es-ist-ja-gar-nicht-so-schlimm-Lächeln in Richtung Eduardo. Der aber war anscheinend den Tränen nahe. Also doch wohl keine Routinesache.

Die Fahrt endete nach zehn Kilometern in einer Kleinstadt. Wir erreichten einen Kopfsteinpflaster-Platz und der Wagen bremste an dessen Ende vor einem quadratischen Bau. Unsere rasante Ankunft ließ etwa zwanzig Geier auffliegen, die auf dem spitzgiebeligen Dach ihren Stützpunkt hatten. Polizeiwache und Stadtgefängnis, las ich auf einer Hinweistafel. Über dem Eingang des Gebäudes sah ich die Jahreszahl 1602.

Wie gesagt, es begann wie ein schlechter Film.

Ich finde meine beiden Freunde in einer der dunklen Ecken der Zelle. Sie sitzen am Boden und weinen. Vorsichtig versuche ich in meinem gebrochenen Portugiesisch, ein paar Informationen aus ihnen herauszukriegen.

Nach und nach erfahre ich folgende Geschichte:

Eduardo hat auf der Reise irgendwo ein paar Gramm Marihuana gekauft,

ein bißchen davon geraucht und den Rest in seinen Koffer gesteckt und dort vergessen. Gestern ist es ihm wieder eingefallen. Er hat es noch gesucht, aber nicht gefunden. Und jetzt... Was wir zu erwarten haben, will ich wissen. Sicher werden wir nicht lange in Haft bleiben, erklären sie mir. Aber die Folgen! Sie sind Journalisten. Und wenn sie nicht am Wochenende zur Arbeit erscheinen und der Fall bei ihrer Zeitung bekannt wird, dann kostet sie das den Job. Und die Familien. Sie wohnen beide bei ihren Eltern, die nichts davon wissen dürfen, daß sie manchmal Marihuana rauchen. "Und ich, was passiert jetzt mit mir?", frage ich. Die beiden zucken die Achseln. Nichts Genaues weiss man nicht. Am Abend kommt uns der kleine Weisshaarige vor unserer Gittertür besuchen. Er ist der Polizeivorsteher des Ortes und wird Delegado genannt. Bester Laune bemüht er sich, unsere Sorgen zu zerstreuen. Eine Kleinigkeit, die Angelegenheit vier Gramm sind nicht der Rede wert, sagt er. Eine kleine Kautions am nächsten Morgen und wir sind frei.

"Noch mal Glück gehabt," sagt Carlos.

Der nächste Morgen wird lang. Nach dem Wecken hat sich niemand von den Wachen mehr bei uns gezeigt. Mittags, als wir jeder einen kleinen Topf mit Reisampe und schwarzen Bohnen erhalten, werden wir vertröstet. Ebenso am Nachmittag. Auf meine fragenden Blicke antworten mir die beiden anderen mit besorgten Gesichtern.

Am Abend erscheint endlich der Delegado. Aufgeregt stürzen wir zur Tür. Doch statt uns in Freiheit zu entlassen, hält er uns eine leidenschaftliche Rede gegen den Rauschgifthandel, der, wie er sagt, die Jugend des Landes ins Verderben treibt.

"Aber das bißchen Marihuana war doch nur für mich privat", unterbricht ihn Eduardo.

"So", schreit der Delegado, "Privat? 240 Gramm sind schließlich keine Kleinigkeit für den eigenen Verbrauch. Mit euch Verbrechern sollte man kurzen Prozeß machen." Er ereifert sich, daß ihm die Zornesröte ins Gesicht steigt. Carlos und Eduardo blicken ihn wie versteinert an.

"Was?" frage ich, "240 Gramm? Ich denke es waren vier?"

"Halts Maul!" schreit der Delegado jetzt mich an. "Mit den 130 Gramm Kokain im Gepäck würde ich an Deiner Stelle versuchen ruhig und freundlich zu sein."

Jetzt bin ich an der Reihe, leichenblaß zu werden. Was war das? 130 Gramm Kokain? Was soll denn das heißen?

"Ihr seid alle drei als Rauschgifthändler angeklagt. Dreckiges Lumpenpack. Hier sind die Haftbefehle. Freiheit auf Kautions ist nicht. Gute Nacht."

Drei Blätter segeln durch die Gittertür auf den Boden, eine Tür klappt.

Bleiernde Stille.

Carlos und Eduardo sitzen auf dem Boden und weinen.

Und nun? frage ich.

Fünf bis zwölf Jahre, sagt Eduardo schluchzend.

Bei den Vorbereitungen für meine Reise hatte ich schon davon gehört, daß es in Südamerika vorkommen soll, daß Gringos unter fadenscheinigen Vorwänden für Jahre im Knast landen, um Bestechungsgelder von ihnen zu erpressen. Meine Schwester hatte mich gewarnt, "Denk daran, daß du es dort mit Militärdiktaturen zu tun hast", sagte sie. Das alles hatte ich jedoch locker beiseite geschoben. Mir wird schon nichts passieren. Davon war ich überzeugt. Und nun sitze ich also drin. Diese Vorstellung läßt mir die Knie weich werden. Mir fährt die Angst in die Knochen. Was tun?

Zum Glück sind wir nicht ganz allein. Auf der anderen Seite des Korridors liegt noch eine Zelle. An der Gittertür drängen sich sieben Leute, um dem Schauspiel, das sich da abspielt, beizuwohnen. Sie sind sichtlich amüsiert über die verzweifelte Geschäftigkeit, mit der wir etwas zu tun versuchen. Wir trommeln gegen das Gitter und rufen nach dem Delegado.

"Heute ist Freitag", sagt jemand aus der Nachbarzelle. "Heute passiert sowieso nichts mehr. Bis Montag habt ihr erst mal Zeit, alles ganz in Ruhe zu überlegen. Aufregung schadet nur."

Was für ein Zyniker, meinen wir. Aber es tut gut, wenigstens mit jemandem anderen zu reden.

Die Nachbarn raten uns, so schnell wie möglich die Familien und einen Anwalt zu verständigen.

Aber wie denn, in so einer Situation?

Am Sonntag ist Besuchszeit. Und da haben wir die Gelegenheit jemanden zu beauftragen, für uns zu telefonieren, erklären sie uns. Also drei Tage im Knast! Und die Familien und einen Anwalt einschalten. Und das Lösegeld. Meine beiden Mitgefangenen kriegen einen Zusammenbruch. Für mich ist die Situation etwas besser. Ich habe Zeit. Und die Gelassenheit der anderen in der Nachbarzelle beruhigt mich etwas.

Das Wochenende wird ruhig. Es herrscht gedrückte Stimmung, aber ein gewisser Optimismus, daß wir das Problem in der kommenden Woche mit etwas Geld schon lösen werden.

Am Samstag kommen Zeugen Jehovas und lesen uns aus der Bibel vor. Eine angenehme Abwechslung.

Am Sonntagmorgen erscheint der katholische Priester. Er ist Belgier. Auf seinem Sonntagsspaziergang pflegt er einen Abstecher ins Gefängnis zu machen, erklärt er, in der einen Hand den Spazierstock, in der anderen den Strohhut, das runde Gesicht von der Sonne gerötet.

Ich beschreibe ihm unsere Situation. Er kann es kaum glauben, sagt er. Aber der Delegado ist noch neu in der Stadt und die meisten seiner Leute auch. Er kennt sie kaum. Sollte zutreffen, was wir erzählen, so wolle er mit dem Richter sprechen, der sein Freund sei.

Am Nachmittag ist Besuchszeit. Es kommen fast zwanzig Leute, Familien, Freundinnen. Es gelingt uns, drei Leute mit ein wenig Geld dazu zu bewegen, für uns zu telefonieren. Jedenfalls sagen sie, daß sie es tun wollen.

Das alles sind kleine Fortschritte. Unser Optimismus wächst und wir werden etwas gelöster.

Der große Hammer für mich kommt am Abend.

Am Wochenende haben nur zwei Polizisten Dienst, Sidney und Manuel. Beide gehören zu den Sympathisierenden. Sie holen uns aus der Zelle zu einem Verhör, wie sie sagen.

Als wir dann aber in ihrem Büro sind, spricht Manuel Eduardo und Carlos an: "Hört mal, ihr seid doch Journalisten. Ich hab' da ne' ne Story für euch."

Es ist sein letzter Tag heute auf diesem Revier, erzählt er. Er hat sich versetzen lassen.

Warum?

Weil er es nicht mehr aushält. Er kann mit seinen neuen Kollegen nicht zusammenarbeiten. Er kann sie nicht ausstehen.

Sidney rückt dann mit der Geschichte raus.

Der Delegado und drei seiner Leute sind vor zwei Wochen aus Rio de Janeiro auf dieses Revier in der Provinz gekommen. In Rio bildeten sie eins der berüchtigten Todesschwadronen.

"Die haben einen privaten Friedhof hier", erzählt Manuel, "wo sie begraben, wen sie umgebracht haben."

"Und Chico ist ein Deutschenhasser", sagt er mit Seitenblick auf mich. "Du mußt dich vor ihm in Acht nehmen."

"Obwohl er deutsche Eltern hat", ergänzt Sidney.

Mir rutscht das Herz in die Hose.

Und das ist noch nicht alles. "Luciano hängt einem Satanskult an. Er besucht regelmäßig schwarze Messen und bezeichnet sich selbst als Sadisten. Außerdem ist er aggressiv Homosexuell. Habt ihr noch nicht den Totenkopf bemerkt, den er an einer Kette über der Brust trägt?"

"Mitternachtsexpress", stöhnt Carlos.

"Graciano ist ein Schläger. Gutmütig, aber abhängig von den anderen.

Und Chico ist das Gehirn. Paßt gut auf den auf."

Dann erzählt Sidney seine Geschichte.

Er ist wegen eines Verkehrsvergehens in Rio de Janeiro verhaftet worden. Im Knast wollte ein Mithäftling ihn vergewaltigen. Er hat ihn umgebracht. Der Delegado hat zu ihm gesagt, du bist intelligent, du bist kein Verbrecher, wenn du dich verpflichtest, für uns zu arbeiten, vertuschen wir den Fall.

Er würde längst nicht mehr mitmachen, wenn nicht seine Alternative lebenslänglicher Knast wäre, sagt er.

Zurück in der Zelle halte ich es nicht mehr aus. Mit vor Angst klappernden Zähnen sacke ich in eine Ecke. Meine Gedanken rasen im Kreis. Nur zur einer Vorstellung bin ich noch fähig: Was wollen sie? Geld. Viel Geld. Geld hab' ich aber keins. Und kenne auch niemanden, der viel Geld hat. Und was machen sie dann mit mir? Verschaffen mir ein Grab auf ihrem Privatfriedhof. Logisch. Nach allem, was ich an Geschichten über die brasilianische Todesschwadron gehört habe und nach dem, was die beiden erzählt haben, ist es für mich eindeutig und logisch, wie ich enden werde. Mich packt Panik und Paranoia.

"Blödsinn, davon glaub ich kein Wort", sagt Carlos. "Das ist alles Taktik."

Doch die anderen Häftlinge bestätigen die Geschichte der beiden Polizisten in wesentlichen Punkten.

Diese Nacht ist nicht an Schlaf zu denken.

Am Montagmorgen erscheint ein Freund von Carlos und Eduardo aus Sao Paulo mit dem Rechtsanwalt. Wir jubeln. Es hat geklappt. Der Rest, denken wir, ist vergleichsweise einfach.

Dienstag beginnt der Rechtsanwalt mit den Verhandlungen.

Wieviel wird der Delegado verlangen? Unsere Schätzungen kreisen um etwa 1.000 DM pro Person.

"Zur Not gebe ich Ihnen mein Auto", sagt Carlos. Das erscheint uns nach all dem Horror einannehmbar und schnelle Lösung.

Dann der Schock: der Delegado will 15.000 DM von jedem, bei mir versteift er sich sogar auf 50.000.

Mich packt von neuem Paranoia. Ich sitze in der Ecke und klappere. Wo soll ich bloß 50.000 Mark herkriegeln? Keine Chance. Ich bin aufgeschmissen. Die beiden anderen weinen wieder. Selbst der Anwalt sieht unglücklich aus.

Am selben Abend werden zwei ca. 18jährige Jungen verhaftet. Sie sollen einen Kassettenrekorder gestohlen haben.

In der Nacht werden sie mehrmals aus unserer Zelle geholt und gefoltert. Wir hören ihre Schreie, das Brüllen der Polizisten und dumpfe Schläge, gefolgt von stärkeren Schreien.

Zurück in der Zelle hören sie nicht auf zu schreien. Man hat ihnen systematisch einzelne Organe zerschlagen.

Fünfmal werden sie in dieser Nacht geholt. An Schlaf ist nicht zu denken. Als es Morgen wird, bin ich fertig. Vom Horror besessen.

Das Licht geht nicht an. Die Glühbirne ist kaputt. Es ist jetzt auch tagsüber dunkel in der Zelle. Und die beiden hören nicht auf zu schreien. Nur von Zeit zu Zeit fallen sie in kurze Ohnmacht. Wir beginnen zu randalieren. Die beiden sollen in ein Krankenhaus. Und wir wollen eine Glühbirne. Doch ohne Erfolg.

Die wachhabenden MPs versuchen, die Jungen mit Drohungen und Einschüchterungen zur Ruhe zu bringen. Ebenfalls ohne Erfolg. Der Rechtsanwalt schachert weiter mit dem Delegado. Claudio und Eduardo haben sich bereiterklärt, auf dessen Forderungen einzugehen. Eduardo hat einen Bausparvertrag, beide ein Auto und Carlos ist an einer Eigentumswohnung beteiligt. Alles wollen sie dafür opfern, um möglichst schnell den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Aber es gibt Komplikationen.

Richter und Staatsanwalt sind in das ganze Spiel nicht einbezogen. Der Delegado kennt sie noch nicht lange genug. Doch die Akten sind schon bei ihnen. Man muß sie irgendwie davon überzeugen, daß wir keine Drogenhändler sind. Der Rechtsanwalt fährt nach Sao Paulo zurück. Er will ein Attest für die beiden kaufen, das besagt, daß sie als Drogensüchtige unter ärztlicher Behandlung stehen. Damit würden sie nicht als Händler, sondern als Süchtige angeklagt werden und der Richter könnte sie gegen Kautionsfrei lassen.

Wir sind wieder allein.

Im Dunkel unserer Zelle schreien noch immer die beiden Gefolterten.

Die Stimmung ist auf dem Nullpunkt.

Meine Situation hat sich nicht gebessert. Ich bin in die Verhandlungen nicht mit einbezogen. Der Rechtsanwalt hat mich gefragt, wieviel Geld ich habe. Ich habe gesagt, 150 Dollar. Er hat sich garnicht erst für mich interessiert. Es ist ihm zu wenig. Mich packt die Wut auf den ganzen Scheißverein.

Am selben Abend kommen noch Familienangehörige der beiden Jungen. Denen geht es inzwischen immer schlechter. Die Intervalle von Bewußtlosigkeit werden immer länger, die Schreie immer weniger. Das ist für uns eine Erleichterung, aber auch eine neue Sorge. Die beiden könnten sterben.

Die Verwandten protestieren laut schreiend. Sie drohen dem Delegado, der sich seinerseits bemüht, sie einzuschüchtern.

Wir steigen ein in den Protest. Es erleichtert ungeheuer, seiner Angst und Wut freien Lauf zu lassen.

Am nächsten Morgen kommt der Bürgermeister. Die Mutter eines der beiden Gefolterten hat ihn geholt. Er gehört der brasilianischen Oppositionspartei an. Ultimativ fordert er den Delegado auf, die Gefangenen zur Behandlung im Krankenhaus freizugeben. Außerdem kündigt er ihm an, ihm wegen Folterung Minderjähriger den Prozeß zu machen.

Wenig später erscheinen zwei Krankenpfleger mit zwei Bahren und die beiden werden in einem Krankenwagen verladen und weggefahren. Wir jubeln. Ein Sieg. Ein kleiner Sieg.

Der nächste Tag ist ein reiner Freudentag. Zuerst bekommen wir eine neue Glühbirne. Dann werde ich zum Telefon gerufen. Irgendjemand hat den deutschen Konsul in Rio de Janeiro benachrichtigt. Ich spreche mit ihm und er verspricht zu kommen.

Später kommt der Anwalt zurück. Er hat einen Arzt gefunden, der ihm das Attest ausgestellt hat. Ziemlich billig ca. 200 DM pro Stück. Begeistert lesen wir die Atteste. Carlos und Eduardo dürfen gemeinsam mit vier MPs in ein Restaurant essen gehen. Ich meinerseits werde von einem Hotelbesitzer aus der Stadt besucht. Er erzählt mir, er hatte gehört, daß ein Deutscher im Knast in der Klemme säße. Seine Tochter sei mit einem Deutschen verheiratet und lebe in München. Darum fühle er sich verpflichtet, mir zu helfen.

Er könne mir zwar kein Geld geben, aber er wolle mir jeden Tag eine warme Mahlzeit zukommen lassen. Die erste hat er gleich mitgebracht. Ich hätte mich vor Dankbarkeit fast überschlagen. Dieser Abend wird sehr ausgelassen lustig. Wir spielen Karten und die Wärter sind außerordentlich freundlich zu uns. Schließlich haben sie alle schon einen Teil ihres Bestechungsgeldes weg.

Am Tag danach kommt der Konsul. Ich habe ihn beschworen, nicht an diesem Tag zu kommen, da weder Richter noch Staatsanwalt noch der Delegado in der Stadt sein würden. Trotzdem kommt er an diesem Tag. Es ist schwer, ihn zu überzeugen, daß ich erpreßt werde. Aber schließlich scheint er mir zu glauben, das mir das Kokain nur untergeschoben wird. Er rät mir, das Ziel zu verfolgen, aus dem Lande ausgewiesen zu werden. In der Situation scheint mir das sogar verlockend.

Endlich gelingt es ihm, den Richter am Telefon zu sprechen. Danach erklärt er, er würde am nächsten Tag einen Rechtsanwalt schicken und am Abend wäre ich dann frei. Damit rauschte er ab.

Am anderen Morgen wachen wir aufindem Bewußtsein, unsere letzte Nacht im Knast verbracht zu haben. Eduardo und Carlos nehmen an, mit Hilfe des Attestes freizukommen, ich bin mir nach dem Gespräch, das der Konsul mit dem Richter geführt hat, meiner Sache genauso sicher. Und wirklich kommt ein Anwalt für mich.

Doch was er erzählt hört sich nicht gut an:

Sowie er die Sachlage einschätze, würde die Geschichte noch eine ganze Weile dauern. Daß sich alles so abgespielt habe, wie ich es ihm geschildert hätte, könne er sich nicht vorstellen. So etwas gäbe es nicht. Wenn ich unschuldig wäre, dann sei alles klar. Ich solle in Ruhe meinen Prozeß abwarten. Es würde sich schon alles klären.

Ich fühlte mich wie vom Donner getroffen.

Nach einem Gespräch mit dem Richter kann er seine Vermutungen nur bestätigen. Er habe erreicht, daß mein Prozeß sehr schnell anberaumt würde. In zwei Wochen sei Termin. Dann verabschiedet er sich von mir für die kommenden vierzehn Tage.

Die Atteste der beiden anderen hat der Richter anerkannt, aber er verfügt eine psychiatrische Untersuchung, nach der er entscheiden will, ob sie in eine geschlossene Anstalt eingewiesen werden. Der Anwalt hat gleich alles in Bewegung gesetzt. Aber der zuständige Psychiater ist verreist. Selbst mit Geld ist für die nächsten zwei Wochen kein Termin zu kriegen.

Wir liegen am Boden. Aussicht auf anscheinend unendliche Zeit im Knast vor uns.

Am selben Abend kommen die Väter von Carlos und Eduardo. Als sie ihre Söhne hinter Gittern sehen, fangen sie laut an zu weinen. Meine beiden Freunde fallen augenblicklich mit ein. Nach kurzer Zeit hält es auch mich nicht mehr. Mir laufen die Tränen in Strömen das Gesicht herunter. Als ich mich völlig leergeweint habe, sehe ich, daß am Gitter der Zelle gegenüber drei Gefangene stehen, die sich auch unaufhörlich die Augen wischen.

Jetzt beginnt für uns eine zienlich lange Zeit ohne große Fortschritte.

Wir bekommen Zuwachs. Der örtliche Puff muß auf Anweisung höherer Stelle aufgelöst werden. Das ist sehr schade für die Polizei, da sie daran immer gut verdient haben.

Die sechs Frauen werden auf den Gang zwischen die Zellen gesperrt, weil keine Zellen mehr frei sind. Und in unsere Zelle kommt Zé, der jüngste Bruder des Puffbesitzers, der jetzt den Verantwortlichen spielen soll. Er wird mit allen Extras ausgestattet und die Wächter

machen uns klar, daß niemand ihn anfassen soll, da er unter besonderen Schutz stehe.

In dieser Nacht gibt es ein großes Fest. Damenbesuch im Knast.

In der folgenden Zeit entspannt und beruhigt sich die Lage. Wir müssen warten und der Delegado und seine Leute haben schon Geld und sind uns gnädig gesonnen. Wir stellen fest, daß es Unterschiede und Widersprüche zwischen ihnen gibt. Einige erklären uns offen ihre Sympathie und distanzieren sich vom Delegado und seinen Methoden.

Sie berufen sich auf eine Art "Befehlsnotstand". Bei den Folterungen könne sich niemand der Anwesenden ausschließen. Und Bestechungsgelder nehmen sie natürlich auch alle. Logisch. Wie soll man denn sonst bei dem mageren Gehalt überleben?

Manche unserer Aufseher versuchen sogar, mit uns eine Art Freundschaft zu schließen. Wir werden zu Ratgebern in Ehe- und Finanzproblemen. Besonders Julio. Er hat Kehlkopfkrebs. Seinen nahen Tod vor Augen versucht er, an uns und unseren Mitgefangenen, einige seiner früheren Sünden wieder gutzumachen. So kommen wir alle zu Extraeinkauf und Sondertelefonaten.

Doch immer wieder kommt es zu Aggressionsausbrüchen der Polizei. Wir werden Zeugen, wie der Delegado eine Art Terrorherrschaft in der Stadt errichtet, um sein Einkommen aufzubessern. Männer, die beim Pinkeln an einem Baum erwischt werden oder Mopedfahrer, die ihren Führerschein nicht bei sich haben, landen im Knast und werden gezwungen, eine "Kaution" zu zahlen, um wieder freigelassen zu werden.

Unsere Stimmung schwankt zwischen Optimismus und Trübsal. Langsam gewöhnen wir uns an die Knastroutine. Inzwischen sind wir diejenigen, die den Neueingelieferten raten, erst einmal in Ruhe die Entwicklung abzuwarten.

Zé wird ungeduldig. Er fängt an, sich mit dem Delegado zu zerstreiten. Warum wird er nicht freigelassen? Die Frauen wurden auch nur eine Nacht festgehalten. Der Delegado beruft sich auf höheren Befehl.

Ich versuche, so, wie es mir meine Knastkumpanen geraten haben, die Tränendrüsentaktik. Immer wieder erzähle ich von meinem herzkranken Vater, der über die Nachricht von meinem Schicksal wahrscheinlich sterben wird. Und ich beschreibe, wie ich jahrelang alle Spargroschen zusammengelegt habe, um meinen Traum, Brasilien kennenzulernen, zu verwirklichen.

"Bei Familie und Vaterland sind sie empfindlich", haben die anderen gesagt.

Und wirklich verfehlt auf die Dauer meine Taktik ihre Wirkung nicht. Die Detektive und MPs werden bei meinen Schilderungen immer ganz verlegen.

Dann eine sensationelle Neuigkeit: Der Bürgermeister macht wirklich dem Delegado den Prozeß. Es kommen Leute einer Untersuchungskommission, um wegen der Vorwürfe gegen ihn zu ermitteln. Die Lage wird anscheinend für den Delegado ziemlich unangenehm. Er wird zusehens freundlicher und versucht, uns für sich einzunehmen. Plötzlich möchte er uns anscheinend so schnell wie möglich los sein. Er versucht, gemeinsam mit dem Rechtsanwalt den Prozeß in der psychiatrischen Anstalt zu beschleunigen, aber sein Arm reicht nicht so weit.

Endlich kommt der Tag der psychiatrischen Untersuchung von Carlos und Eduardo. Sie feiern den Morgen als ihren letzten im Knast. Als sie abends aus dem Krankenhaus zurückkommen, fallen sie uns vor Freude weinend in die Arme. Doch nicht, weil sie entlassen worden sind, sondern weil sie wieder in ihre Zelle zurückdürfen.

Nach und nach erzählen sie: In der Klinik sind sie zuerst einmal in die geschlossene Abteilung gesperrt worden. Einige der Insassen dort haben ihnen angekündigt, sie am Abend zu vergewaltigen. Sollten sie sich wehren, würden sie umgebracht. Ein Mord mehr oder weniger würde ihre Lage als Verrückte in der geschlossenen Abteilung sowieso nicht ändern.

Vor Angst schlotternd wurden die beiden schließlich zur Untersuchung gebracht, doch nur um zu erfahren, daß sie über Nacht dableiben müßten, weil der Arzt immer noch verreist war. Carlos und Eduardo liefen Amok. Um jeden Preis wollten sie wieder in den Knast zurück. Zum Glück war einer der begleitenden Polizisten Julio mit dem Kehlkopfkrebs. Mit seiner Hilfe erreichten sie, daß sie wieder in ihre Gefängniszelle zurück durften.

Eduardo wälzt sich weinend am Boden und verflucht den Tag, an dem er zum erstenmal einen Joint geraucht hat und alle weiteren, an denen er es tun würde.

Schließlich kommt mein erster Prozeßtermin: Es fehlt allerdings ein Zeuge der Anklage. Der Staatsanwalt beantragt, den Prozeß zu vertagen. Dem Antrag wird stattgegeben. Der neue Termin wird auf eine Woche später angesetzt. Eine Woche, mittlerweile eine recht kurze Zeit für mich.

Dann eine überraschende Neuigkeit: Die beiden Jungs, die zu Beginn unserer Zeit im Knast gefoltert worden waren, haben sich mit dem Delegado geeinigt. Sie nehmen ihre Beschuldigungen gegen ihn zurück und er vernichtet die Beweise gegen sie. Wir feiern ihren Erfolg.

Mein zweiter und dritter Termin gehen hin, wie der erste. Einmal ist der Staatsanwalt nicht zu finden, dann fehlen wichtige Dokumente. Ein Nervenkrieg.

Die beiden Brasilianer haben nicht mehr Glück als ich. Schließlich erreichten sie unter Einsatz von noch mehr Geld ein für sie günstigeres Attest. Doch jetzt spielt der Richter nicht mehr mit. Ihm ist aufgefallen, daß er nun zwei gegensätzliche ärztliche Atteste in den Händen hält. Der Anwalt versucht zu verhandeln, doch es gestaltet sich schwierig.

Endlich, nach einer weiteren Woche, werden Eduardo und Carlos gegen Zahlung einer Kautions entlassen. Jubelnd packen sie ihre Sachen. Für sie ist die Geschichte soweit ausgestanden. Ca. 20.000 DM haben sie jeder aufgewandt, um der Falle zu entkommen. Für mich ist der Abschied von ihnen natürlich trübe.

Schließlich kommt mein vierter Prozeßtermin. Diesmal sind alle Zeugen erschienen und auch das Gericht ist komplett. Zu meiner großen Verblüffung stellt sich heraus, daß nichts gegen mich vorliegt. Ich werde mit der Geschichte der beiden anderen nicht in Verbindung gebracht und auch nicht irgendeines anderen Vergehens beschuldigt. Wieso denn überhaupt die ganze Prozedur? Hatte sich das nicht schneller feststellen lassen? Niemand sagte mir eine Antwort. Meine Strategie, die Ausweisung zu bewirken, erweist sich als überflüssig. Da mir nichts vorgeworfen wird, kann ich natürlich im Land bleiben. Ich bin verwirrt und überrascht.

Der Delegado rühmt sich, mir diesen günstigen Ausgang des Prozesses verschafft zu haben. Er erwarte jetzt eine finanzielle Aufwandsentschädigung.

Ich erinnere ihn daran, daß er es war, der mir die Suppe eingebracht hat. Wir sind also quitt. Daraufhin bietet er mir an, mir ein Zeugnis der guten Führung auszustellen, daß mir darüberhinaus auch einen guten Charakter attestieren

und mir im Land Tor und Tür öffnen würde. Ich sagte, ich hätte kein Interesse an so einem Zeugnis.

Nach dieser Abfuhr für den Delegado werde ich erneut verhaftet. Diesmal ohne Begründung.

Dummerweise ist Donnerstag-nachmittag. Alle Beamten des Gerichts sind schon ins Wochenende gefahren. Erst am Dienstag kommen sie wieder zurück.

An diesem Wochenende wird es noch einmal unangenehm. Man versucht mich einzuschüchtern. Dann wieder ist man freundlich mit mir. Die Detektive geben mir den Rat, doch ein wenig "guten Willen" zu zeigen und ein paar Scheine locker zu machen.

Doch diesmal bin ich mir meiner Sache vollkommen sicher.

Am Sonntag ist der katholische Priester bei seinem Routinebesuch überrascht, mich wieder hinter Gittern zu sehen. In der Stadt hat sich schon die Nachricht von meiner Freilassung herumgesprochen. Ich erkläre ihm die Situation und er bietet sich an, mit dem Richter zu sprechen.

Montag erreicht die Schikane gegen mich noch einmal einen Höhepunkt. Der Delegado ist äußerst gereizt. Ich darf nicht essen, bevoorgünstigt alle anderen ihre Mahlzeit beendet haben. Alle Vergünstigungen, Strohmatten, Einkauf usw. werden mir entzogen.

Dienstag gegen 10 Uhr steht der Richter vor meiner Zelle. Ohne auch nur ein Wort mit mir zu wechseln, wendet er sich wutentbrannt an den Delegado. Ein kurzes, stürmisches Wortgefecht, dann darf ich meine Sachen packen. Ich bin frei! Endlich frei!

Für mich ist damit der Fall glücklicherweise beendet.

Andere haben nicht soviel Glück. Oder weniger Unterstützung.

Vor allem viele mittellose Brasilianer geraten aus relativ geringfügigen Gründen in diese Mühle und finden keinen Ausweg mehr. Für sie wird dann wahr, was für mich <sup>nicht</sup> viel mehr als ein Alptraum war. Sie verschwinden für Jahre in den Knästen. In einigen Fällen werden sie einfach liquidiert. Wie es in der Baixa Fluminense, einer Vorstadt von Rio de Janeiro, regelmäßig geschieht.

Dort ist die "Weiße Hand" aktiv, eine der Todesschwadron verwandte Organisation, der vor allem Polizisten angehören. Jede Nacht gehen fünf, sechs Hinrichtungen von kleinen Gaunern auf ihr Konto. Und auch für die anderen Beteiligten ist die Geschichte noch nicht ausgestanden.

Zé hat kurze Zeit später den Delegado beschuldigt, ihn gefoltert zu haben. Anscheinend sah er darin die einzige Möglichkeit, nach dem Beispiel der beiden Jungen, entlassen zu werden. Als Zeugen kaufte er sich Graciano. Der Delegado will jetzt Carlos und Eduardo zwingen, zu seinen Gunsten und gegen Zé auszusagen. Er spielt gegen sie aus, daß er dem bevorstehenden Prozeß gegen die beiden eine entscheidende Rolle hat.

Außerdem hat erwähnter Graciano, der dicke Schwarze, der mir bei der Verhaftung den Schwinger verpaßte, uns alle drei zu seiner Hochzeit eingeladen.

Wir sind aber nicht gegangen.

# BOLIVIEN

## Neue Wirtschaftsmaßnahmen und verschärfte Repression

### Konsolidierung der Diktatur

Nachdem sich Garcia Meza bereits 6 Monate an der Macht hält, hat sich die anfänglich scharfe Verurteilung des Putsches durch die Andenpaktstaaten, Europäische Gemeinschaft und USA erheblich abgeschwächt. Obwohl die diplomatischen Beziehungen teilweise unterbrochen bleiben, haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen praktisch normalisiert. Die westdeutschen Massenmedien berichten nur noch am Rande über die Lage in Bolivien.

Trotz verbaler Verurteilung des Putsches ist die Bundesregierung den Forderungen von Parteien und Politikern nicht nachgekommen, die Beziehungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Vielmehr hat der deutsche Botschafter in La Paz durch seine Anwesenheit auf der Ehrengalerie Garcia Meza's anlässlich der Feierlichkeiten zum 150. Todestag von Simon Bolivar die Junta aufgewertet. Solche Demonstrationen trugen sicherlich dazu bei, daß Garcia Meza in seiner Neujahrsansprache verkündete, die Bundesrepublik Deutschland sei das erste Land der Europäischen Gemeinschaft, das die Regierung anerkannt hätte.

Der neue amerikanische Präsident Reagan hat bereits kurz nach seinem Amtsantritt durch seinen Außenminister Haig mitteilen lassen, daß nicht die Regierungsform, sondern die Sicherung der amerikanischen Interessen das wichtigste Prinzip der neuen amerikanischen Außenpolitik sein wird. Diese neuen Töne aus Washington sind von Garcia Meza und seinem Innenminister Arce Gomez sicherlich besonders freudig registriert worden, gaben sie ihnen doch grünes Licht für die Fortsetzung ihrer repressiven Politik. Die bereits früher erwartete Durchführung der vom IWF geforderten Wirtschaftsmaßnahmen verzögerten sich nicht zufällig bis nach Reagans Amtsantritt. Wie Garcia Meza erklärte, hätte sonst die Gefahr bestanden, die politischen Konsequenzen nicht kontrollieren zu können.

Garcia Meza's Machtposition innerhalb der Streitkräfte ist weiterhin umstritten. Oppositionelle Militärs sind verhaftet, strafversetzt oder von ihren Befehlskommandos enthoben worden. In einem Gefangenenlager im Urwaldort Rurrenabaque befinden sich mehr als 60 Militärs in Haft. Um sich beliebt zu machen, ordnete Garcia Meza eine 150% Solderhöhung für alle Mitglieder der Streitkräfte an, trotz angespannter Finanzlage des Staates.

### Zur wirtschaftlichen Lage

Durch die Korruption und Unfähigkeit der Militärs hat sich die Wirtschaftskrise des Landes ( höchste Pro-Kopf-Auslandsverschuldung Lateinamerikas, bankrotte Staatsunternehmen, rückläufige Produktion in Bergbau, Erdöl und exportorientierter Landwirtschaft, Inflation von 50% 1980 ) weiter verschärft. Vorallem die Umschuldung internationaler Rückzahlungsverpflichtungen machen den Machthabern in La Paz Sorgen.

Um die Wirtschaft zu sanieren und insbesondere den Forderungen

des internationalen Währungsfonds entgegenzukommen, greift die Junta auf die neo-liberalen Modelle der chilenischen und argentinischen Diktaturen zurück. Im Klartext heißt das: Privatisierung der Staatsbetriebe, Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten für die Privatwirtschaft und das ausländische Kapital. Die Zeche dafür soll die große Masse der einkommensschwachen Bevölkerung zahlen.

Am 9. Januar verkündete die Junta die ersten Maßnahmen ihrer neuen Wirtschaftspolitik. Die Subventionen für Nahrungsmittel wurden gestrichen. Damit stiegen die Preise für Brot um 100%, für Kaffee um 50% und Milch um 30%. Der zuvor subventionierte Benzinpreis für den öffentlichen Transport stieg um 140%, wodurch sich die Buspreise um 17% und die Flug- und Eisenbahntarife um durchschnittlich 40% erhöhten. Löhne und Gehälter werden der neuen Preisentwicklung nicht angepaßt, um " die Effektivität der wirtschaftlichen Korrektur" nicht zu beeinträchtigen. Dies bedeutet für die große Mehrheit der Bevölkerung eine drastische Verschlechterung ihrer ohnehin schon armseligen Lebensbedingungen. Die nationale Handelskammer plädiert bereits für eine neue Abwertung des bolivianischen Pesos, wodurch eine weitere Verteuerung importierter Grundnahrungsmittel ( vorallem Weizen) sowie Industriegüter erfolgen würde.



Da Garcia Meza wußte, daß sein Wirtschaftspaket auf Widerstand in der Bevölkerung stoßen würde, setzte er seinen gesamten Repressionsapparat in Bewegung, um eventuelle Protestaktionen von vornherein zu verhindern. Der verbotene Gewerkschaftsbund COB rief zu einem 48-stündigen Streik als Antwort auf, der in den größten Minenzentren und Fabriken der Städte La Paz und Cochabamba befolgt wurde. Vereinzelt kam es auch zu Straßenblockaden der campesinos.

### Verstärkte Repression und Neuformierung des Widerstandes

Ein weiterer Höhepunkt der eskalierenden Repression war die brutale Ermordung von 9 Mitgliedern der Nationalen Untergrundführung der MIR. Diese hatten sich am 15. Januar in La Paz versammelt, um die neuen Wirtschaftsmaßnahmen zu analysieren und Protestaktionen vorzubereiten. Paramilitärische Banden und Sicherheitskräfte des Innenministeriums gingen dabei in altbewährter Manier vor. Obwohl die völlig überraschten und unbe-

waffneten Miristas keinen Widerstand leisteten, wurden drei von ihnen sofort an Ort und Stelle erschossen. Die Restlichen brachte man in die offiziellen Folterkerker des Innenministeriums, wo Arce Gomez die Aufsicht führt und das wie man weiß mit besonderer Hingabe und Begeisterung. Dort wurden die Verschleppten bestialischen Folterungen ausgesetzt, bevor man sie schließlich umbrachte.

Die Leichen, die man einige Tage später auf Druck der katholischen Kirche den Angehörigen aushändigte, wiesen alle starke Verstümmelungen auf. Die Verlautbarungen der Junta, man hätte im Gefecht 9 Terroristen erschossen, wurden von der westdeutschen Presse kritiklos nachgedruckt, obwohl diese Lügen in ihrer Einfältigkeit kaum zu übertreffen sind.

Nachdem der Widerstand sich nur langsam zu reorganisieren vermochte, zeichnet sich dabei in den letzten Wochen ein qualitativer Fortschritt ab. Neben der Regierung der Nationalen Einheit im Untergrund und des Gewerkschaftsbundes COB haben sich neue Widerstandsfronten gebildet, so zum Beispiel die "Front des 15. Novembers";

Diese neue Bewegung wird hauptsächlich von Aymara/Ketchua - Organisationen getragen, die ihr Vorbild in dem Ende des 18. Jahrhunderts von den Spaniern hingerichteten Indianerführer Tupaj Katari sehen. Da in allen Widerstandsfronten es in letzter Zeit eine starke Tendenz zum bewaffneten Kampf hin gibt, stellen den Machthabern in La Paz unruhige Zeiten bevor.

( Quellen: SAGO, Taz , Conade und Eigeninformationen )

## Spendet für die fortschrittlichen Kräfte im Kampf für die Demokratie in BOLIVIEN

Postscheckkonto Berlin - West , E. Kohut  
Nr. 380 087 - 108 ; Kennwort: BOLIVIENSOLIDARITÄT

### RICHTIGSTELLUNG: GUATEMALA

In den LATEINA MERIKA-NACHRICHTEN 89 veröffentlichten wir ein Interview mit Vertretern des CUC. Durch ein Mißverständnis wurde beim Tippen als Interviewer die LN angegeben. Das Interview wurde uns jedoch freundlicher Weise von MAYA INTERNATIONAL zur Verfügung gestellt, die es geführt hatten. Wir bitten um Entschuldigung.

## PERU

### Erfolgreicher nationaler Streik am 15.1.

Dem Aufruf zum Streik folgend wurde am 15.1.1981 für 24 Stunden der erste Generalstreik seit der Machtübernahme Belaúndes durchgeführt. Der Anlaß der Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile waren die vorausgegangenen extremen Preiserhöhungen. - Teil eines neuen 'Pakets' von Wirtschaftsmaßnahmen im Zeichen einer liberalen Wirtschaftspolitik.

HOCH LEBE DER LIBERALISMUS!

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes - so AFP - wurde ein gemeinsamer Aufruf von vier Gewerkschaftszentralen (Kommunisten, Apristen, Christen, CTRP) sowie von unabhängigen Einzelgewerkschaften und der Coordinada Sindical (in der u. anderem die Bauergewerkschaft CCP, die Lehrgewerkschaft SUTEP zusammengeslossen sind) und Basisorganisationen veröffentlicht. Mit großem Erfolg.

Sowohl in Lina/Callao wie in den Provinzstädten und den Minenzentren wurde das Arbeitsleben lahmgelegt. Eine sonntägliche Ruhe beherrschte das Straßenbild in den Zentren, wenn nicht, wie in Arequipa, der 15.1. für Umzüge der Opposition genutzt wurde. Die Ausfallstraßen wurden von den Bewohnern der Elendsviertel verbarrikadiert.



Schon am 13. 1. war es zu einem Ausstand gekommen: durch den Streik der Busfahrer, kamen viele Arbeiter überhaupt nicht oder nur mit großen Verspätungen zu ihren Betrieben.

Zu Zwischenfällen, d.h. dem Eingreifen der Polizei, kam es nur vereinzelt (1 Toter). "Man" hielt sich zurück ... (wie lange noch?)

Dieses eindeutige Votum der Bevölkerung gegen die Regierungsmaßnahmen wurde nur sehr begrenzt in der regierungsfreundlichen Presse kommentiert:  
 - LA PRENSA (rechte Tageszeitung) sprach von einer 20%igen Befolgung des Aufrufs,  
 - die offizielle Regierungsstellungnahme spricht von 30%  
 - das Arbeitsministerium von 40%.  
 AFP spricht dagegen von einer 100%igen Befolgung des Streiks!

Abgesehen von diesen mühseligen Zahlenspielen steht fest, daß die Breite des Streiks so umfassend war, daß die Popularität der Regierung stark angekratzt ist... und das noch nicht einmal ein Jahr nach dem glorreichen Sieg der Acción Popular bei den Präsidentschaftswahlen.

Hintergründe der breiten Mobilisierung

Das durch Ministerpräsident Ulloa angekündigte Wirtschaftspaket übertraf, als es am 4. 1. 1981 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, alle noch so "kühnen" Erwartungen: durchschnittlich 60%ige Preiserhöhungen sind zu erwarten.



Schon altbewährte Maßnahmen wie :

- Erhöhung der Preise für Treibstoff
- Erhöhung der Grundnahrungsmittelpreise
- Abbau von Subventionen.

Der allgemeine Zinssatz für Kredite wurde von 35% auf 55% festgelegt entsprechend einer Inflationsrate von 50-55% (Schätzung Ulloa für das Jahr 1981).

Zwar versprach (!) die Regierung eine Angleichung des Lohnniveaus an die Preisentwicklung, aber relativ sank der Nominallohn von Juli 1980 bis Januar 1981.

	Juli 1980	Dezember 1980	Januar 1981
Preisindex	100,0	125,2	137,7
Nominallohn	22 020,0	25 350,0	27 400,0 (in Soles)
Index des Reallohn	100,0	91,94	90,35

Die in diesem Umfang gestiegenen Lebenshaltungskosten stellen nicht nur für breite Volksschichten, sondern auch für die Mittelschicht eine extreme Bedrohung dar, wenn man den monatlichen Lebensmittelbedarf einer Familie ins Verhältnis setzt zu den Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Die von der Regierung vorgesehenen 6 000 Soles Lohnzuwachs sind vollkommen unzureichend und decken weder die Preiserhöhungen bei Gemüse, Fleisch, Kleidung, Fahrtkosten usw., sondern sind schon bei sieben Produkten aufgebraucht.

Monatlicher Warenkorb	Preis vor der Preiserhöhung	Preis nach der Preiserhöhung	monatliche Mehrausgaben
1 Dose Kondensmilch pro Tag	95,0	159,0	1 920,0
18 Brötchen pro Tag	88,2	135,0	1 404,0
1 kg Reis pro Tag	95,0	115,0	600,0
1 Flasche Öl pro Woche	199,0	385,0	744,0
2 kg Nudeln pro Woche	300,0	450,0	600,0
2 kg Zucker pro Woche	200,0	330,0	520,0
10 Gallonen Kerosin	29,0	47,0	180,0
<b>insgesamt</b>			<b>5 968,0</b>
monatlicher Lohnzuwachs			<b>6 000,0</b>

Dies ist auch der Grund, daß die Unzufriedenheit bis in die Reihen AP-freundlicher Kreise reicht, was für die AP-Basis einen schweren Stand bedeutet.

Die APRA sah in dieser Volksbewegung die letzte Möglichkeit, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen: nach hohen Stimmenverlusten (Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung 1978: 37%; Präsidentschaftswahl Mai 1980: 27%; Kommunalwahlen November 1980: 20%) unterstützt sie mit ihrem linken Flügel die Bewegung, d.h. die Opposition gegen die Regierung.

## Die Haltung der Regierung

Versprechungen wie schon zu den Präsidentschaftswahlen (z.B. die Schaffung 1 Million Arbeitsplätze) scheinen sich in Luft aufgelöst zu haben. Eine neue Variante dieser Politik leerer Versprechungen ist die Einführung eines Lebensmittelsmarkensystems für Bedürftige, wobei die Regierung sich noch nicht einmal im Klaren ist, nach welchen Kriterien die Marken verteilt werden sollen. Sollte man sie an Minimallohnempfänger verteilen, würden die Arbeitslosen überhaupt nicht berücksichtigt werden; die andere Möglichkeit wäre die bevorzugte Behandlung von Müttern. Jedenfalls rechnet der Präsident der Nationalbank Richard Webb mit einer Summe von 30 Mrd. Soles für das Markensystem, was im Gegensatz zu den bisher für direkte Subventionen von Lebensmitteln in Höhe von 110 Mrd Soles (1980) eine bedeutend geringere Summe ist. - lapidar Einsparung genannt. ... Almosen für einige wenige auserkorene Arme.



## Möglichkeiten der Opposition

In diesem Zusammenhang ist die Haltung der Vereinigten Linken (Izquierda Unida - IU) von entscheidender Bedeutung. Wird es ihr gelingen, ihr Bündnis zu konsolidieren über das Wahlkampfbündnis hinaus und Alternativen für eine zukünftige Politik zu entwickeln? Ein erstes Zeichen war eine am 23. 1. 1981 abgehaltene Versammlung der IU auf der Plaza San Martín im Zentrum Limas, auf der Barrantes als Symbolfigur für die Integration der linken Gruppierungen als Sprecher für das gesamte Bündnis auftrat.

Wie es um die "Einheit" bestellt ist, wird sich in der konkreten Tagespolitik zeigen. Ebensovichtig für den weiteren Erfolg der Opposition ist die Ausarbeitung eines Wirtschaftskonzeptes, das der Breite der Bewegung entspricht.

# GUAYANA

## Die verheimlichte Geschichte von Jonestown

Am 18. November 1978 starben mehr als 1 200 Menschen in Jonestown, Guayana. Die Presse berichtete in sensationeller Aufmachung von dem "Massenselbstmord" der Mitglieder der Volkstempelsekte. Seitenweise wurden psychologische Spekulationen über die Gründe der Tragödie angestellt. Aber es gab keine Analyse über die Geschichte der Sekte in den USA und in Guayana, keine Nachforschung nach den Hintermännern. Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN erhielten von einem Journalisten, der diesen Fragen nachgegangen ist, folgenden Bericht. Die Recherchen ergaben Indizien, die darauf hinweisen, daß der Volkstempel ursprünglich ein Teil des Counterinsurgency-programms von CIA und FBI gegen die schwarze Opposition in den USA war und daß die Behörden in den USA und in Guayana von den Verhältnissen im Lager von Jonestown informiert gewesen sein müssen.

Am 18. November starben mehr als 1200 Menschen - mehrheitlich arme schwarze Bürger der USA - in Jonestown, Guayana. Die Presse bezeichnete dieses Ereignis euphemistisch als "Massenselbstmord". Die Zerstörung der Agrargemeinschaft des Volkstempels und die schreckliche Aufgabe der Identifizierung und Beseitigung der Leichen erregten in den folgenden Wochen mehr Interesse der Weltöffentlichkeit als jedes andere Ereignis in den USA. Millionen von Menschen haben die Geschichte von Jonestown gehört - aber haben sie die Wahrheit erfahren? Trotz wachsender Indizien dafür, daß die Mehrheit der Opfer ermordet wurde und Jonestown in Wahrheit ein Konzentrationslager war - vielleicht eines von mehreren in der Region - wurde bis heute keiner der Verantwortlichen gerichtlich zur Rechenschaft gezogen.

In Guayana wurden die Morde überhaupt nicht untersucht; in den USA wurden die Untersuchungsergebnisse derart zensiert, daß sie nicht einmal zu einer ansatzweisen Analyse der Ereignisse reichten. Man versuchte den Holocaust als das Werk eines satanischen Todeskults, der von einem verrückten Menschen - Reverend Jim Jones - vollkommen kontrolliert wurde, darzustellen. Er sei unter dem Vorwand der Religionsfreiheit jeder Regierungskontrolle entgangen - bis es zu spät war. Diese Behauptung, die Tragödie sei vollkommen irrational gewesen, ist die eine Art der Verschleierung der Wahrheit. Die andere besteht in der Verdrehung und Geheimhaltung von Fakten, so daß die Öffentlichkeit keine Gelegenheit hatte, die wirkliche Geschichte von Jonestown auch nur zu ahnen. Informationen über die Existenz weiterer Lager und die Verwicklung der US-Behörden in die Ereignisse wurden entweder ignoriert, zensiert oder unzuverlässigen Quellen zur Veröffentlichung überlassen. Das Versagen der Gerichte und die Machenschaften der Behörden errichteten eine Mauer des Schweigens um den Tod von Jonestown.

Die Manipulation von Wahrheit ist ein alter Grundzug der US-Poli-

tik. Genauso wurde dies bereits bei den Ereignissen in Vietnam praktiziert. Aber in diesem Fall wurde der Abgrund zwischen den Verbrechern der Regierung in Übersee und ihrer Vertuschung in den USA überbrückt. Die Zeitung der Black Panther Party schrieb: "Jonestown ist kein isoliertes Ereignis in einem fernen Land. Die Toten waren unsere Mütter und Väter, unsere Großmütter, Brüder und Schwestern, unsere Kinder ... Morgen könnte es in Hunters Point, East Oakland, Watts oder Harlem passieren."

### Jim Jones und der CIA

Wir wissen beispielsweise, daß Jim Jones in den 50er Jahren auf gutem Fuß mit dem damaligen Polizeichef von Richmond (Indiana), Dan Mitrione, stand. Mitrione wurde später Polizeiberater der Agency for International Development (AID) und war für die Lieferung von Foltergerät an mehrere lateinamerikanische Staaten verantwortlich. 1970 wurde er von den uruguayischen Tupamaros entführt und getötet.

1962 gingen Mitrione und Jones nach Brasilien. Dort führte der CIA gerade ein Programm zur "Destabilisierung" der populistischen Regierung durch, das mit dem Militärputsch von 1964 endete. Anwälte des Volkstempels haben in privaten Telefongesprächen zugegeben, daß Jones in Belo Horizonte für eine Tarnfirma des CIA arbeitete und enge Kontakte zur US-Botschaft hatte. Während seines Aufenthaltes in Brasilien reiste er mindestens einmal nach Guayana. 1970 nahm er als Gast der Regierung an den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag teil.



Partner, die sich mochten: Sektenboss Jones und Guyana-Staatschef Burnham

### »Siedlungs«projekt in Guayana

Das Projekt des Volkstempels in Guayana war Teil eines massiven Umsiedlungsprojekts, das von westlichen Experten ausgearbeitet und 1964 - nach der Ablösung der Peoples Progressive Party in der Regierung - in Gang gesetzt wurde.

1968 ergab eine geologische Untersuchung der Vereinten Nationen, daß die Region des späteren Jonestown reich an mineralischen Bodenschätzen ist. Seither galt das Gebiet als ein El Dorado von wertvollen Mineralien, u.a. Gold, Öl, Mangan, Uran und Diamanten. Diese Bodenschätze liegen unter einer von Indianerstämmen bewohnten Dschungelregion.

Die Region Esquissibo und der Nordwesten Guayanas wurden schon seit Jahren als ein Gebiet angesehen, in dem man die Opfer der Wirtschaftsentwicklung seit dem 2. Weltkrieg ansiedeln und ausbeuten könne, um das Gebiet so den Unternehmerinteressen zu erschließen. Die Behörden des Guayanas arbeiteten mit britischen Behörden zusammen, um die westindischen Einwanderer nach Großbritannien dazu zu veranlassen, sich im Hinterland von Guayana anzusiedeln. Es scheint sogar eine interessante Parallele zu geben zwischen der Verstärkung des Rassismus in England und den Versuchen von Forbes Burnham, die Gegend um Jonestown als den Ort darzustellen, wo Englands unterdrückte farbige Minderheiten Freiheit und Gleichheit finden könne. Diese Pläne scheiterten allerdings an der Weigerung der Westinder, sich an ihnen zu beteiligen.

Der genannte Siedlungsplan war nur einer von mindestens sechs oder sieben derartigen Konzepten in der Geschichte Guayanas. Vorher hatte es bereits die Idee gegeben, jüdische Opfer des deutschen Faschismus in diesem Gebiet anzusiedeln. Der Initiator dieses Plans war später ein Anwalt des Volkstempels und Berater der Regierung Guayanas.

Bis zum Massaker von Jonestown wurden diese Pläne der Öffentlichkeit nie verheimlicht. Schon im Juni 1967 - unter dem Eindruck der Auswirkungen der kubanischen Revolution und den gescheiterten Versuchen, Fidel Castro zu beseitigen - schrieb die FINANCIAL TIMES, daß "das Problem Guayanas in der Vergangenheit darin bestand, daß das Land vorwiegend eine Küstenzivilisation ist. Das Landesinnere ist reich an Bodenschätzen aber schwer zu erschließen. Falls die Erschließungspläne in die Tat umgesetzt werden, werden internationale Hilfsorganisationen sicher ihren Beistand anbieten. Ein wichtiges Ergebnis könnte sein, daß Guayana so einen Teil der Überbevölkerung der Karibik absorbieren könnte.... Es ist heute weitgehend anerkannt, daß - falls dieses Problem nicht gelöst wird - die Gefahr einer politischen Explosion besteht, und daß die Region etwas zur Lösung des Problems der Überbevölkerung unternehmen muß."

Im September 1967 schrieb die FINANCIAL TIMES, daß der damalige britische Hochkommissar für Guayana, Lionell Luckoo (später Anwalt des Volkstempels und Autor des Plans von 1969, den Volksstamm der Hmong von Südostasien nach Jonestown umzusiedeln), einen Antrag gestellt hatte, demzufolge die britische Regierung die Umsiedlung tausender farbiger Einwanderer nach Guayana unterstützen solle. "Die Regierung Guayanas hat den Plan sehr sorgfältig ausgearbeitet und hofft, ihn so schnell wie möglich nach der nächsten Wahl in die Praxis umsetzen zu können." Im Januar veröffentlichte das Royal Institute for International Affairs in seiner Zeitschrift WORLD TODAY einen Artikel eines Verfassers namens Hendrickson, in dem es u.a. heißt: "Das Landesinnere mit seinem Reichtum an Land, Wald und Mineralien könnte aus Guayana ein wirtschaftlich lebensfähiges Land machen... Die in der Küstenregion lebenden Guayaner wollen ihren geringen Besitz nicht aufgeben, um in eine ungewisse Zukunft im Landesinneren zu ziehen. Siedler müssen angezogen werden, und die Regierung erwägt, westindische Emigranten ins Land zu holen. Aber die hohe Arbeitslosigkeit im Land - sie wird auf 20% geschätzt - und die hohe Rate von Unterbeschäftigten zeigen die Notwendigkeit, die Guayaner selbst ins Innere umzusiedeln."

Diese Umsiedlungsprojekte entsprechen offensichtlich zwei Komponenten, die das strategische Denken der USA - insbesondere seit der kubanischen Revolution - bestimmen: 1) Verfügung über eine billige, ausbaufähige Reservearmee von Arbeitskräften und Zugang zu entlegenen aber reichen Regionen; 2) Verminderung von Konfliktpotentialen und von politischem Widerstand, bevor neue Zentren revolutionärer Umwälzungen entstehen. Somit ist es sicher nicht übertrieben anzunehmen, daß das Esquissibopprojekt Teil einer umfassenden Counterinsurgencystrategie der USA war.

### *FBI, CIA und der Volkstempel gegen die schwarze Opposition*

Was die Geschichte des Volkstempels in San Francisco betrifft, so wurden viele Fakten verheimlicht. Eine Schlüsselfigur im Aufstieg und der Zerstörung des Volkstempels war Timothy Stoen. Er hatte enge Verbindungen zum Justizministerium der USA, während er gleichzeitig der Chefanwalt der Sekte war. Viele ehemalige Mitglieder des Volkstempels beschuldigen ihn, Mitglieder der Sekte zu sinnlosen politischen Gewaltakten - Bomben, Entführungen und Mord - angestiftet zu haben. Gleichzeitig war Stoen Vorsitzender der Anti-Terrorismus-Einheit von San Francisco. Als die Anti-Vietnamkriegsbewegung und die Black Power-Bewegung an Stärke gewannen, war San Francisco das Zentrum der Counterinsurgencyaktivitäten von CIA und FBI. Die meisten Aktivitäten bestanden darin, Provokateure in wichtige Organisationen einzuschleusen, um die Oppositionsführer auszuschalten und die Linke in den USA zu diskreditieren. Viele der Verbrechen, deren Stoen beschuldigt wird, wurden in dieser Zeit zwei Organisationen zur Last gelegt: den Weathermen und der Symbionesischen Befreiungsarmee. Die Regierung behauptet, der Volkstempel sei in diese Mächenschaften nicht verwickelt gewesen; aber diese Behauptung verliert angesichts der Aussagen gegen Stoen ihre Glaubwürdigkeit.

Obwohl allein das zeitliche Zusammenfallen noch nicht einen ursächlichen Zusammenhang beweist, beschwört ein geraderer Blick auf die Rolle der US-Regierung bei der Unterdrückung der Opposition in der Region von San Francisco doch das Gespenst einer Zusammenarbeit zwischen US-Regierung und dem Volkstempel herauf.

Seit 1963 führte das FBI eine Kampagne gegen den anerkannten politischen und geistlichen Führer der Schwarzen in den USA, Martin Luther King. Diese Aktivitäten waren Teil einer umfassenden Antidissidenten-Kampagne, an der zwischen 1957 und 1964 - vielleicht auch noch länger - der CIA beteiligt war.

Am 4. März 1968 erklärte ein Memorandum von FBI-Chef Edgar J. Hoover an die Büros des FBI, King sei zu einem Messias geworden und müsse ausgeschaltet werden; er sei durch einen "verantwortungsvollen" Führer nach Wahl des FBI zu ersetzen. In dieser Zeit verlor King mit dem Aufkommen militanter Organisationen die Kontrolle über einen Teil der schwarzen Bewegung. Die bekannteste von ihnen war die Black Panther Party, die 1967 in Oakland/San Francisco gegründet wurde. Diese Steigerung des schwarzen Bewußtseins und der Militanz bewog das Komitee für unamerikanische Umtriebe (das seit der McCarthy-Ära politische Oppositionelle als Kommunisten verfolgte) des Repräsentantenhauses zu einer Erklärung. Darin warnt es vor dem Unruhepotential und der revolutionären Gefahr, die diese Bewegung in sich birgt. Es schlug einige drastische Gegenmaßnahmen vor, u.a. zusätzliche Finanzmittel zur Bekämpfung der Subversion in den Städten, und eine Ausgabe von Ausweisen für rassische Minderheiten in von Gewalt bedrohten Städten (in den USA gibt es keine Personalausweise wie in der BRD). Dies wurde allerdings nur in San Francisco ausprobiert, aber wegen des großen Widerstandes nach kurzer Zeit wieder aufgegeben.

Kurz darauf war das FBI in Zusammenarbeit mit dem Einwohnermeldeamt an der Verhängung von Zuzugssperren beteiligt. San Francisco sollte dieses Programm als erste Stadt durchführen.

Der Mord an Martin L. King führte zu einer Explosion in den schwarzen Ghettos der USA. Am 5. April 1968 gab Hoover erneut ein Memorandum an die FBI-Büros heraus; darin fordert er alle FBI-Agenten auf, die chaotische Situation dazu auszunutzen, die Black Panther Partei zu zerstören und politisch zu neutralisieren. 80% der entsprechenden Bemühungen waren auf San Francisco konzentriert. In den nächsten Jahren gab es viele Tote und ungefähr 1 000 Verhaftungen.

In dieser Stadt und in dieser Situation gründeten zwei Mitglieder der Republikanischen Partei und glühende Nixon-anhänger ihre Kirche: Timothy Stoen mit seinen engen Beziehungen zum Justizministerium und Jim Jones mit seinen Beziehungen zum Apparat Nixons und CIA. Es scheint so, als hätte damit das FBI sein Ziel erreicht, seinen eigenen Kandidaten als neuen Führer der Schwarzen unterzuschoben: in kürzester Zeit wurde der Volkstempel zur größten Gemeinde in der Region. Jones sollte viele dieser Menschen in den Tod führen.

All dies ist nur ein kleiner Teil der Fakten, die beweisen, daß die Hauptgestalten des Volkstempels alles andere als Linke waren. Je tiefer man in die Geschichte, die Struktur und Hierarchie des Volkstempels hineinblickt, desto mehr Provokateure und Verwandte bekannter Agenten findet man. Trotz allem behauptet die US-Regierung weiterhin, nichts vom Volkstempel und seinen Verbrechen gewußt zu haben.

### *Tod eines Zeugen*

Aber es gibt weitere Fakten, die unmißverständlich für sich selbst sprechen:

Im März 1979 kam ein früherer Journalist, der in den Volkstempel eingetreten war, um eine Geschichte darüber zu schreiben, und dann in der Sekte geblieben war, aus Guayana in die USA zurück. Am 19. März erklärte er auf einer Pressekonferenz, daß er als Sektenmitglied für die Regierung der USA gearbeitet habe. Er sagte, es gäbe eine Tonbandaufnahme des Massakers, das die Regierung der Öffentlichkeit vorenthalte. 15 Minuten später lag er niedergeschossen und sterbend auf dem Boden in einem Nebenraum. Polizei und Massenmedien erklärten dies sofort zum Selbstmord. Sie behaupteten, der Journalist sei seiner Gemeinschaft in den freiwilligen Tod gefolgt. Das Justizministerium verweigerte die Publizierung der Bänder mit der Begründung, dies diene nur der Befriedigung morbider Sensationsgier. Trotzdem wurden nach und nach immer mehr Auszüge aus den Tonbändern veröffentlicht. Die SUNDAY TIMES druckte schließlich den - wie sie behauptete - vollständigen und unveränderten Text ab.

Unglücklicherweise scheint diese Version aber unter schweren Auslassungen und Verdrehungen zu leiden. Die wichtigste Auslassung betrifft Hinweise auf die Anwesenheit von mit Maschinengewehren bewaffneten bei dem Pavillon, in dem 382 Menschen umkamen. Ausgelassen sind ebenfalls Hinweise auf die Anwesenheit des stellvertretenden Missionschefs der USA in Guayana, Richard Dwyer beim Beginn des Massakers. Falls die in meinem Besitz befindlichen Bänder keine Fälschung sind, dann haben alle Medien die Anwesenheit, wenn nicht gar Verwicklung von Regierungsangestellten in die Tragödie ignoriert. Dwyer war es auch gewesen, der die Praxis in der Botschaft einführte, Jones im Voraus davon zu informieren, wenn die Botschaft mit Sektenmitgliedern reden wollte, um die sich Angehörige in den USA Sorgen machten.

Der Zweck dieser Darstellung liegt nicht in einer morbiden Sensationsgier, sondern in der Absicht zu zeigen, daß diese Tragödie nur die erste von mehreren sein könnte, wenn das Ausmaß der Existenz von derartigen Arbeitslagern in Guayana nicht enthüllt wird.

Auch wenn man nicht notwendig unterstellen will, daß die Regierungen der USA und Guayanas direkt an dem Massenmord beteiligt waren, so machen doch die Tatsache, daß es außer Jonestown noch weitere Arbeitslager gibt, und die Tatsache, daß Jonestown als eine Modellsiedlung dargestellt wurde, die vollständige Aufklärung der Ereignisse in Jonestown und des Wissens und der Verwicklung der US-Regierung notwendig. Außerdem müssen schleunigst alle Schritte zur Auflösung der noch bestehenden Lager unternommen werden.

Angesichts des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in der Karibik und der Tendenz in den USA und Großbritannien, die Zahl der Opfer der Entwicklung, die in ihr Land einreisen können, zu begrenzen, ist es möglich, daß sich die Probleme, die zur Errichtung derartiger Arbeitslager führen, in naher Zukunft verschlimmern werden.

Es ist ermutigend, daß Guayana vor kurzem den Plan aufgab, 100 000 Menschen aus Südostasien und weitere aus Dominica umzusiedeln aufgab. Aber dies war nur die Folge massiven Protests, als der Plan bekannt wurde. Die Reichtümer des Landesinneren werden eine ständige Versuchung Unternehmen bleiben, die profitable und relativ sichere Investitionsmöglichkeiten suchen; damit kann auch die Gefahr neuer, u.U. relativ geheim durchgeführter Umsiedlungsprogramme nicht ausgeschlossen werden.

Wenn heute schon Haitianer in eine regelrechte Sklaverei in die Dominikanische Republik verkauft werden, wo man sie in Lagern zusammenpfercht und sie auf den Zuckerplantagen schuften müssen, warum sollten sie dann nicht einfach ein wenig weiter transportiert werden - in den Dschungel Guayanas? Vom Blickwinkel der US-Außenpolitik aus gesehen, wäre eine solche "Endlösung" zugleich ein Ende der Sorgen über Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung, potentielle politische Unruhen oder einer "castristischen Revolution". Und im Innern von Guayana wird niemand über die Verletzung der Menschenrechte Buch führen.



Guyana-Miliz probt den Kampf gegen Terroristen in der Hauptstadt Georgetown

## Das gesunde Geschäft mit der Krankheit

"Wo immer auf der Welt Krankheiten geheilt, Seuchen bekämpft oder Menschen vor Krankheiten bewahrt werden, hat die deutsche Pharma-Forschung wesentlich dazu beigetragen." Es gibt kaum einen anderen Wirtschaftssektor, der sein Gewinnstreben so sehr unter dem Mantel der Selbstlosigkeit und Aufopferung zum Wohle der Menschheit verdeckt wie die Pharmaindustrie. Es gibt auch kaum einen Wirtschaftssektor, dessen Gewinnspannen trotz Krise und Depression derart hoch liegen. Daß es den Pharmakonzernen nicht um die Erhöhung der Lebenserwartung und die Bekämpfung von Krankheiten geht, zeigen die skandalösen Praktiken, die in zunehmendem Maße zu der Forderung nach Kontrolle führen. Aber die Tatsache, daß Arzneimittel nicht unentbehrlich sind, stellt für die Pharmakonzerne ein Machtmittel dar, mit dem sie bis jetzt jede Regierung unter Druck setzen konnten. Gegenwärtig gibt es allein in Peru, Mexiko und Brasilien Parlamentarier, die eine stärkere Kontrolle der Pharmaindustrie fordern.

### Kriminelle Geschäftspraktiken

In Peru prangerte ein Abgeordneter die Praktiken nordamerikanischer Unternehmen an, Medikamente zu verkaufen, die in den USA wegen der zwar seltenen, aber dafür um so gravierenderen Nebenwirkungen verboten sind. Dabei handelt es sich um 40 Arzneimittel, die zum einen das Antibiotikum Chloramphenicol, zum anderen den fiebersenkenden und schmerzlindernden Wirkstoff Pyrazolon enthalten und das Antikonzeptivum Depo-Provera. Bekannt wurde die Tatsache dadurch, daß die amerikanische Botschaft eine Warnung an ihre Angestellten erließ, diese Medikamente nicht zu konsumieren, da "schon zwei Frauen von Botschaftsangehörigen daran gestorben seien." Chloramphenicol und Pyrazolon können zu tödlichen Veränderungen des Blutbildes führen, das Antikozeptivum Depo-Provera zu dauerhafter Sterilität und Gebärmutterkrebs. Chloramphenicol und Pyrazolon sind auch in der BRD erhältlich, aber die Indikationen des Antibiotikums beschränken sich hier auf zwei seltene und tödliche Indikationen (Bauchtyphus und Hämophilus influenza), während in Peru schon ein leichter Durchfall oder ein Schnupfen als Indikatoren angegeben sind. - Der zweite Stein des Anstoßes ist in Peru die überhöhte Preispolitik der Konzerne, die gerade eine 20-30-prozentige Preiserhöhung durchsetzen. Einige Abgeordnete forderten, die Preise so lange einzufrieren, bis eine unabhängige Kommission den genauen Wert der Medikamente untersucht habe.

### Reformvorschläge in Mexiko

In Mexiko präsentierten die Abgeordneten der Koalition der linken Parteien im November letzten Jahres einen 150-seitigen Gesetzesvorschlag zum Abbau der Abhängigkeit von der multinationalen pharmazeutischen Industrie. Die drei konkreten Vorschläge lauten:

1. Schaffung eines staatlichen Unternehmens zur Herstellung von Arzneimitteln, das in Zusammenarbeit mit den Universitäten die Forschung und Entwicklung von Präparaten durchführt und die kleinen und mittleren nationalen Unternehmen unterstützt und fördert, z.B. durch die Entwicklung einer adäquaten Technologie.
2. Die Änderung einiger Artikel des Hygiene Codex zur Kontrolle über die Notwendigkeit bestimmter Medikamente: neu entwickelte Medikamente sollen den Gesundheitsbedürfnissen des Landes entsprechen und von den schon auf dem Markt vorhandenen, sollen diejenigen verboten werden, die in anderen Ländern

aufgrund fehlender Wirksamkeit oder zu starker Nebenwirkungen schon verboten sind. Weiterhin wird die Abschaffung der Markennamen zugunsten der Gattungsnamen (generic names) gefordert, um dem Verkauf überflüssiger und gleicher Präparate unter anderem Namen entgegenzuwirken.

Die Bestechung von Ärzten durch Pharmaverkäufer, um die Verschreibung bestimmter Medikamente zu fördern, soll verboten werden.

3. Kontrolle der Qualität und des Imports, Exports und Vertriebs von Rohprodukten und Fertigarzneimitteln. 53,4% der Tochterunternehmen in Mexiko gehören zu 100% den Mutterhäusern, bei 83,1% der Tochterunternehmen besitzen die Mutterhäuser mehr als 50% des Kapitals. Der Anteil des Auslandskapitals an der Pharmaindustrie betrug 1977 87,1%. Von den 650 Laboratorien kontrollieren 50% 75,6% des Marktes und des Gesamtverkaufs. Außer den schon saftigen Gewinnen aus dem Verkauf der Produkte werden Devisen in die Mutterhäuser transferiert durch Technologietransfer, Patentschutz und die überhöhten Preise für Rohstoffe. 1977 mußten 43% der Rohstoffe importiert werden, davon 93% von den multinationalen Unternehmen, die die Preise höher als die Weltmarktpreise ansetzten, und zwar durchschnittlich um 57 %.

### Brasilianische Regierungskommission stellt fest:

In Brasilien erstellte eine parlamentarische Kommission im letzten Jahr eine Studie über den erschreckenden Gesundheitszustand der brasilianischen Bevölkerung und den Prozess der 'Entnationalisierung' der Pharmazeutischen Industrie in Brasilien während der letzten 25 Jahre. 1939 gab es 12 ausländische Laboratorien. Nach dem 2. Weltkrieg, als dem ausländischen Kapital Tor und Tür geöffnet wurde, begann die Invasion der Multis: von 1957 bis 79 wurden 35 brasilianische Unternehmen von ausländischen Unternehmen aufgekauft. Der Handel mit Medikamenten stieg von 1974-79 von 894 Millionen US Dollar auf 1,5 Mrd. Dollar. Damit liegt Brasilien an 6. Stelle der Welt im Medikamentenkonsum. Zu den 10 führenden Arzneimittelgruppen gehören Erkältungspräparate, Vitamine, Sexualhormone, Psychleptika und Psychoanaleptika, also alles Mittel, die entweder wirkungslos sind oder aber keinen Einfluß auf den Gesundheitszustand der brasilianischen Bevölkerung haben. Erkältungspräparate wirken höchstens symptomlindernd, aber niemals heilend. In einem Land, das nicht ausreichend Nahrung für die Bevölkerung zur Verfügung stellt, Vitamine zu verkaufen, ist blanker Hohn, ebenso wie der Versuch, die Unzufriedenheit der Brasilianer mit Psychopharmaka zu ersticken. Aber außer den Gewinnen aus dem Verkauf von Arzneimitteln dient Brasilien den Multis auch als Versuchsfeld zur Erprobung neuer Medikamente und als Absatzmarkt für die in ihren Ländern verbotenen Präparate. So gibt es im Land 24000 registrierte Medikamente, obwohl laut Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation WHO 500 ausreichen würden.

Zwar sind von den 460 Laboratorien 390 nationale und nur 70 ausländische, aber da 10,8% der Unternehmen 79% des Marktes kontrollieren, und diese 10,8% ausländische Unternehmen sind, haben die brasilianischen Unternehmen kein Gewicht. 10,8% entspricht 50 Einzelunternehmen: das ergibt auf den ersten Blick den Eindruck, trotz relativer Konzentration existiere eine Konkurrenzsituation, aber da die Unternehmen im allgemeinen auf wenige Produkte spezialisiert sind, findet die Monopolisierung auf der Ebene der Spezialisierung statt: Penicillin wird von 28 Laboratorien produziert, aber 4 Unternehmen kontrollieren 70,3% des Marktes, Vitamin B12 wird von 29 Laboratorien hergestellt, von denen allein 4 87,6% des Marktes kontrollieren.

### Situation in Kolumbien

Für Kolumbien läßt sich ähnliches feststellen: Während 1950 die nationalen Laboratorien noch 55% der Produktion erstellten, waren es 1960 nur noch 22%, 1970 nur noch 10% und 1975 noch 4%. Die restlichen 96% des Marktes werden von ausländischen Unternehmen monopolisiert. Die ausländischen Unternehmen besitzen in Kolumbien das Patentrecht auf 13500 Produkte, von denen sie allerdings nur 3500 nutzen, während die einheimischen Laboratorien nur 900 ihrer 1270 Patente nutzen. Auf dem Markt sind allerdings an die 30000 Fertigarzneimittel. Die Konzentration findet, wie in Brasilien, anhand von Spezialitäten statt: von den 9 Produzenten von Antaciden (Mittel gegen Gastritis und zuviel Magensäure) monopolisiert einer 71% des Marktes, von den Produzenten der Mittel gegen Syphilis deckt ein Unternehmen 71% des Marktes ab.

Die grundlegenden Charakteristika der Pharmaindustrie entsprechen dem Modell kapitalistischer Entwicklung in einem abhängigen Land. In den 30er Jahren begann in Kolumbien eine nationale Pharmaindustrie zu entstehen, die entweder Medikamente importierte oder einfache Präparate selbst herstellte. Nach dem 2. Weltkrieg, insbesondere Mitte der 50er Jahre, öffnete sich Kolumbien verstärkt dem Auslandskapital. Das Modell des wirtschaftlichen Wachstums nach US-amerikanischem bzw. europäischem Vorbild entsprach der Suche der Industrieländer nach Absatzmärkten für Fertigprodukte und Rohstofflieferanten. Die Folgen dieser Politik waren drastisch für die Länder der 3. Welt: der Kapitalimport führte zur wachsenden Verschuldung, während gleichzeitig die höhere Technologie der ausländischen Unternehmen die einheimische Industrie in den Bankrott trieb, da sie dem Konkurrenzdruck nicht widerstehen konnte. Dadurch wurden in vielen Ländern mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen. Die ausländischen Unternehmen verfügen über ein dreifaches Monopol: 1. des Marktes, 2. der Technologie und 3. der Rohstoffe.

Zwar wurden 95% der in Kolumbien konsumierten Medikamente auch im Lande produziert, aber 85% der Vorprodukte müssen zu rapide ansteigenden Preisen gekauft werden (von Sept. 74- Juni 75 stiegen die Preise um 235%). Dies dreifache Monopol verhindert nicht nur ein Wachstum der nationalen Pharmaindustrie, sondern zerstört jegliche vorhandenen Ansätze. Der durch diese Abhängigkeit ständig hervorgerufene Abfluß von Kapital betrug allein in dem Zeitraum 1967-74 150 Millionen US Dollar, während die Investitionen lediglich bei 30 Millionen Dollar lagen. Eine Untersuchung, die 1975 von der Weltbank veröffentlicht wurde, stellte fest, daß die Gewinne der ausländischen Pharmakonzerne 1968 nicht bei den angegebenen 6,7% lagen, sondern 136,6% jährlich betragen!

### Abhängigkeiten und Auswirkungen

Die Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von den Pharmakonzerne wird an Beispielen wie dem folgenden deutlich: epileptische Anfälle sind mit Antikonvulsiva ziemlich gut unter Kontrolle zu halten. Alle diese Mittel gegen das Anfallsleiden führen zur Abhängigkeit, d.h. bei nicht regelmäßiger Einnahme oder plötzlichem Absetzen kommt es bei Gesunden und Nichtgesunden mit Sicherheit zu Anfällen. Im Dezember 1978 war das Antikonvulsivum Fenobarbital nicht mehr erhältlich, da das Unternehmen nach eigenen Aussagen die Produktion eingestellt hatte, weil die Gewinne nicht ausreichend seien. Wie sich diese Macht politisch ausdrückte, wurde deutlich, als am 17. September 1973, 6 Tage nach dem Putsch in Chile, die Quimica Hoechst Chile LTDA, Vertriebsgesellschaft der Farbwerke Hoechst in Chile, der Frankfurter 'Wirtschaftspolitischen Abteilung' einen 8-seitigen Brief sendete, im unter anderem folgendes steht: " Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. Wir sind der Ansicht,

daß das Vorgehen der Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte... Chile wird in Zukunft ein für Hoechst-Produkte zunehmend interessanter Markt sein. Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdient."

### Die deutsche Marktlage

"Ohne die unverändert starke Nachfrage nach deutschen Arzneimitteln im Ausland hätte die pharmazeutische Industrie das Jahr 1980 mit einem Nullwachstum abschließen müssen." Der Export von Medikamenten sei 1980 um 10% auf 5,5 Mrd. DM gestiegen. Die Chemiebranche gehört zusammen mit der Auto- und Elektrobranche zu den bedeutendsten Wachstumsbranchen. Hoechst und BASF lagen (zumindest noch 1975) mit ihren Umsätzen noch vor Siemens und Volkswagen und waren damit die umsatzstärksten bundesdeutschen Unternehmen. Die Anteile des Exports am Umsatz lagen 1980 zwischen 60 und 70% nach Unternehmen. Hoechst und Bayer stehen an 1. respektive 2. Stelle der Rangfolge als führende Weltpharmaexporteure. 1977 wurden für 413 Millionen US-Dollar Vorprodukte und Endprodukte in die Dritte Welt exportiert, während umgekehrt lediglich für 33 Millionen US Dollar pharmakologische Rohstoffe (Opium, Chinin, Strophantin etc.) flossen. Trotzdem wurde der Versuch der brasilianischen Regierung im letzten Jahr, "nur" eine 39,1-prozentige Preiserhöhung zuzulassen, mit einem Protest des deutschen Botschafters beantwortet. In einem Memorandum über die Behinderung deutscher pharmazeutischer Unternehmen durch willkürliche Preisfestsetzungen und unzureichende Preiserhöhungen angesichts der Inflation beschwerte er sich bei Planungsminister Delfim Neto. Die deutsche Pharmaindustrie sei sehr enttäuscht vom Preisverhalten der Regierung, denn sie gehöre schließlich zu den ersten Investoren des Landes und ein solches Verhalten beeinträchtige ihre Investitionsbereitschaft. Die letzte Preiserhöhung von 39,1% decke nicht mal die Hälfte der 85,6%, die für die Erreichung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses notwendig gewesen wäre. So seien praktisch alle deutschen Unternehmen in Brasilien schon seit 1976 in den roten Zahlen. Diese unterschiedlichen Aussagen machen nur die Schwierigkeiten deutlich, die wirklichen Gewinne der Pharmaindustrie auch nur annähernd zu schätzen.

### Konzentration in der Pharmaindustrie

Die Frage nach der Konzentration in der Pharmaindustrie ist die Frage nach der Macht und nach der ökonomischen Unabhängigkeit der einzelnen Pharmaunternehmen. Es lassen sich keine Machtblöcke feststellen, die gegeneinander auf Leben und Tod konkurrieren, sondern "diese Unternehmen sind durch gemeinsame Tochterunternehmen, Vertriebsgemeinschaften und andere Kooperationsformen derart miteinander verflochten, daß man die These wagen kann, daß jeder bedeutende Hersteller von Pharmaka direkt oder indirekt mit allen anderen bedeutenden Pharmaherstellern verbunden ist, daß sich mithin ein chemisch-pharmazeutischer Komplex herausbildet, dessen interne Beziehung zwar noch weitgehend von Produkt- und Werbungskonkurrenz gekennzeichnet ist, der aber gegenüber Staat und Öffentlichkeit als einheitlicher, organisierter Interessenblock auftritt, und dessen Macht kaum überschätzt werden kann."

Eng verflochten mit der Konzernbildung sind die Vertriebsgesellschaften, die eine Form der Zusammenarbeit mehrerer Unternehmen darstellen durch die diese Unternehmen bezüglich der jeweils gemeinsam vertriebenen Produkte jede Form des Wettbewerbs ausschließen. In Kolumbien kam es 1978 zum Protest des Apothekerverbands gegen die Praktiken der Vertriebsgesellschaften, die, um den Absatz zu erweitern, an Supermarktketten zu ermäßigten Preisen Medikamente abgaben, wodurch die Apotheken nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Weiterhin existiert eine Verflechtung durch Kooperation in der Forschung und durch

Lizenzvergabe: Die notwendigen vertraglichen Bindungen werden von der Publikationspflicht nicht erfaßt, aus der Kooperation erwachsende Formen der Abhängigkeit erscheinen nach außen nicht als Konzentration. In der Regel führt eine solche Abhängigkeit auch über kurz oder lang zur Übernahme des Kapitals, meist durch Bildung einer weiterhin selbständig erscheinenden Tochtergesellschaft. Die Vorphasen dieses bereits als Konzentration zu wertenden Vorgangs bleiben allerdings der Öffentlichkeit verborgen

Eine andere Form der Konzentration, die sich in Statistiken kaum einfangen läßt, bietet die Verarbeitung der Forschungsergebnisse. Zwar konzentrieren sich die Patente auf einige wenige große Unternehmen, diese aber überlassen sie anderen Unternehmen zur wirtschaftlichen Verwertung in Form der Lizenzvergabe. Tochtergesellschaften in der Dritten Welt, selbst wenn sie zu weniger als 50% im Besitz der Mutterhäuser sind, sind häufig durch diese Lizenzen, deren Preis die Großunternehmen bestimmen, in 100-prozentiger Abhängigkeit.

Hinter den scheinbar unabhängigen Pharmaunternehmen tut sich ein Geflecht gemeinsamer Abhängigkeit von Großbanken auf. Informationen über direkte Abhängigkeit sind schwer zu erhalten, da nur Beteiligungen über 25% bekanntgemacht werden müssen. Da jede Aktie aber mit einem Stimmrecht verknüpft ist, daß der Aktionär im allgemeinen seiner Bank überläßt, lagen bei der Firma Bayer 1974 auf der Hauptversammlung, die den Aufsichtsrat wählt, 78,5% der präsenten Stimmen bei den Vertretern der Banken, davon allein 40% bei drei großen Geschäftsbanken. Daher sind die Banken diejenige Instanz, die Management und Geschäftspolitik real kontrollieren kann.

Nicht in Brasilien, Mexiko und Kolumbien konzentrieren sich die Marktanteile auf wenige Großkonzerne, in der BRD konzentrieren die führenden 4 Unternehmen (von ca. 550) knapp 20%, die führenden 20 Unternehmen knapp 75% des Gesamtumsatzes auf sich. Nach einzelnen Indikationsgruppen sieht das Bild noch eindrucksvoller aus: der durchschnittliche Marktanteil der jeweils 5 größten Hersteller liegt bei nahezu 80%.

Angesichts dieser Lage ist es unklar, wer in der Pharmaindustrie mit wem warum konkurrieren sollte. In der Tat scheinen Absprachen über die Aufteilung von Marktanteilen von größerer Bedeutung zu sein als echte Konkurrenz. In Lateinamerika ist BASF am stärksten auf Brasilien konzentriert, Bayer und Hoechst haben zusätzlich bedeutende Produktionsstätten in Argentinien, Mexiko und Peru. Dem 'Spiegel' fiel schon vor Jahren auf: "Wie von ungefähr fertigen beispielsweise die Bayerwerke Antibiotika, Schlafmittel und Psychopharmaka, aber kaum Herzmittel, Diabetesmedikamente und Cortison an, die wiederum vor allem von den Farbwerken Hoechst produziert werden. Dafür verzichtet Hoechst auf die Herstellung von Psychopharmaka und Schlafmitteln". Schering sagt von sich selbst, sie seien 'trotz scharfer Konkurrenz weiterhin der führende Hersteller hormonaler Präparate zur Empfängnisverhütung.' - Trotzdem herrscht in der Öffentlichkeit die Meinung (unterstützt durch die Selbstdarstellung der Pharmaindustrie) die scharfe Konkurrenz würde die Unternehmen zwingen, eine preislich und qualitätsmäßig optimale Versorgung zu gewährleisten. Diese Konkurrenz, die nach Aussagen der Pharmaindustrie die Triebfeder für Forschung und Entwicklung sei, führte zumindest auf diesem Gebiet nicht zu überragenden Ergebnissen. Die meisten neu entwickelten Pharmaka der letzten 20 Jahre stellen keine therapeutische Verbesserung dar, sondern es handelt sich lediglich um Variationen schon patentierter Medikamente.

Die Produktqualität spielt in der Konkurrenz kaum eine Rolle, da die Öffentlichkeit allgemein deutsche Pharmaka für hochwertig hält. (Werbeslogan in Peru: Bayer - porque es bueno Bayer - weil es gut ist), eine Vorstellung, die revisionsbedürftig ist.

Lediglich auf dem Sektor der Werbung hat die Konkurrenz zu einer kaum noch über-

biethbaren Aktivität geführt. So liegen dann auch die Ausgaben für Werbung doppelt so hoch wie die für Entwicklung und Forschung. (20% des Verkaufspreises eines Medikaments gehen in die Werbung, 10% in die Forschung). Das drückt sich dann zum Beispiel darin aus, daß jeder niedergelassene Arzt in der BRD 15mal im Monat von einem Pharmareferenten besucht wird, der ihm mit Werbeschenken und durch seine Aufdringlichkeit Arzneimittel andrehen will. In der BRD kommen ca. 18 Ärzte auf einen Pharmavertreter, während es in Tanzania 4, in Mexiko 3 sind. Die Macht der Pharmamultis drückt sich auch in ihren Geschäftspraktiken aus, sowohl bei uns in der BRD wie auch in der Dritten Welt. Da bei uns der Schutz des ungeborenen Lebens nicht gesetzlich festgelegt ist, darf Schering sein Duogynon weiterhin produzieren und unter anderem Namen verkaufen, in der Dritten Welt, wo Gesetzgebung im allgemeinen noch lascher ist als hier und noch weniger Kontrollmöglichkeiten bestehen, sind die Auswirkungen um so schlimmer: die Indikationslisten und die Kontraindikationen richten sich nicht nach den enthaltenen Wirkstoffen, sondern danach, wie es der Strategie der Ansatzsteigerung am besten paßt. Viele Medikamente sind in den USA verboten, aber bei uns frei erhältlich, Mittel, die bei uns verboten sind, sind in der Dritten Welt frei erhältlich. Ist die Höchstdosierung ein und desselben Medikaments in den USA um ca. ein Drittel niedriger als bei uns, so ist sie in vielen Ländern der 3. Welt doppelt so hoch wie hier. Tod und Invaldität sind häufig die Folgen der 'Heilmittel'.

#### *UNCTAD Forderungen*

So forderten die Blockfreien, die UNCTAD und die Weltgesundheitsorganisation eine Beschränkung auf 150 bis 700 Basismedikamente zu ermäßigten Preisen, Einführung der Gattungsnamen statt Markennamen, eine allgemeine Preiskontrolle und Konsumentenschutz. Zwar waren die Pharmakonzerne nicht bereit, im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung auf die Abschaffung der Patente, die Preiskontrolle sowie die Gebrauchswertorientierte Rationalisierung einzugehen, fanden sich aber zu einem Kompromiß bereit, der ihre Profitraten nicht beeinträchtigte. Sie erklärten sich bereit, eine Reihe von Basismedikamenten zu 15–20% Preisverminderung an den staatlichen Gesundheitsdienst der 20 ärmsten Länder zu liefern. Dieser Kompromiss ist eindeutig im Interesse der Pharma-Industrie: Durch den verbilligten Absatz über das staatliche Gesundheitswesen werden neue Märkte erschlossen, die bis dahin noch nicht mit Medikamenten beliefert wurden. Somit werden neue Abhängigkeiten geschaffen, zum Teil werden Gruppen in die Geldwirtschaft einbezogen, die bis dahin eigenständige Wirtschaftssysteme hatten. Die Profite der Pharma-Industrie werden sich dadurch nicht verringern, da die lukrativen Medikamente weiterhin zu überhöhten Preisen an die verkauft werden, die sie sich auch leisten können.

#### *Prognosen aus der Wallstreet*

Die Wall Street favorisiert in letzter Zeit in auffälligem Maße die Aktien der pharmazeutischen Industrie. Ursache dafür sind die neuen Produktlinien und steigenden Gewinnerwartungen: Für 1981 werden 14 bis 16 % Gewinnsteigerungen vorausgesagt. Gründe für die Gewinnsteigerung werden in der "rascheren Abwicklung der Kontrollinstanzen zur Genehmigung neuer Arzneimittel" gesehen, mit anderen Worten: Präsident Reagan's Programm sieht den Abbau der Kontrollgesetzgebung vor, insbesondere den Wirksamkeitsnachweis als Voraussetzung der Genehmigung neuer Arzneimittel. Aber die meisten Hoffnungen setzt die Wall Street in die Bio-Technologie: die geklonten Bakterien und Viren. Dazu gehören die Erdölfressenden Bakterien. Dazu gehört auch die Entwicklung des Interferon, das als neuer Wirkstoff gegen Krebs gefeiert wird. Diese Technologie, die von ihren sozialen Gefahren her denen der Atomenergie entspricht, soll bis zum Jahre 1990 ein Marktpotential von etwa 3 Milliarden US \$ aufweisen können und wird uns mit Sicherheit auch in den nächsten Jahren noch genug Kopfschmerzen bereiten.

# NICARAGUA

## Der zweite Krieg

### *Ideologie und Presse in Nicaragua*

Die hoffnungsvolle sandinistische Revolution hat in Nicaragua einen beschleunigten Politisierungs- und Demokratisierungsprozeß in Gang gesetzt. Jetzt, da eine neue Gesellschaft entsteht, ist der Umgang mit den Massenkommunikationsmitteln von größter Bedeutung. Presse, Radio und Fernsehen befanden sich traditionell in den Händen der nicaraguensischen Bourgeoisie - ob sie nun somozistisch war oder nicht - und dienten ausschließlich deren Interessen, Nicaragua war immer ein uninformiertes und unterdrücktes Land, ohne demokratische Traditionen und ohne jegliche politische Erfahrung, außer der der Ausbeutung und des Ermordetwerdens. Eine der ersten Maßnahmen der revolutionären Regierung war die Nationalisierung der Fernsehanstalten und die Schaffung eines sandinistischen Einheitsfernsehens (SST) mit zwei Kanälen. Weiterhin wurden an die 70 % der Radiostationen unter die Kontrolle des Staates oder der Frente Sandinista de Liberación (FSLN) gestellt. Die Presse der Somoza-Ära verschwand mit der Befreiung des Landes, und heute gibt es drei Tageszeitungen (zwei neue und eine wiedererstandene), die sich unter den Regeln westlicher Pressefreiheit entfalten. Ihr unterschiedlicher Charakter ist sehr kennzeichnend für das politische Votum der "Klassenallianz", auf die das neue Nicaragua seinen revolutionären Aufbruch und die angestrebte nationale Souveränität aufbaut.

Jegliche Interpretation der nicaraguensischen Presse muß von der Tatsache ausgehen, daß Radio und in geringerem Maße Fernsehen weit mehr Menschen erreichen, als die Zeitungen. (Das Fernsehen ist in Nicaragua nicht sehr verbreitet; bis heute ist der Fernsehapparat noch ein Luxusartikel.)

Anfang 1980 waren 52 % der Bevölkerung reale Analphabeten, die funktionalen Analphabeten nicht mitgerechnet. Durch die intensive Alphabetisierungskampagne hoffte man die Zahl der Analphabeten drastisch zu senken. Die Hälfte der nicaraguensischen Bevölkerung lesen und schreiben zu lehren, war die zweite große Anstrengung der Revolution. Die erste war, Somoza zu stürzen. Der kulturelle Rückstand des Landes begrenzt die Wirkung der Presse. Die Gesamtauflage aller drei Tageszeitungen geht nicht über 250.000 Exemplare hinaus. So bezeichnend sind jedoch die Reaktionen der einzelnen Zeitungen und so groß ist das Interesse ihrer Leser, daß eine Analyse der nicaraguensischen Presse sehr aufschlußreich ist.

### *Die Alten und die Neuen*

In der Schlußphase des Aufstandes, als das somozistische Debakel unvermeidlich war, stellten die damals existierenden Tageszeitungen ihr Erscheinen ein. So hörte eines Tages das somozistische Sprachrohr NOVEDADES auf zu existieren, und die berühmte antisomozistische Tageszeitung LA PRENSA, die bis zu seiner Ermordung Pedro Joaquín Chamorro Cardenal leitete, wurde am 6. Juni 1979 geschlossen und fünf Tage später von der Nationalgarde in Brand gesetzt. Als letztes verschwand EL PUEBLO, ein gespenstisches Blatt, das von einem Melvin

Wallace herausgegeben wurde.

Das Fernsehen berichtete während der letzten Kriegstage nichts über die wirklichen Geschehnisse im Lande, und die Information der Bevölkerung hatte, damals noch im Untergrund, RADIO SANDINO übernommen, sowie das costaricensische Fernsehen, das sich außerhalb somozistischer Kontrolle befand und in Nicaragua gut empfangen werden konnte.

Kurz nach dem Sieg der sandinistischen Revolution erschien BARRICADA, das offizielle Organ der FSLN unter der Leitung von Carlos F. Chamorro Barrios, Sohn des Pedro Joaquín und herausragender Intellektueller der Linken. Anfangs war BARRICADA die einzige Zeitung des Landes und, zusammen mit RADIO SANDINO, das Sprachrohr der neuen Regierung. LA PRENSA erschien zum ersten mal wieder am 16. August 1979 und unterstützte bedingungslos FSLN und Regierungsjunta. Dank ihres früheren Ansehens riß sie viele Leser an sich und drückte so etwas die Leserzahl von BARRICADA. Anfang 1980 spaltete sich die Redaktionsleitung von LA PRENSA jedoch aufgrund politischer Uneinigkeiten zwischen Xavier Chamorro Cardenal, seinem Bruder Jaime und seinem Neffen Pedro Joaquín Chamorro Barrios. Die beiden Letzteren forderten eine "weichere Gangart" im Umgang mit der Bourgeoisie und deren Vertreter Alfonso Robelo, dessen Austritt aus der Junta der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus kurz zuvor die erste innenpolitische Krise des revolutionären Nicaragua hervorgerufen hatte. Zahlreiche LA PRENSA-Arbeiter, die mit der neuen Richtung nicht einverstanden waren, unterstützten die pro-sandinistische Position Xavier Chamorros und riefen am 21. April 1980 zum Streik gegen den "Verrat an LA PRENSA" auf. Der Konflikt löste sich durch das Ausscheiden Xavier Chamorros und der Mehrheit der in der LA-PRENSA-Gewerkschaft organisierten Arbeiter, Redakteure und Journalisten, die dann die unabhängige aber mit der Regierung solidarischen Tageszeitung EL NUEVO DIARIO gründeten. LA PRENSA mit ihrem Prestige verblieb als Sprecher der Bourgeoisie und entwickelte sich immer mehr zum Gegenspieler des Sandinismus.

### LA PRENSA und ihr Märtyrer

Um die Bedeutung von LA PRENSA zu verstehen, muß man ihre Vorgeschichte kennen. Ihr Antisomozismus, ihre hohe literarische Qualität und vor allem die Ermordung Pedro Joaquín Chamorros Anfang 1978, gaben der Zeitung ein immenses politisches Ansehen und machten ihre unleugbare bourgeoise Herkunft vergessen. Sie wurde 1926 von Gabry Rivas und Enrique und Pedro Belli gegründet, und 1928 kaufte sich Adolfo Díaz für kurze Zeit in die Zeitung ein, der während der US-Besatzung in den ersten dreißig Jahren dieses Jahrhunderts sechs Jahre lang Nicaraguas Präsident von "uncle sam's" Gnaden war. 1930 erwarb Pedro Joaquín Chamorro Zelaya die Zeitung und leitete sie bis zu seinem Tode im Jahre 1951. LA PRENSA ging dann in das Eigentum seiner Witwe Margarita Cardenal de Chamorro über und wurde von ihrem Sohn Pedro Joaquín weitergeführt. Hatte schon sein Vater einige Zusammenstöße mit dem Diktator Somoza García gehabt (den ersten 1934 aufgrund der Ermordung Sandinos), wurde LA PRENSA ab 1968, wenige Monate nach dem Massaker von Pancasán (der Geburtsstunde der FSLN), ein wirklich antisomozistisches Nachrichtenorgan. Ihr Antisomozismus nahm ihr jedoch nicht ihren bourgeoisen und antikommunistischen Charakter. Er bestand lediglich aus Interessenunterschieden und Machtkämpfen innerhalb der selben Klasse; außerdem aus einer gewissen demokratischen Berufung und vielleicht aus humanitären Skrupeln gegenüber dem kriminellen Völkermord der Somozas. Wie der Journalist Adolfo Gilly sich sehr gut erinnert, war Nicaragua eines der Länder, in dem 1961 die Exilkubaner ausgebildet wurden und

von dem aus sie zur Invasion in die Schweinebucht aufbrachen. Pedro Joaquín Chamorro war zu dieser Zeit Vizepräsident der Interamerikanischen Pressesoziätät, "eines der aggressivsten Foren der imperialistischen Propaganda gegen Kuba." Als Chamorro nach einer langen Zeit offener Konfrontation zu Somoza ermordet wurde, machte das

Volk ihn zum Helden, und sein Tod trug dazu bei, den revolutionären Prozeß zu beschleunigen, der eineinhalb Jahre später die Somoza-Dynastie beenden sollte - mehr noch als die Bourgeoisie selbst, hatte die FSLN den plumpen Mord an dem "Märtyrer der Pressefreiheit", wie man Pedro Joaquín Chamorro heute nennt, politisch zunutze gemacht. Viele Jahre hindurch war der Dichter Pablo Antonio Cuadra - Mitglied der konservativen Avantgarde des Landes - zweiter Direktor von LA PRENSA und ist heute in der Direktionsjunta zusammen mit Pedro Joaquín Chamorro Barrios und dessen Onkel, Jaime Chamorro Cardenal, den beiden größten Antikommunisten der Familie.

### Die sandinistische BARRICADA

BARRICADA ist das offizielle Organ der FSLN, und ihr Inhalt ist auffallend ideologisch. Sie ist Bildungs- und Propagandainstrument und bedient sich der optimistischen und derben Sprache derer, die gerade einen Krieg gewonnen haben. Unten auf der ersten Seite erscheint immer ein schwarzer Balken mit der Losung: "pueblo, ejército, unidad... garantía de la victoria!". Charakteristisch für BARRICADA ist die schwerpunktmäßige Berichterstattung über Nachrichten aus dem Inland und Nachrichten von nationalem Interesse. Fast alle von internationalen Agenturen stammenden Berichte sind mit einem Kommentar der Redaktion versehen. Sie hielt, ebenso wie RADIO SANDINO, eine regelmäßige Kommunikation zwischen den Alphabetisatoren auf dem Lande und ihren Eltern in den Städten aufrecht und bringt laufend Reportagen über das sandinistische Herr und die von der FSLN initiierten Volksorganisationen mit dem Ziel, sie aus der nationalistischen und antiimperialistischen Perspektive der Frente heraus anzuregen und zu orientieren. BARRICADA geht von einem immensen politischen Bewußtseinsrückstand des nicaraguensischen Volkes aus und schlägt daher häufig einen didaktischen und erklärenden Ton an. Von allen drei Tageszeitungen ist sie jedoch die humorvollste, und wenn es darum geht, die Bourgeoisie oder LA PRENSA in ihre Schranken zu verweisen, oder auf Attacken aus dem Ausland zu reagieren, wird ihr Humor förmlich überwältigend und leckt sich blutgierig die Lippen. Wie Pablo Antonio Cuadra, Repräsentant eines der favorisiertesten Opfer von BARRICADA, zu berichten weiß, "ist das größte Vergnügen des Nicaraguensers die Scharfsinnigkeit besonders, wenn sie mit den Waffen des Spotts oder der Ironie gehandhabt wird." Richtet sich die Zeitung jedoch selbstkritisch an eine der sandinistischen Organisationen, als deren Sprachrohr sie sich ja versteht, oder an das Volk allgemein, wird ihr Ton eher paternalistisch. Als offizielles FSLN-Organ macht sie Propaganda, klar, aber BARRICADA ist auch eine Zeitung, die einem betrogenen und mißtrauischen Volk wieder lehrt, Nachrichten zu lesen. Im Unterschied zu LA PRENSA und EL NUEVO DIARIO fehlt in BARRICADA die "nota roja", jener Teil blutrünstigen Sensationsjournalismus, der vom Volk allgemein begierig verschlungen wird. Vermutlich versucht BARRICADA sich so von einem letzten Rest an die Somozazeit erinnernder, merkantilistischer Tradition zu befreien, obwohl sie das einige Leser kostet. Andererseits ist sie die einzige Abendzeitung, was ihren Lesern häufig einen Informationsvorsprung vor den beiden anderen Morgenzeitungen bringt. Die Bourgeoisie beklagt sich ständig über den Autoritarismus von

BARRICADA, den LA PRENSA als "Militarismus des Wortes" bezeichnet. Der Name der Zeitung selbst spricht ja auch schon für sich, und links vor ihrem Namen erscheint ein Guerrillero, der hinter einer Barrikade aus Pflastersteinen mit seinem Gewehr anlegt. Und welche andere Haltung kann man von einer Organisation erwarten, die zwanzig Jahre lang im Untergrund lebte, um ihr Land von der Diktatur zu be-

freien, die gerade ein-einhalb Jahre in der Legalität lebt und die der einzige bewaffnete Arm des freien Nicaragua ist?

Das Zeitungsprojekt der FSLN kann mit den folgenden Worten des ehemaligen Universitätsprofessors und Journalisten und jetzigen Comandante Bayardo Arce zusammengefaßt werden:

Während eines revolutionären Prozesses fallen die Kommunikationsmittel in den Bereich ideologischer Aktivität... Eine Revolution beinhaltet die radikale Umwälzung der sozio-ökonomischen Zusammenhänge einer Gesellschaft, ihrer politischen Verhältnisse und ihrer ideologischen Werte, die diese wirtschaftlich-politische Realität tragen... Die Ideologie umfaßt alle kulturellen Aspekte, alle moralischen Werte, alle Ideen und alle Gedanken der Gesellschaft. Die Massenkommunikationsmittel sind Übermittler und Reproduzenten von Ideologien. Das ist ihre Aufgabe. Ein Kommunikationsmittel ist daher niemals "objektiv". Es gehorcht einer konkreten Ideologie, und seine Funktion ist, eine Ideologie zu übermitteln, zu reproduzieren und sie sogar weiterzuentwickeln. (PATRIA LIBRE, Nr.2, Febr. 1980)

### LA PRENSA heute

Im Gegensatz zu BARRICADA postuliert LA PRENSA den "Pluralismus", das Mehrparteiensystem, Bescheidenheit und Klassenversöhnung. Sie verbreitet sich ausführlich über Aktivitäten und Schriften der politischen Parteien und spricht ihnen eine Bedeutung zu, die sie in der politischen Arena nicht besitzen. Der Demokratischen Nicaraguensischen Bewegung (MDN) des Alfonso Robelo wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt, wenn sie attackiert wird. Und sie wird häufig attackiert. Es ist eine Tatsache, daß, wo er sich auch bewegt, Robelo vom Volk aufgepöbeln und sogar angegriffen wird. Er wird als Feind der Revolution und der Alphabetisierung betrachtet, als Verbündeter der Bourgeoisie und sogar als neosomozistisch bezeichnet. ("Robelo y Somoza son la misma cosa", ist ein weitverbreiteter Slogan.) (2) Während BARRICADA und EL NUEVO DIARIO Robelo ignorieren, verfolgt LA PRENSA seine Aktivitäten aufs Genaueste und räumt ihm oft acht Spalten plus Fotos ein. In einem Leitartikel vom 10. Juni 1980 verteidigte sie Robelo, indem sie die christliche Liebe dem "sandinistischen Haß" gegenüberstellte: "Wir hassen Niemanden. Der in seiner größten Mehrheit christliche Nicaraguenser bekämpft den Haß." Ohne die geringsten Skrupel beutet LA PRENSA die christlichen Gefühle des Volkes aus. So druckte sie z.B. als Leitartikel die sonntägliche Predigt des Erzbischofs von Managua ab, in der er seine Gemeinde ausführlich über den Besuch eines Prophetenpärchens aus Kanada unterrichtet, dem Gott eine Botschaft für Nicaragua anvertraut hatte. Des weiteren veröffentlichte sie einen aus Atlanta, Georgia stammenden weitschweifigen Artikel über "die Rückkehr Gottes". Sehr bezeichnend ist weiterhin der Umgang mit Nachrichten aus dem Ausland. Die USA im allgemeinen und Jimmy Carter im besonderen, werden ohne Unterlaß mit freundschaftlichem Augenzwinkern bedacht. (3).

LA PRENSA besteht darauf, daß die "Russen" im Kampf mit den afghanischen Befreiungskräften ihr "Vietnam" gefunden haben, vergleicht den Exodus der Kubaner nach Miami (dem Mecca aller derer, die vor den

Revolutionen davonlaufen) mit der Flucht der Somozisten und beschwert sich lauthals über den Haß und den revolutionären Radikalismus, "der soviel "nützliche" Intelligenz auf den Weg nach Miami treibt. Nachrichten über Chile und Argentinien sind für die jeweiligen Regimes immer recht vorteilhaft, und sogar die südafrikanische "Apartheid" betrachtet sie ganz "unparteiisch".

Auf nationaler Ebene fährt sie einen permanenten und immer härteren Konfrontationskurs gegen die Sandinisten. Von harmlosen Ereignissen, wie den Volksfesten zum Jahrestag der Revolution, bis hin zu Fragen nationaler Sicherheit, besteht LA PRENSA in artistisch vielsinnigen Formulierungen darauf, kritisch zu sein. Die erste Seite der Ausgabe vom 22. Juni 1980 zum Beispiel, war ein authentisches Manifest ihrer "kritischen" Bemühungen: - Eine AFP-Meldung über die Erklärungen eines festgenommenen salvadorensischen Guerrilleros, der "wichtige Enthüllungen über die Aktivitäten linker Gruppen in El Salvador" gemacht und Kuba und Nicaragua beschuldigt hatte, die Guerrillos zu bewaffnen, wurde mit der Schlagzeile versehen: ANTONIO gesteht: "Nicaragua liefert die Waffen!!" (4) Weiter unten wurde in einer AP-Meldung bekanntgegeben, daß die Interamerikanische Senderassoziation die nicaraguensische Regierung beschuldigte, staatliche Kontrolle über die Informationsmedien auszuüben und sie aufforderte, "die Radiostationen sofort privaten Unternehmen zu überlassen und ihnen größtmögliche Sicherheiten zu garantieren."

Unter einem Foto des US-Journalisten Bill Stewart, der von der Nationalgarde ermordet worden war, stand zu lesen: "Unsere Journalisten, die tagtäglich auf die plumpeste Weise die 'transnationalen Informationsmonopole' kritisieren, ohne die jedoch der Kampf des nicaraguensischen Volkes nie bis in alle Welt gedrungen wäre, haben glücklicherweise Bill nicht vergessen, der am Freitag vor einem Jahr in Ausübung seiner Pflicht fiel." Ein anderes Foto zeigte eine brennende Strohpuppe: "Abbild des Ingenieurs Alfonso Robelo Callejas, bis vor kurzem Mitglied der Regierung und Urheber, Anreger und Verfasser vieler unserer besten revolutionären Gesetze... Wann hört man endlich auf, diese absurde Haßkampagne unter dem nicaraguensischen Volk zu schüren, die ja doch niemand zur Kenntnis nimmt?" Auf der zweiten Seite dieser Ausgabe folgte dann das sonntägliche Evangelium (Lucas 9, 18-24), in dem u.a. zu lesen war: "Der Menschensohn muß viel Leid ertragen und wird von den jüdischen Machthabern, den Hohepriestern und Schriftgelehrten verstoßen werden. Man wird ihn töten und am dritten Tage wird er auferstehen."

### Parabel von Freiheit und Zwietracht

Die sandinistische Antwort auf die "Affaire" des salvadorensischen Guerrilleros folgte unverzüglich. Comandante Bayardo Arce, Präsident des Staatsrates und Verantwortlicher der Außenpolitik der FSLN "wies energisch zurück, was er als tendenziöse und in schädlicher Absicht verbreitete Meldungen internationaler Agenturen und der nationalen Presse bezeichnete, die unserem Land angebliche Einmischungen in salvadorensische Angelegenheiten anhängen wollen." BARRICADA, 23.6.1980) Er bekräftigte weiterhin: "Es hat sich wiederholt bestätigt, daß LA PRENSA, obwohl sie spätere Richtigstellungen druckt, Meldungen manipuliert und sich zum Echo reaktionärer internationaler Agenturen macht und deren Meldungen sogar noch übertreibt, um den revolutionären Prozeß Nicaraguas zu beeinträchtigen." Zwei Tage später veröffentlichte LA PRENSA eine Notiz mit folgendem Inhalt: "Da es sich zugebenermaßen um eine das Land kompromittierende Information handelte, hätte eine gleichzeitige Stellungnahme der Regierung eingeholt und zusammen mit der Meldung abgedruckt werden

sollen. Da wir die Meldung aber erst am Samstagnachmittag erhielten, konnte der mit der Einholung der Stellungnahme beauftragte Sachbearbeiter in dieser Hinsicht nichts mehr erreichen." Diese in dunkler Anspielung vorgetragene Zerknirschung stand jedoch in krassem Gegensatz zum Leitartikel desselben Tages: "Die Meinungsfreiheit leidet

in Nicaragua unter dem zunehmenden Druck offener Feindseligkeit. Jede Meldung, jedes Verhalten und jede Position, die die geringste Unabhängigkeit verraten, werden sofort angegriffen und diskreditiert und in einer gewalttätigen, engstirnigen Sprache niedergemacht, die den Glauben an ihre Urteilskraft dahinschwenden läßt und die den konstruktiven Sinn einer Kritik nicht mehr erkennt."

EL NUEVO DIARIO, gewöhnlich weniger impulsiv im Umgang mit der LA PRENSA, unterstützte BARRICADA in diesem Fall mit einem Leitartikel, der mit "Es gibt keine Freiheit, das Vaterland zu verraten" überschrieben war: "Wir wissen, was von der Glaubwürdigkeit eines in die Fänge einer bestialischen Diktatur gefallenen Gefangenen zu halten ist, wir wissen, daß ununterbrochen nach Vorwänden gesucht wird, um unser Land zu schädigen... und wir heben hier noch einmal mit aller Deutlichkeit hervor, daß das, was vom Ausland her gegen uns ausgebrütet wird, schlicht und einfach Verrat an unserem Lande ist."

Einige Tage zuvor hatte sich LA PRENSA beschwert, daß die "Kampagne" gegen sie "Zwietracht in die geheiligten Furchen unseres Landes senkt, die so selbstlos mit dem Blut unserer Gefallenen getränkt worden sind." (18.6.1980)

Tomás Borge, der erfinderische Schöpfer geflügelter Worte in Nicaragua, sagte einmal: "Lieben heißt, die Feinde des Volkes zu hassen."

### Neues an der Front

EL NUEVO DIARIO, das dritte Element der nicareguensischen Zeitungsfront, präsentierte sich in seiner ersten Ausgabe mit den Worten: "Jeder hat das Recht, unsere Revolution zu kritisieren, zu verbessern, ihr etwas hinzuzufügen oder sie zu multiplizieren. Niemand hat jedoch das Recht, gegen die Revolution zu sein, da das Volk für sie entschieden und mit seinem Blute für die gestimmt hat." (19.5.1980)

In der gleichen Ausgabe hieß es, "in dieser Zeitung wird vor allem das Volk zu Worte kommen", und dieses Versprechen wurde bisher gehalten.

Während in LA PRENSA Parteiführer, Unternehmer, Ex-Gardisten Somozas (wie der, der in einem Brief vom 14.6.1980 Gerechtigkeit für sich erflachte) und US-Soldaten schreiben und in BARRICADA Kommandanten, Arbeiterführer, Funktionäre und mittlere sandinistische Kader das Wort haben, sucht EL NUEVO DIARIO Stellungnahmen aus dem Volke, Erfahrungen von ehemaligen Kämpfern und von den Alphabetisatoren, veröffentlicht gratis Arbeitssuche von Arbeitslosen und bringt jede Woche eine Seite mit Verbraucherberatung und sucht so das Bild von der mit dem Volke solidarischen Zeitung zu prägen.

Sich auf die Wahlbesessenheit von LA PRENSA und Alfonso Robelo beziehend, schrieb EL NUEVO DIARIO: "Keine Wahl, wie sauber sie auch über die Bühne gehen mag, wird zu einer Revolution... das neue Nicaragua ist sandinistisch und wird es immer bleiben, mit allem, was das bedeutet... schon die bloße Tatsache, unser Volk vor die demokratische Möglichkeit zu stellen, für seine Feinde stimmen zu können, würde unsere 50.000 Märtyrer nicht ruhig in ihren Gräbern lassen." (11.6.1980)

Sie bezieht sich damit aber nicht nur auf Robelo, sondern auf alle politischen Parteien und alten Somoza-Komparsen, die, immer wenn von Wahlen die Rede ist, keine Gelegenheit auslassen, gegen die Revolu-

tion zu agitieren. Die sieben politischen Parteien, die es in Nicaragua gibt, befließen sich einer unermüdlichen Kritik am Sandinismus und proteste, wie der der konservativen Demokratischen Partei

(PCDN) anlässlich des Besuches Fidel Castros, sind nicht selten. Die PCDN bezeichnete den Besuch des kubanischen Staatschefs als widersinnig, "da das nicaraguenische Volk für die Freiheit und für die Demokratie kämpfte und siegte... Und Castro ist das Inbild jener anderen Diktatur, die sich in nichts von der somozistischen unterscheidet." (19.6.1980) Es erübrigt sich eigentlich zu sagen, daß nur LA PRENSA diesem Protest Echo verlieh.

Die Kommunistische Partei, die im Volke ebensowenig angesehen ist, wie die meisten anderen Parteien, bringt genau die gleiche Kritik, nur unter entgegengesetzten Vorzeichen.

EL NUEVO DIARIO ist mehr nationalistisch als sandinistisch. Sie unterscheidet sich sowohl von den "notorischen Quertreibern", als auch von den bedingungslosen Gefolgsleuten der FSLN, was es ihr ermöglicht, von Willkürlichkeiten des sandinistischen Herres, vom schlechten Service des Instituts für Soziale Sicherheit und dergleichen Dingen mehr zu berichten. Am 19. Juni 1980 veröffentlichte sie auf der ersten Seite einen offenen Brief Sergio Ramirez, in dem er die Unternehmerorganisation COSEP der Manipulation bezichtigte und sie als wenig solidarisch mit der Regierung bezeichnete. Der selbe Brief wurde von LA PRENSA einen Tag später auf Seite 6 veröffentlicht. Ein Brief Robelos hingegen, in dem er sich beim Comandante Daniel Ortega über die sandinistischen Attacken gegen ihn beschwerte, erschien in LA PRENSA mit einem Foto Robelos auf der ersten Seite und war in EL NUEVO DIARIO und BARRICADA auf einer der Innenseiten zu finden. (18. Juni 1980)

### Die Macht der Ideologie

Unsere Kultur ist seit dem 19. Juli die Kultur der Revolution; eine Kultur, die die Revolution festigt... die den neuen Menschen schafft ... der ein sozialistischer Mensch sein wird.

Ernesto Cardenal (1980)

Der Aufbau des neuen Nicaragua beinhaltet ganz eigene geschichtliche Zusammenhänge. Sandinismus bezeichnet das Nationalbewußtsein eines Landes, in dem dieses Bewußtsein noch sehr jung und noch nicht ganz durchgedrungen ist. Der erste, der ein klares Bewußtsein davon hatte, Nicaraguenser zu sein, war Augusto César Sandino, und seine einzigen Vorgänger sind Rubén Darío, der soetwas wie der Universalnicaraguenser ist, und Benjamín Zeledón, ein indianischer Guerrillero, der sich der US-Invasion Anfang des Jahrhunderts entgegenstellte und getötet wurde. Einzig Sandino begriff sein Land als etwas Eigenständiges, Anderes, als die gescheiterte Zentralamerikanische Republik und als etwas Dauerhafteres, als eine Bananenkolonie. (5) In einer lyrischen Anwendung, die bei ihm sooft zu finden ist, wie bei jedem Nicaraguenser, sprach Sandino von "unserem jungen Vaterland, dieser tropisch braunen Schönheit." Sein Tod und fast ein halbes Jahrhundert somozistischer Diktatur unterbrachen das aufblühende Erwachen einer nicaraguensischen Nationalität. Sie war in einem unfreiwilligen Winterschlag gesunken, aus dem die letzten Schlachten der FSLN sie erweckten. Das ganze Volk, und besonders die junge Generation, war aufs Elementarste in diesen Kampf mit einbezogen, der ihnen mit einem einzigen Schlag Sieg, Freiheit und Vaterland gab.

Nicaragua betreibt den Aufbau einer revolutionären Gesellschaft auf der Basis des Nationalismus und des Antiimperialismus. Von Somoza

erbte das Land nicht nur eine ausgebrannte Wirtschaft, sondern auch einen enormen Rückstand im bürgerlichen und politischen Leben, Armut, Unwissenheit und ein medienmanipuliertes Volk. Die Aufgabe der FSLN und der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus ist die Hinführung des Landes zu Freiheit und Blüte. Vielfältige Schwierigkeiten und Gefahren liegen in dieser Aufgabe verborgen. Der Kampf der Medien, besonders deutlich auf der Zeitungsebene, ist ein exemplarisches Gebiet. Was sich hier abspielt, läßt vorhersehen, was im Lande passieren wird. Vor einigen Monaten wies Comandante Bayardo Arce darauf hin, daß die Regierung gegen moderne Techniken zu kämpfen hat, die dem Land fremde und entfremdende Wertvorstellungen aufdrängt. Sehr verbreitet in den sandinistischen Publikationen ist ein Zitat des kurz vor dem Sieg gefallenen Comandante Germán Pomares: "Ich weiß, daß wir kurz vor dem Sieg stehen, aber danach ist der Kampf noch lange nicht gewonnen. Wenn die Frente und das Volk die Macht übernommen haben werden, wird der zweite Krieg beginnen... und in dem werden wir mehr politische Fähigkeiten brauchen."

Die ideologische Macht zu erringen ist das Schwierigste. Und das Gefährlichste.

Die Schaffung einer revolutionären Kultur, die fähig ist, das begrenzte kulturelle Erbe Nicaraguas zu verarbeiten und die Möglichkeiten einer Kultur des Volkes zu erweitern, bedarf einer großen Anstrengung, die auf ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Flexibilität angewiesen sein wird. LA PRENSA ist ein objektiver Feind; sie gehört aber zur Bourgeoisie, die zunächst einmal geduldet und an der Revolution beteiligt werden muß. Der Antirebellenismus trägt daher den Keim eines unerwünschten MacCharthyismus in sich. Robelo, LA PRENSA und die Bourgeoisie sind Feinde, die auf ideologischem und politischem Gebiet geschlagen werden müssen; geschlagen werden müssen vom revolutionären Volk unter der Führung der sandinistischen Avantgarde, die aber nicht exzessiv ihre Macht entfalten und vorherrschend werden darf. Das würde dem Feind nur Argumente liefern, international eine Revolution abzuqualifizieren, die vielmehr der ausländischen Solidarität und des Respekts bedarf, um sich konsolidieren zu können. Der Feind verfügt heute noch über eine zusätzliche Waffe: den ideologischen und kulturellen Rückstand des nicaraguensischen Volkes.

Das beste Argument der Sandinisten ist die siegreiche Revolution. Solange sich diese aber nicht konsolidiert und auf ein solides nationales Bewußtsein stützen kann, bleibt der Bewußtseinsrückstand ihre Achillesferse.

EL NUEVO DIARIO, das für sich beansprucht, "den Journalismus des neuen Menschen" zu machen, sollte daher fürs Erste die "nota roja" im Stil der alten Manipulationspresse beibehalten. Im Kampf mit LA PRENSA, die immer noch die meistgelesene Zeitung des Landes ist, kann sie noch nicht auf dieses herkömmliche Mittel kommerzieller Einkünfte verzichten. Bei BARRICADA ist das anders. Als Organ der FSLN kann sie doktrinär und radikal sein und sich aus der kommerziellen Konkurrenz weitgehend heraushalten. Ihre Leser sind die durch die Revolution selbst von der Revolution Überzeugten. BARRICADA bleibt es überlassen, zu informieren, zu bilden und in dem Maße, wie die Revolution voranschreitet ihre Leserschaft zu vergrößern.

Die Vergangenheit ist entgültig vergangen

Ernesto Cardenal und Pablo Antonio Cuadra, beide Dichter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, stritten kürzlich über die neue, revolutionäre Sprache im Lande. Cuadra bezeichnete die, seiner

Meinung nach konfuse, neue Sprache als eine große Gefahr, die die Revolution bedrohe. Cardenal reagierte alarmiert, verlangte Belege für diese Behauptung und verteidigte die revolutionäre Sprache als etwas so potentiell Neues, wie das neue Nicaragua selbst. Cuadra setzte ihm daraufhin eine Beschwörung "der christlichen und nicaraguensischen Grundwerte der Revolution" entgegen. Cardenal hatte z.B. ausgeführt, daß der Begriff "Konterrevolution" neu sei, da es vorher noch keine Revolution gegeben habe, "das Volk versteht den Sinn dieses Wortes jedoch sehr gut und auch den Sinn aller anderen neuen Worte", und er zitierte ein Gedicht José Coronel Urtechos, das, entgegen der Meinung Cuadras, die Wirklichkeit eines Volkes umsetzt, das sich durch die Revolution formt und neu erschafft:

Jedes Wort ging seinen Gang durchs Feuer,  
wurde im Schmelztiegel geläutert.  
Jedes Wort hat neuen Sinn  
den Sinn jedes Wortes, seinen eigenen Sinn.  
Mit dem man es schuf und es prägte,  
und in die Welt hinaus entließ.  
Noch immer hat der Sinn seines Ursprungs  
schon gleich einen neuen Sinn.  
Schon der Unsinn selbst hat seinen Sinn.

Germán Pomares sagte einmal, dem großen Feind komme ein befreites Volk sehr ungelegen.

Der Kampf um die Presse, die Wahrheit und das Wort ist daher eine wichtige Schlacht, die Nicaragua in diesem zweiten Kriege schlägt.

- (1) Hermann Bellinghausen ist Mitarbeiter der mexikanischen Monatszeitschrift NEXOS, in deren September-Nummer der vorliegende Artikel erschien.
- (2) Als Robelo aus der Juntaregierung ausschied, griff die FSLN ihn heftig an und beeinflusste die Bevölkerung gegen ihn. Daß das Volk ihn zutiefst verachtet, basiert jedoch hauptsächlich auf einem unbestreitbaren politischen Fehlgriff Robelos: Zu Beginn der Alphabetisierungskampagne setzten alle Schulen den Unterricht aus, um den Schülern und Studenten die Teilnahme an der Kampagne zu ermöglichen. Wie sich wenig später herausstellte, hatte Robelo seine Kinder in die Vereinigten Staaten geschickt, damit sie das Schuljahr nicht verlören. Diese wenig solidarische Haltung trug ihm den Ruf eines Konterrevolutionärs und Feindes der Alphabetisierung ein.
- (3) Am 24.6.1980 veröffentlichte LA PRENSA einen Leserbrief, der besorgt fragte, ob man Carter, für den Fall, daß er eine Einladung nach Nicaragua annähme, die Nationalhymne vorspielen könne, deren eine Strophe lautet: Wir kämpfen gegen den Yanqui, den Feind der Menschheit.
- (4) Jedermann weiß, wie gefährlich eine solche Anschuldigung ist. Würde sich Nicaragua wirklich in den salvadorenschen Konflikt einmischen, gäbe es den USA genügend Gründe in die Hand, das Land wirtschaftlich und militärisch offen zu unterdrücken.
- (5) Die literarische Avantgarde, zu der u.a. José Coronel Urtecho, Pablo Antonio Cuadra, Joaquín Pasos und Manolo Cuadra gehören,

war die erste kulturelle Stütze des "Nicaraguensischen", das von einem Gegensatz zum "Nordamerikanischen" ausging. Zwar hatte schon Salomón de la Selva, nachdem er die amerikanische Schule der Poesie kennengelernt hatte (seine ersten Gedichte schrieb er auf Englisch), eine nicaraguistische Poesie geschaffen, aber es war noch nicht das "Nicaraguensische", obwohl er der einzige

Zeitgenosse Sandinos war, der dessen Vorstellung vom "Nicaraguensischen" verstanden hatte.

Pablo Antonio Cuadra versuchte Anfang der 30er Jahre eine nationalistische Poesie, die sehr der Folklore und der heimatischen Sprache zugetan war. Das durch die Person und das Wirken Sandinos verinbildlichte "Nicaraguensische", dieser progressiv-unabhängige Nationalismus, wird heute zwar von der Sandino und de la Selva nachfolgenden Generation der "literarischen Avantgarde" (Urtecho, Cuadra, Pasos etc..) erkannt. Da sie aber ein rein literarisch-bürgerlicher Zirkel ist, ohne die revolutionäre Berufung eines Ernesto Cardenal oder Ernesto Mejía Sánchez, verblieb der ganze avantgardistische Nationalismus lange Zeit als pure Beschreibung eines Phänomens in den literarischen und wissenschaftlichen Medien, ohne bis unter Volk zu gelangen. 1929 schrieb Sandino an den mexikanischen Präsidenten Emilio Portes Gil: "... bin ich Ihr bescheidener Diener, der am tiefsten durchtränkt ist von dem patriotischen Gefühl meines Volkes, das seit vier Jahren tapfer für seine Freiheit kämpft." Am besten hat José Urtecho dieses nationale Gefühl definiert: "Immer auf der anderen Seite der Yanqui-Kultur und ausgehend von der Poesie Daríos."

**miles de trabajadores**  
**A cort**

**BARRICADA**  
ORGANO OFICIAL DEL FREN. SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL

JUEVES, 15 de Enero de 1981

MANAGUA, NICARAGUA LIBRE

...avada, MIDA y ATC  
...de ese diálogo  
...de nuestro recorrido en  
...arco algodnero conversando con  
...cortadores y administradores,  
...ofrecemos este panorama de la  
...realidad del algodón en Chinandega.

¿DONDE ESTA LA MANO DE OBRA?  
Que falta mano de obra, lo dice el algodón que vimos caído en el suelo.  
(Pasa a la Página 5 No. 1)

## EL SALVADOR

### Die Geschichte des Massakers in El Salvador: 1932 und heute

Es gibt nur wenige Informationen oder Analysen, die das Entstehen und den Mißerfolg des Aufstands von 1932 erklären:

Auf eine Verzweiflungstat der Bauern nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 reduziert, bleibt nur die Erinnerung an ein Blutbad, das für eine Zeit von 30 Jahren den Widerstandswillen zerbrach.

Doch der Aufstand war mehr: um die heutige Lage in El Salvador besser zu verstehen, lohnt es sich deshalb, von dem wenigen Material, das zur Verfügung steht, die Geschichte dieses Aufstandes zu rekonstruieren.

#### *Der Kaffegroßgrundbesitz und das Elend der Bauern*

Das wichtigste Exportprodukt war am Anfang des 19. Jahrhunderts Indigo. Auch wenn Indios oder Ladinós oft von ihren Ländereien vertrieben wurden, blieb doch das traditionelle System der Haciendas dominant, wo die Bauern den Boden des Grundbesitzers und ihr Gemeinland zusammen bearbeiteten. Diese Teilung spiegelt ein relatives Gleichgewicht zwischen dem Anbau für den Export und für die eigene Subsistenz wider.

Mit der Erfindung des synthetischen Anilins in Europa und der damit erzwungenen Umorientierung des Exports auf Kaffee in den Jahren 1850-70 veränderte sich die Lage radikal, sowohl strukturell, als auch wirtschaftlich. Die Einführung des neuen Produkts hatte zwei wesentliche Auswirkungen:

- als Monokultur verdrängte der Kaffee jede andere Anpflanzung, so daß das Land völlig von dieser Produktion (bzw. den Launen der Londoner Kaffeebörse) abhängig wurde.
- die Macht der Kaffeegrundbesitzer schuf eine enge Beziehung zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Interessen, die sich in Gesetzen niederschlug. Da der Anbau des Kaffees fruchtbar und vor allem viel Boden verlangte, wurde 1881 das Gemeindeeigentum per Dekret als Hindernis einer wirtschaftlichen Entwicklung verboten, und Tausende von campesinos verloren ihr Land.

Die Indios, die die typische Zone des Kaffees, den Westen El Salvadors bewohnten, wurden am meisten von dieser "Reform" betroffen: Ihre, über gemeinsame Arbeit organisierte gesellschaftliche Struktur brach zusammen, sie gerieten in die völlige Abhängigkeit von den

Grundbesitzern und mußten sich als Lohnarbeiter verdingen. Des eigenen Landes beraubt, war eine Subsistenzwirtschaft nicht mehr möglich und die Bauern waren gezwungen, von einer Finca zur nächsten zu ziehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, was eine soziale Entwurzelung und damit Zerstörung der Familienstruktur nach sich zog. Dem totalen wirtschaftlichen Elend waren sie ausgeliefert, als 1929 in Folge der Weltwirtschaftskrise der Preis des Kaffees ins Bodenlose sank.

Ihre eigenen Organisationsformen, repräsentiert durch den Kaziken, den lokalen Sprecher, und den Cofradias, eine religiöse indianische Bruderschaft, hatten sie sich noch teilweise bewahren können – beide spielten eine wichtige Rolle bei dem Aufstand 1932.

### Arbeiter- und Bauernbewegung bis 1932

Im Jahre 1924 war die erste Gewerkschaftszentrale des Landes gegründet worden, die "Regionale Arbeiterförderung von El Salvador" (FRTS) genannt wurde. Die FRTS faßte zunächst die Handwerkervereine der Hauptstadt zusammen, bemühte sich aber bald auch intensiv um die Organisierung der Landarbeiter. Die ersten Gewerkschafter machten eine glaubwürdige Arbeit auf dem Lande (arbeitstechnische und organisatorische Hilfe für die Bauern) und erhoben populäre Forderungen, wie etwa die Aufteilung der Staatsländereien, den Achtstundentag, die Gründung von Volksuniversitäten usw. So konnten sie besonders im westlichen Landesteil (Schwerpunkt des Kaffeeanbaus) eine große Resonanz unter den Landarbeitern und den Indios finden. Zusammen mit dem wichtigen Einfluß der Weltwirtschaftskrise ist das der Hintergrund für die breite Beteiligung der Bauern am Aufstand von 1932.

Die kommunistische Bewegung der 20er Jahre war zunächst nur locker in Studenten- und Arbeiterzirkeln organisiert. Die Kommunistische Partei (PCS) wurde offiziell 1930 gegründet. Sie beteiligte sich jedoch erfolgreich an der Agitation auf dem Lande und konnte entscheidenden Einfluß in der FRTS erringen. Die Maidemonstration 1930 in San Salvador hatte über 80000 Teilnehmer, d.h. mehr als die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt. Dies war die größte Versammlung in der Geschichte des Landes, und man kann an ihr die schnellen Fortschritte in der Mobilisierung der Bevölkerung erkennen, vor allem auch auf dem Lande. Wie man sich leicht vorstellen kann, fehlte es der schnell wachsenden Volksbewegung aber an politischer und ideologischer Erfahrung. Das lag einmal daran, daß die PCS eine kleine und unerfahrene Gruppe war, der für die politische Massenarbeit nur wenig Zeit blieb. Hinzu kam, daß sie die Parolen des VI. Weltkongresses der Komintern (1928) übernahm, die den Kampf "Klasse gegen Klasse" zu schematisch propagierten und in der Revolution lediglich ein wirtschaftliches Problem (Zusammenbruch des Kapitalismus in der Krise) und eine militärische Frage (Aufstand) sahen. Durch die Identifikation der gesamten "Bourgeoisie" mit der Kaffeeoligarchie trugen die Kommunisten selbst dazu bei, daß alles, was nicht "Proletarier" oder "Bauer" war pauschal als Klassenfeind verstanden wurde. Diese Einstellung beschränkte die Möglichkeit von Bündnissen während der Revolution.

Im Januar 1931, über ein Jahr nach dem Einbruch der Krise, fanden Präsidentschaftswahlen statt. Als überraschender Sieger ging daraus der Präsident Araujo hervor, der ein umfangreiches Reformprogramm zur Überwindung der Krise versprochen hatte; dazu gehörte auch die Ansiedlung von armen Bauern auf Staatsland. Doch die Wahlversprechen von Araujo waren in den Wind gesprochen: er konnte sich gegen die sture Kaffeeoligarchie nicht durchsetzen; die katastrophale Finanzlage machte die Reformprojekte unmöglich, und außerdem waren die Anhänger seiner sogenannten "Labour"-Partei so korrupt wie die Regierungsparteien seit eh und je. Araujo begegnete dem sozialen Protest schließlich auch mit offener Repression und rief im Juli 1931 den Ausnahmezustand aus. Im Dezember 1931 wurde die Regierung Araujo durch einen Militärputsch gestürzt; die treibende Kraft des Putsches war der General Maximiliano Hernandez Martinez, der Militärdiktator von El Salvador von 1931 bis 1944.

Die USA versprachen sich von Araujos Reformkurs eine Öffnung des Landes für ihre Interessen. Als sich die Unmöglichkeit eines Reformexperimentes herausstellte und die soziale Revolution näher zu rücken schien, ließen sie gemeinsam mit der Oligarchie die verfassungsmäßige Regierung fallen. Der amerikanische Botschafter war am Dezemberputsch 1931 aktiv beteiligt; aus diplomatischen Gründen erkannten sie die Putschregierung allerdings erst einige Zeit später an, als andere zentralamerikanische Regierungen ihr voraus gegangen waren. Die Reaktion der Kommunisten auf den Dezemberputsch erinnert in gewisser Hinsicht an die Sozialfaschismusthesen derselben Zeit in Europa: der Fall der gefährlichen und korrupten Reformisten wurde von ihnen begrüßt. Darin zeigt sich, daß sie den Ernst der Lage unter der neuen Militärdiktatur unterschätzten.

Stehend, von links nach rechts: Ruben Aradilla Gomez (Columbien), Jose de Paredes (Mexiko), Augusto Cesar Sandino (Nicaragua), Gregorio U. Gilbert (Dominikanische Republik).  
Sitzend: Froylan Turcios (Honduras), Agracina Farabundo Martí (El Salvador).



An dieser Stelle sei noch ein Wort zu dem Führer der Kommunisten, zu Farabundo Marti, gesagt. Marti kam aus der Studentenbewegung und hatte den größten Teil der 20er Jahre im Exil verbringen müssen. 1928/29 war er ein enger Mitarbeiter von Sandino in dessen Befreiungsarmee in Nicaragua gewesen. Im Oktober 1929 kam es jedoch zu einer Kontroverse zwischen Sandino und Marti, die uns einige Hinweise auf den Unterschied zwischen den Revolutionsbewegungen beider Länder gibt: für Sandino stand das nationale Ziel der Befreiung seines Landes von den US-Eindringlingen im Vordergrund; deswegen hatte seine Bewegung von Anfang an die Form eines Befreiungsheeres. Marti wollte weit darüber hinaus gehen und eine soziale Revolution anstreben. Deswegen ging er von der politischen Agitation und der Gewerkschaftsarbeit aus, wollte eine kommunistische Partei aufbauen und schließlich mit einem Volksaufstand die Macht erobern. Marti hat Sandino als einen aufrechten Patriot akzeptiert, sich aber von ihm getrennt, weil dieser nicht bereit war, ein Kommunist zu werden.

### *Der Ablauf des Aufstandes*

Am 10.12.1931 übernahm General Martinez an der Spitze einer Militärjunta das Präsidentschaftsamt und versprach freie Wahlen für das Jahr 1932. Der Bevölkerung wurde die Junta so als "Retter des Landes" vor dem totalen Zusammenbruch präsentiert, was für die letzten Tage des Jahres 1931 ein vorübergehendes Abflauen der politischen Auseinandersetzungen bewirkte. Aber alle Hoffnungen auf die Veränderung der Gesellschaft auf "demokratischem" Wege, endeten am 3. Januar 1932 endgültig durch einen erneuten Wahlbetrug der herrschenden Klasse: Die PCS hatte sich an der Wahl der Gemeinderäte und der Abgeordneten für die gesetzgebende Versammlung beteiligt, in den Städten jedoch, wo sie die Mehrheit erlangte, wurden die Stimmen nicht anerkannt oder für ungültig erklärt. Noch einmal versuchten die Kommunisten mit Martinez zu verhandeln und ihn zur Aufgabe der Feindseligkeiten gegen die Bauern und Arbeiter zu bewegen, aber der General lehnte jegliche Zugeständnisse ab. Daraufhin bereitete die PCS einen Generalstreik vor, aber die Vorbereitungen liefen äußerst schlecht und es kam zu ersten Diskussionen, ob und wie ein bewaffneter Aufstand zu organisieren sei: einige der Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt dagegen, da sie es als Abenteuerium oder als Provokation der Regierung ansahen, die Mehrheit jedoch entschloß sich dafür. Im Volke selbst drohte die Unzufriedenheit und die vereinzelt Widerstandsaktionen auf Haciendas und in Betrieben sich zu einer allgemeinen Volkserhebung auszudehnen, die nicht mehr von der PCS kontrolliert und geführt werden konnte. Trotz allem legte das ZK der Partei den Tag des Aufstands auf den 16. Januar 1932 fest und bestimmte Farabundo Marti zum Leiter der militärischen Aktionen. Der geheimgehaltene Termin wurde der Regierung frühzeitig bekannt, die entsprechende Vorkehrungen traf und die Truppen in den aufstandsgefährdeten Gebieten des Landes (Städte und Kaffeefincas des Westens) durch loyale Regimenter aus dem Osten verstärkte. Am 15.1. berichteten die Zeitungen auf den Titelseiten über die zu erwartende Insurrektion, worauf die Partei den Aufstandstermin um 3

Tage verschob. In der Nacht zum 19. Januar wurden Marti und zwei weitere führende Genossen – Mario Zapata und Alfonso Luna – überraschend verhaftet, Kriegsmaterial, gedruckte Anweisungen und Aufrufe wurden beschlagnahmt und gleichzeitig wurden in der Armee Soldaten und Offiziere entdeckt, die mit den Rebellen in Verbindung standen. Am 20. Januar verhängte die Regierung den Ausnahmezustand über Teile der Republik und mit einer Mobilisierung des schwer bewaffneten Heeres bereitete sich die Bourgeoisie auf den ihnen jetzt genau bekannten Aufstand vor. Erneut diskutierte die PCS den Verzicht auf die Erhebung, sah sich aber nicht mehr in der Lage, dies rechtzeitig und vor allem begründet den zum Kampf bereiten campesinos zu vermitteln und so verschob sie den Termin zum dritten Mal, jetzt endgültig auf den 22.

Um 12 Uhr nachts brach der Aufstand aus – tausende von Bauern, nur mit Macheten bewaffnet, waren fest entschlossen, ihrem Elend und der Ungerechtigkeit ein Ende zu bereiten:

- in Tacuba wurde die Guardia Nacional gestürmt und die Stadt fiel für 2 Tage in die Hände der Aufständischen, die lokale Sowjets bildeten
- in Ahuachapan belagerten die Massen die Kaserne, jedoch gelang es nicht, sie einzunehmen.
- in JuaYua wehte 3 Tage neben der salvadorensischen die rote Fahne über der örtlichen Kaserne.
- Izalco wurde von 2000 Genossen gehalten, die jedoch nach einem Bombardement der Regierungstruppen nach 3 Tagen die Stadt räumen mussten.
- Nahuizalco war 3 Tage unter der Herrschaft der Rebellen.
- in Teotepeque übernahm der Vater von Marti das Rathaus.
- die größte Aktion fand in Sonsonate statt, wo die Bauern das Zollamt und andere wichtige strategische Punkte erobern konnten.
- wenn auch nur für eine kurze Zeit, 2 oder 3 Tage, galten die Städte Ataco, Salcoatitan, Colon, Sonzacate, Turin, San Julian, Armenia und Ateos als befreite Gebiete.

Trotz aller Anfangserfolge war klar, daß die Regierungstruppen in Disziplin, Bewaffnung und militärischer Führung den Aufständischen bei weitem überlegen waren und schon nach 72 Stunden war die Revolte niedergeschlagen.

Die Organisation der Indios in Dorfgemeinschaften unter der Leitung eines Bürgermeisters und religiösen Oberhauptes, des Kaziken, bedingte eine lokale Begrenzung des Aufstands auf die benachbarten Dörfer und Kreisstädte. Zwischen den einzelnen Ortschaften bestand kaum Kontakt, so daß das Militär Punkt für Punkt vorgehen konnte. Es konnte so, ungehindert von einer organisierten Guerilla, unter den kopflos Flüchtenden ein Massaker anrichten.

In der Hauptstadt San Salvador scheitert der Versuch, die Soldaten der Kaserne zum Überlaufen zu bewegen. Der PCS gelingt es nicht das Stadtproletariat zu mobilisieren.

Am 31. Januar wurden Marti, Zapata und Luna in San Salvador erschossen; in den ersten Wochen des Februars starben täglich 2000 Menschen; jeder Mann über 18 Jahre, der verdächtigt wurde, am Aufstand teilgenommen zu haben, wurde ohne Gerichtsverfahren exekutiert; jeder machete-tragende oder bäuerlich aussehender companero wurde verfolgt. Grund für dieses blutige Massaker war der Wille zur Auslöschung jeglicher demokratischen Organisationsstruktur – der desolatte Zustand



sollte verewigt, die Massen so demoralisiert werden, daß der Gedanke an eine Wiederholung der Geschehnisse des 22. Januars nicht mehr aufkommen konnte. In verschiedenen Orten schlossen sich konterrevolutionäre Kräfte (bürgerliche Elemente, Opportunisten, Kriminelle, fanatische Reaktionäre) zur Guardia Civica zusammen, deren Aufgabe es war, alle Kommunisten und Progressive aufzuspüren und an das Militär auszuliefern; bei dieser "nationalen Pflicht" ermordeten sie tausende von campesinos, plünderten die Hütten der Armen und vergewaltigten die Frauen des Landes. Innerhalb der folgenden Monate wurden nahezu 4% der damaligen salvadorenschen Bevölkerung ausgerottet, aber auch die Überlebenden hatten den Aufstand teuer zu bezahlen: mit Folter, hohen Gefängnisstrafen, Flucht, Vertreibung, Verlust des wenigen Eigentums, zerbrochenen Familien.

### *Historische Unterschiede und die Konsequenzen für die heutige Revolutionsbewegung*

1932 bestand die herrschende Klasse von El Salvador recht einheitlich aus der nationalen Oligarchie der Plantagenbesitzer-Familien; zur Unterdrückung der wachsenden sozialen Protestes in der Wirtschaftskrise gab sie ihr politisches Mandat dem Militär.

Die starken salvadorenschen Streitkräfte lehnten ein Hilfsangebot der US-Marine, die im Januar 1932 vor der Küste lag, selbstbewußt ab: Sie konnten den Aufstand aus eigener Kraft und aufgrund der Schwächen der Volksbewegung niederschlagen; bei dem anschließenden Massaker arbeiteten sie mit den bezahlten Terrorbanden der Großgrundbesitzer zusammen.

Seit jener Zeit hat sich das Bild des Militärs gewandelt. Die tägliche, direkte Ausübung der Repression ist teilweise an bewaffnete Polizeikräfte übergegangen (Policia de Hacienda, Policia Nacional, Guardia Nacional). Das Militär ist stark vergrößert worden, und seine soziale und politische Differenzierung haben zugenommen. Nur so kann das zeitweilige Aufkommen von reformwilligen jungen Offizierskreisen (wie z.B. die Gruppe um Majano heute) erklärt werden. Entsprechende Regierungen konnten sich jedoch nie lange halten. Die repressiven Polizeieinheiten wurden, wie auch Geheimdienst, Offiziere und Sonder-

einheiten der Streitkräfte, in den letzten zwei Dekaden zunehmend von US-Militärs ausgebildet, was auch eine Anpassung der Strukturen beinhaltete und so die jetzt stattfindende "konkrete" Zusammenarbeit vorbereitete. Mittlerweile sind so viele hunderte US-"Militärberater" im Land, daß der Schluß nahe liegt, es handele sich bereits um komplette US-Spezialeinheiten. Im Gegensatz zu 1932 wären die salvadorenschen Polizei- und Streitkräfte heute jedenfalls nicht imstande, die revolutionäre Bewegung aus eigener Kraft und ohne die US-Waffen-Luftbrücke dauerhaft zu unterdrücken.

El Salvador ist heute kein reiner Agrarstaat mehr. Der Agrarsektor stellt heute nur 20% des Bruttoinlandsprodukts (ebensoviel wie jeweils Industrie und Handel), während allerdings noch knapp die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist. Mit der Entstehung eines Industrie- und Finanzsektors haben sich die Interessen im Innern der herrschenden Klasse differenziert. Der Industrie- und Handelssektor, bei dem die Lohnkosten zudem einen geringeren Anteil an den Produktionskosten darstellen, ist, soweit er nicht ausschließlich exportorientiert ist, an einer Vergrößerung der einheimischen Konsumentenschicht durchaus interessiert. Außerdem ist das ausländische Kapital in viele Produktionsbereiche über direkte Beteiligungen eingedrungen. Der Agrarsektor zeigte sich jedoch bisher immer als zu stark und unnachgiebig, um irgendwelche auch nur minimale Veränderungen zu akzeptieren.

Die Regierungsjunta von heute ist nicht, wie einst General Martínez, als reiner Sachverwalter der Großgrundbesitzer zu verstehen, sondern als Vertreter der militär.-politisch-strategischen US-Interessen sowie von Teilen des aus- und inländischen Kapitals. Das schließt freilich nicht aus, daß der Einfluß der Großgrundbesitzer wieder mehr zunimmt und sich in der Repression der revolutionären Volksbewegung eine Interessenidentität aller erwähnten Fraktionen manifestiert.

Seit 1932 hat sich durch weiteren Landraub und Ruinierung der Kleinbauern und die Industrialisierung die Sozialstruktur der Bevölkerung und die Zusammensetzung der revolutionären Organisationen verändert. In der städtischen Arbeiterschaft überwiegen nun die Industriearbeiter gegenüber den Handwerkern, das Kleinbauerntum hat abgenommen und die nur lohnabhängige Landarbeiterschaft hat sich vergrößert. Dazu kommen die in Kooperativen zusammengeschlossenen Arbeiter, denen kein "schlechter" Patron den Blick auf die ökonomischen und politischen Grundlagen ihrer Misere verstellt, und die sogenannten Randgruppen, Bewohner von slumähnlichen Siedlungen, die sich als die "unsichtbaren" Arbeitslosen, als Lotterieverkäufer, fliegende Händlerinnen usw. durchzuschlagen versuchen.

Die Indios hatten 1932 noch 20% der Bevölkerung der gestellt; im Zuge der Einführung der Kaffeewirtschaft hatten sie ihr Gemeinland verloren oder waren von dessen Verlust bedroht. Beim Aufstand 1932 hatten sie eine wesentliche Rolle gespielt, und das Massaker danach hatte nicht nur erklärte antikommunistische Ziele gehabt, sondern auch stark rassistische Züge getragen. Heute stellen die Indios keine eigenständige ethnische Bevölkerungsgruppe in der revolutionären Bewegung mehr dar.

Durch die in El Salvador stark vorangeschrittene Auflösung der Familienstruktur und der zunehmenden Teilnahme am Erwerbsleben entwickelten viele Frauen ein eigenes Bewußtsein. Das hat sich sowohl in der Zusammensetzung der revolutionären Organisationen (40% Frauen nach eigenen Angaben) als auch in der Formulierung eigener Forderungen innerhalb der revolutionären Bewegung niedergeschlagen. (Im Erziehungswesen sind doppelt so viele Frauen wie Männer tätig, der Analphabetismus der Frauen liegt nur knapp über dem der Männer -allgemein 40%- , in der Vorbereitungsstufe auf das Abitur sind etwa gleichviel Frauen wie Männer vertreten; aber von der offenen und vor allem der verdeckten Arbeitslosigkeit sind Frauen wesentlich stärker betroffen).

1932 war die revolutionäre Bewegung trotz mehrere großer Streiks in Umfang und Art ihrer Organisationen wenig entwickelt, die gerade zwei Jahre vorher gegründete PCS war mehr ein Verein radikalisierten Intellektueller und Handwerker als eine proletarische Massenorganisation und beispielsweise bei der 3. Internationalen mangels einer soliden Zellenstruktur erst als Beobachter zugelassen. Sie beschäftigte sich zwar eifrig mit dem Bekämpfen "anarchistischer", "trotzkistischer" und allgemein "kleinbürgerlicher" Tendenzen in der organisierten Arbeiterschaft, vor allem in der FRTS. Um so mehr fehlte es ihr an einer Definition des Feindes, umso zumindest unklarer war die Bündnispolitik und um so größer die strategische Konfusion. Weder die FRTS noch die PCS waren organisationsmäßig, in der Bewaffnung, der Logistik und der Strategie auf eine militärische Auseinandersetzung vorbereitet. Die politische Arbeit auf dem Lande war erst wenige Jahre vorher aufgenommen worden, wenn auch mit guter Resonanz.

Die Situation heute entwickelte sich aus der Verbindung der seit Mitte der 60er Jahre verstärkten Organisierung kämpferischer Land- und Industriegewerkschaften, sowie mit den um 1970 gegründeten Guerillagruppen und deren politischen Organisationen, die zusammen eine Unzahl verschiedener Kampfformen hervorbrachten. Anstelle des relativ spontanen und regional begrenzten Aufstandes ist eine langfristige politisch-militärische Entwicklung im ganzen Land getreten, anstelle einer zentralen Leitung, die 1932 Farabundo Marti anvertraut war, steht jetzt eine kollektive Führung, die auch als Ganzes sofort ersetzbar ist. Der lokale, regionale und schließlich allgemeine Volksaufstand stellt heute im verlängerten Volkskrieg lediglich eine Form des Kampfes neben anderen wie Arbeitskämpfen, Besetzungen, Guerrilla etc. dar. Die Fehler von 1932 vermeiden, heißt aber auch, sich nicht vor schnell zum allgemeinen Aufstand provozieren zu lassen (beispielsweise durch die Ermordung Erzbischofs Romeros, Schießereien in Demonstrationen hinein, die Ermordung der sechs FDR Führer), wenn die militärische und politische Vorbereitung noch nicht abgeschlossen ist.

Wenn die Aufstandsbewegung 1932 auch von einem gewissen proletarischen Internationalismus beseelt war, so besteht doch heute ein größeres Bewußtsein um die geopolitische und strategische Rolle El Salvadors. Das zeigt sich in intensiver Arbeit auf internationaler Ebene, um die USA von einer noch direkteren und intensiveren Intervention abzuhalten.

Das Trauma der Niederlage von 1932 ist in El Salvador immer noch gegenwärtig. Darum versteht sich die Volksbewegung von heute in vieler Hinsicht als ein Gegenstück zu der von 1932: Die Fehler von damals müssen praktisch überwunden werden, um eine zweite Niederlage zu vermeiden. Besonders deutlich ist dies Bemühen in dem Bestreben, von der Tradition des lokalen, spontanen Aufstands loszukommen, der die Indianer Rebellion des 19. Jahrhunderts und auch noch die Aufstandsbewegung von 1932 gekennzeichnet hatte. Darum legt die FMLN heute verstärkten Wert auf die politische Massenarbeit, auf die langfristige militärische Vorbereitung und insbesondere auf die landesweite Koordination der verschiedenen regionalen Widerstandsfrenten. Die nationale Einheit der Bewegung kann aber nicht nur durch organisatorische Disziplin und Abstimmung erreicht werden, sondern setzt eine allmählich wachsende gemeinsame Kampferfahrung aller Fronten im Osten, Westen, Norden, in Stadt und Land gleichzeitig voraus.

1932 hat die Oligarchie zur Sicherung ihrer Herrschaft auf ein brutales Mittel in grossen Maßstab zurückgegriffen: Sie hat das Volk eingeschüchtert, "bestraft" und unterdrückt, indem sie ein Massaker an 30.000 Menschen veranstaltete. Vor diesem Hintergrund muß man Meldungen und Äußerungen von Offizieren der Guardia Nacional sehen, daß jetzt einige hunderttausend Tote zur "Befriedung" im Sinne der Herrschenden nötig wären. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bedeutet das:

REVOLUCION O MUERTE!



Spendenaktion  
**"Waffen für El Salvador"**  
 Postscheck Berlin/West  
 288 59 - 107  
 Sonderkonto  
 Bankleitzahl 100 100 10  
 Freunde der alternativen  
 Tageszeitung e.V.  
 1000 Berlin 65

Bisher sind  
 1.143.702,60 DM  
 eingegangen.

Empfehlenswerte Literatur:

Dalton, Roque, Miguel Marmol, San Jose, Costa Rica, 1976  
Anderson, Thomas, Matanza, Lincoln, 1971  
 Sondernummer der Lateinamerikanachrichten El Salvador, Berlin 1980  
 Gomez, Jorge, Farabundo Marti, München 1980 (zu beziehen über den  
 Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1)

## Diskussionsbeitrag zur EL Salvador-Demo

El Salvador-Gruppe Dortmund

31.1.1981

An alle progressiven Organisationen und Sektoren, die den Kampf des salvadorianischen Volkes unterstützen:

Liebe Freunde!

In der Erfüllung unserer Pflicht gegenüber dem salvadorianischen Volk haben wir heute in Frankfurt an der zentralen Demonstration gegen die USA-Intervention in diesem mittelamerikanischen Land teilgenommen. Es war sehr beeindruckend mitzuerleben, daß in diesen schweren Stunden das Volk von El Salvador nicht alleine steht und daß die Solidaritätsbewegung sich geschlossen an dessen Seite stellt.

Leider beteiligte sich auch an dieser Demonstration eine Gruppe von ungefähr 60 schwarz gekleideten und maskierten Personen, die ihre "Solidarität" mit El Salvador dadurch bekundeten, daß sie mehrere Schaufenster mit Steinen bewarfen und mit der gezielten Provokation der Polizeikräfte unsere Demonstration gefährdeten. Auch durch die Bitten von zwei salvadorianischen Genossen hat sich diese Gruppe nicht umstimmen lassen.

Wir verurteilen solche Art von "Solidarität", die das salvadorianische Volk gar nicht will und braucht, denn:

1. Der Befreiungskampf in El Salvador ist die notwendige Reaktion dieses Volkes auf langjährige politische, soziale und wirtschaftliche Unterdrückung. Er richtet sich ausschließlich gegen die militärische Junta in El Salvador und den US-Interventionismus, wird mit strengster revolutionärer Disziplin geführt und ist nicht das Produkt von Irrationalität oder Freiwilligkeit.

2. Die Feinde des salvadorianischen Volkes versuchen auf internationaler Ebene das Bild dieses Befreiungskampfes zu verzerren, indem sie ihn als "Internationalen Terrorismus" abstempeln.

3. Die Solidaritätsbewegung für El Salvador muß echt und brüderlich sein und darf als solche für Zwecke, die denen des Befreiungskampfes nicht entsprechen, nicht mißbraucht werden.

Für die El Salvador-Gruppe Dortmund: José Rivas, Ostenbergstr.97/45, Dortmund

Anmerkung der LN-Redaktion: Wir würden uns freuen, wenn von anderen Gruppen und Personen Stellungnahmen zu diesem Diskussionsbeitrag der El Salvador-Gruppe Dortmund bei uns eintreffen würden.

Zur Ergänzung von Punkt 1: Für die langjährige wirtschaftliche Unterdrückung des Volkes von El Salvador zeichnen natürlich auch bundesdeutsche Multinationale Konzerne wie etwa TSCHIBO-Kaffee. Zum Punkt 2 muß man fragen, welche Interessen eigentlich hinter denen stehen, die Befreiungskämpfe immer als "internationalen Terrorismus" abstempeln.

## Der Friedenspreis der ESG in der BRD — eine Menschenrechtskampagne für Mittelamerika

### Zur Übergabe des Friedenspreises

Am 9. 12. 1980 wurde in Bonn im Rahmen einer Pressekonferenz der Friedenspreis der evangelischen Studentengemeinde in der Bundesrepublik (ESG) exemplarisch (!) (was das heißt, wird noch zu erläutern sein) an den Leiter der Planungsabteilung der Universität von San Salvador Prof. Carlos Evaristo Hernandez in Vertretung für den Rektor der Universität verliehen. Im Namen der Evangelischen Studentengemeinde wurde der Preis in Höhe von DM 25 000.- (davon 5 000.- vom World University Service gespendet) von Helmut Frenz (Generalsekretär von Amnesty International für die Bundesrepublik), Prof. Greinacher (kath. Theologe aus Tübingen) und Prof. Dr. Ulrich Klug (ehemaliger Justizsenator von Hamburg) übergeben.

Ursprünglich sollte der Preis exemplarisch an den Rektor der Universität von San Salvador, den Präsidenten des World University Service, gehen. Dieser war aber Ende Oktober von den Militärs in Salvador ermordet worden.

Die Vergabe des Friedenspreises war eingebettet in eine Rundreise von Prof. Hernandez und Hector Salazar (Vertreter der mittelamerikanischen Studentenschaften, CSUCA), die beide durch 12 Städte in der Bundesrepublik führte, wo sie auf Veranstaltungen sowohl über die Bedeutung der Universität von San Salvador, als auch über die politische Lage des Landes berichteten (so z.B. 'FR' vom 21.11. 1980). Dabe entstanden wichtige Kontakte sowohl zu verschiedenen Unis (z.B. auch zur westdeutschen Rektorenkonferenz), als auch zu hohen SPD-Funktionären und zu den Gewerkschaften.

### Friedenspreis der ESG an die Mütter der Plaza de Mayo

Als Hintergrund für diese Vergabe des Friedenspreises ist es wichtig zu wissen, daß dieser Preis in der ESG schon eine gewisse Tradition hat.

Anfang 1980 war der erste Friedenspreis an die Mütter von Plaza de Mayo in Höhe von 70 000.- DM verliehen worden. Die Mütter sind eine Menschenrechtsorganisation in Argentinien, die als Angehörige von Verschwundenen sich seit Jahren bemühen, die Probleme der Verschwundenen in Argentinien an die Öffentlichkeit zu bringen. Eine Zeit lang standen sie jeden Donnerstag vor dem Regierungspalast in Buenos Aires auf dem Plaza de Mayo, um gegen das Verschwinden der Angehörigen zu protestieren. Seit Mitte letzten Jahres sind sie einer verschärften Repression ausgesetzt.

Dabei hat sich mit der zweiten Friedenspreiskampagne der Akzent der Arbeit leicht verschoben. Stand in bezug auf Argentinien die Frage von Frieden und Menschenrechten im Mittelpunkt, so zeigt sich in Bezug auf Mittelamerika der Zusammenhang zwischen Frieden und dem Problem der Befreiung stärker.

## Die weitere Kampagne des Friedenspreises für Menschenrechtsgruppen in Mittelamerika

Nicht zuletzt ist es wichtig, daß die Kampagne des jetzigen Friedenspreises weiterläuft. Denn es ist zu sehen, daß die Übergabe an den Vertreter des Rektors der Anfang einer weitergehenden Solidaritätsarbeit ist, da der Friedenspreis von Anfang an mehrere Projekte der Menschenrechtsarbeit in Mittelamerika (Salvador, Costa Rica, Guatemala) und somit mehrere Gruppen, die auf diesem Gebiet arbeiten, umfaßt. Dabei ist die Übergabe des Friedenspreises insofern als exemplarisch zu verstehen (s. die Notiz am Anfang dieses Artikels), als daß ein Projekt, nämlich das der Menschenrechtsarbeit der Universität von San Salvador (Hospitalprojekt), ausgezeichnet wurde, weil dies durch die Bedeutung der Universität einen besonderen repräsentativen Wert hat. Dies bedeutet aber, daß jetzt die begonnene Kampagne insbesondere mit den anderen Projekten weitergeführt wird.

Diese Projekte sind z.B. Nähereien, Tischlereien, Schneidereien, in denen Flüchtlinge arbeiten, damit sie sich zumindest einen gewissen Lebensunterhalt selbst verdienen können. Diese Projekte sind sowohl kleinerer als auch größerer Natur. Möglich wäre es im Rahmen einer weiteren Solidaritätsarbeit, diese Projekte zu unterstützen oder damit bestimmte Zielgruppen anzusprechen, um so die Menschenrechtsarbeit zu vertiefen

Gerhard Greiner  
Lateinamerika-Koordination  
der ESG in BRD u. Westberlin

### Literatur zum Friedenspreis:

1. Friedenspreis Dokumentation-Flüchtlingsprojekte (sie enthält die angesprochenen Projekte)
2. Friedenspreis Dokumentation- Hintergrundinformationen (u.a. mit Infos zur Unterstützung der Regierung von Salvador durch die USA)
3. Verleihung des Friedenspreises (u.a. mit Infos zur augenblicklichen Polarisierung in der Kirche von Salvador)

Die Broschüren sind zu beziehen über die ESG Essen, Universitätsstr. 2, 4300 Essen, Tel. 0201 / 1833347 /48 oder über die Informationsstelle El Salvador, Kiliansplatz 5, 8000 München 2, Tel. 089/7255827

### ARGENTINIEN- SEMINAR

IM Seminar wird in Vorträgen über die aktuelle politische Situation in Argentinien (Osvaldo Bayer) und über die Menschenrechtspolitik der BRD gegenüber Argentinien informiert. Anschließend findet eine Diskussion in Kleingruppen statt.

ORT: Friedenszentrum Martin Niemöller, Pacelliallee 61, 1 000 Berlin 33

ZEIT: Freitag, den 13. März ab 20 Uhr

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen

# LATEINAMERIKA

## Daniel Waksman ist tot

Im Alter von nur 38 Jahren ist der uruguayische Journalist Daniel Waksman in der Stadt Mexiko einer schweren Krankheit erlegen.

Wenige unserer Leser werden den Namen von Daniel Waksman kennen; und doch fühlen wir uns verpflichtet, anlässlich seines Todes in wenigen Worten etwas über ihn und seine Arbeit zu sagen und damit eine Dankesschuld abzutragen.

Schon in jungen Jahren hat sich Daniel Waksman in seiner Heimatstadt Montevideo einem engagierten Journalismus verschrieben, um der Sache der Demokratie und des Sozialismus zu dienen, die für ihn immer eine einzige Sache war. Er gehörte keiner Partei an und wurde doch von Vertretern aller Parteien der Linken akzeptiert. Sein uruguayischer Patriotismus ließ ihn die Sache aller Lateinamerikaner nur umso besser verstehen.

In der uruguayischen Wochenzeitschrift MARCHA, einer der besten des Kontinents bis zu ihrem Verbot durch die Militärdiktatur, und in der Tageszeitung De Frente konnten die Leser zuerst die genauen und scharfsinnigen politischen Analysen und den bissigen Humor Waksmans kennenlernen.

Wie viele Tausende von Lateinamerikanern und besonders Uruguayern mußte er dann lernen, was Verhaftung, Verfolgung und Emigration bedeuten. Im Chile der Unidad Popular betreute er von 1972 an den Lateinamerika-Teil der Wochenzeitschrift CHILE HOY, der sicher interessantesten und offensten Zeitschrift der chilenischen Linken. Hier wurde er als jemand gebraucht, dessen Blick über die Grenzen zwischen den Parteien und zwischen den Ländern Lateinamerikas hinausreichte. Aus dieser Zeit stammt auch sein Interesse für die Solidaritätsbewegung in aller Welt mit der Sache der lateinamerikanischen Linken. Obwohl er kein Deutsch sprach, hat er das Schicksal zuerst der CHILE-NACHRICHTEN, dann der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN von Anfang an mit großem Interesse verfolgt und unserer Redaktion mit bewundernswürdiger Beständigkeit Material und Analysen gesandt. Viele Artikel in unserer Zeitschrift hätten ohne seine Anregungen nicht geschrieben werden können.

Seit 1973 leitete Daniel Waksman das Ressort Internationales in der Tageszeitung EL DIA in Mexiko. Diese an sich regierungsabhängige Zeitung wurde seither vor allem wegen ihres internationalen Teils gerühmt und gekauft. In den letzten Jahren entwickelte sich dabei eine enge Zusammenarbeit mit dem bekannten argentinischen Journalisten Gregorio Selser.

Daniel Waksmans sorgfältige Analysen sind außerdem in vielen Zeitschriften von internationalem Ruf erschienen: Le Monde Diplomatique, Cuadernos de Marcha, Nueva Sociedad, Nexos usw. Außerdem war er Korrespondent europäischer Zeitungen. Sein besonderes Interesse in den letzten Jahren galt dem Befreiungskampf in Nicaragua, der Funktionsweise der US-amerikanischen Außenpolitik und dem Vorstoß der Sozialistischen Internationale nach Süd- und besonders Mittelamerika. Er wollte noch die letzte Tagung der SI Mitte Dezember in Madrid besuchen und dann auch einen Abstecher nach Deutschland machen. Aber da hatte ihn die Krankheit schon erreicht. Wir trauern um einen Freund.

## Zeitschriftenschau

**ARGENTINIEN-INFO** Nr. 0 c/o Anne Steinbrink (Argentinienengruppe Wuppertal  
Stauffenbergweg 16, 5600 Wuppertal 1  
Das vervollkommnete Instrumentarium der argentinischen  
Militärs. - Berichte zu Solidaritätsaktionen. - Pressespiegel

**ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NACHRICHTEN - EPN** Nr. 1 / 1981 c/o ÖIE  
Tuchlauben 8 / 6 / 16 A 1010 Wien  
- Entwicklungsstrategien: Der Süden als Wachstumsmotor des  
des Nordens  
- Lateinamerika 1980: ein Wendepunkt?  
- Überblick über entwicklungspolitische Konferenzen 1980  
- Aktion "Hunger ist kein Schicksal: Babymilch (Nestlé)  
- Pressespiegel

**FORUM** Nr. 37 / Januar 1981 c/o Magazin-Verlag, Königsberg 7, 2300 Kiel 1  
- Philippinen, Koordination - Icdia Focus, Bundeskongress  
- Eurozentrismus, Neuerscheinungen, Zeitschriften

**ILA - INFO** Nr. 42 / Januar 1981 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1  
- USA: Rückkehr zur Politik des "BIG STICK"  
- KOLUMBIEN: Amnestie - ein Schritt zur Demokratisierung?  
- PERU: Gewerkschaften und die neue Regierung  
- BRASILIEN: Arbeiterbewegung und Multis Teil II  
- Die Flüchtlinge in Mittelamerika  
- Länderkurzberichte und Nachrichten zur Solidaritäts-  
bewegung

**LA TEINAMERIKA ANDERS** Nr. 13/14 Dezember 1980 c/o IGLA  
Postfach 697 A 1061 Wien  
- ZENTRALAMERIKA - ein Vulkan vor dem Ausbruch  
- GUATEMALA: Geschichte der Ausplünderung, Chronik  
des Widerstandes  
- EL SALVADOR: US-Militärhilfe  
Erklärung der FAPU  
- HONDURAS: Wahlen - zerstörte Illusionen  
- NICARAGUA: Innenpolitische Auseinandersetzungen

Nr. 15, März 1980  
Berichte zu Surinam, Grenada, Haiti, Jamaika, Internatio-  
nale Informations- und Kommunikationsordnung

**SOLIDARITÄT** Nr. 54 Januar 1981, Postfach 2009, CH - 4001 Basel  
- Ideologische Offensive der Schweizer Multis  
- Ein Augenschein in Nicaragua  
- EL SALVADOR: Papst - ein Komplize der Junta

**Inhalt IKA 15 (September 1980)**  
Politik und Kultur in Liberia. Black Con-  
sciousness und die Kultur der Befreiung.  
Schwarze Literatur im südlichen Afrika.  
Palastenserim Ghetto (photobereich). Ro-  
manauszug „An der Brücke“ von Schar  
Khatifa. Kurzgeschichte aus Palästina.  
Interview mit Daniel Viglietti.  
Lige-Adam. Panomime aus Peru.  
Materialien: Kurzbesprechungen.

**Inhalt IKA 16 (Dezember 1980)**  
Chile: Die Niedertracht ruiniert nicht! Chi-  
lenische Literatur und Wirklichkeit in La-  
teinamerika. Aigo Carpeniter - die Kultur  
der karibischen Völker.  
Die Arme - eine Geschichte aus Bolivien.  
Das arabische politische Lied am Beispiel  
von Sheikh Imam/Fuad Negm und Mustafa  
el Kurd (Palästina).  
Interview mit dem afrikanischen Filmema-  
cher Diskonquä von A. Kerker.  
Aus der Biografie des Bergbaueministers  
von Zimbabwe, M. Nyagumbo.  
South Pacific Festival of Arts, Papua Neu  
Guinea 1980.

Die IKA - Zeitschrift für Kulturaustausch  
und internationale Solidarität - wird von  
Journalisten und Mitgliedern der westdeut-  
schen Solidarisbewegung getragen. Der  
Herausgeberverein steht allen offen, die in  
der Redaktion oder als Förderer das Projekt  
"Kulturpolitischen 3-Weit-Zeitschrift  
unterstützen möchten. Satzungen und Bei-  
tragsrichtlinien bei der Redaktion anfor-  
dern.

IKA, Lerchenstr. 84, D-7000 Stuttgart 1  
Die IKA kostet als Einzelheft DM 4 (Porto).  
im Abonnement (4 Hefte) DM 16 (incl. Por-  
to). Förderabonnements ab DM 25.  
Probehefte DM 3 beim Vertrieb



Vertrieb:  
CON, Osterstr. 36, 28 Bremen

**Klaus Meschkat, Petra Rohde,  
Barbara Töpfer**

# Kolumbien

**Geschichte und Gegenwart  
eines Landes im Ausnahmezustand**

Aus dem Inhalt:

Kolumbien als Teil des spanischen  
Kolonialreichs

Der Weg zur Unabhängigkeit

Vom Handwerkeraufstand zum Kaffeeboom  
Industrialisierung und bürgerliche  
Reformen

Wirtschaftlicher Aufschwung und  
politische Krise

Frete Nacional und Internationalisierung  
der Politik

Weltmarktorientierung und Verschärfung  
der Klassenkämpfe

Preis: DM 9,50

Verlag Klaus Wagenbach

Berlin